

1

2. Angenommene Anträge

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

AntragsstellerIn: Juso Regionalvorstand Rheinland

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Schaffung einer fünften Kommission „Antifa/Inneres“

Der folgenden Abschnitt,

4. Die Kommission

a) Die Kommissionen haben die Aufgabe den Landesvorstand bei inhaltlichen Themen zu beraten. Die bisherigen Kommissionen Wirtschaft/Soziales, Internationales, Bildung und Frauen sind als verpflichtend einzuberufen.

soll in

4. Die Kommission

a) Die Kommissionen haben die Aufgabe den Landesvorstand bei inhaltlichen Themen zu beraten. Die bisherigen Kommissionen Wirtschaft/Soziales, Internationales, Bildung, **Antifa/Inneres** und Frauen sind als verpflichtend einzuberufen.

geändert werden.

Begründung:

In der Vergangenheit konnte sich der AK Antifa keine richtige Struktur geben. Wir müssen den AK Antifa wieder zu dem machen was er unter Michael Simon war. Dies können wir zur heutigen Zeit nur erreichen, indem wir den AK Antifa in die Kommissionswochenenden integrieren. Außerdem soll es auch Treffen geben, wenn ein aktuelles Thema dies erfordert.

Alles weitere wird mündlich begründet.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

AntragsstellerIn: Juso Regionalvorstand Rheinland

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Erhöhung des Etats des Regionalverbands

Der folgenden Abschnitt, § 5 Abschnitt 3 Finanzen

3. Finanzen:

Die ordentliche Landeskonferenz kann durch gesonderten Beschluss über die Verwendung von max. 30% der Mittel entscheiden („LV-Projekttopf“). Diesbezügliche Anträge können nur behandelt werden, wenn sie gemäß § 3 Abs. 6 fristgemäß eingereicht wurden und einen konkreten Kostenrahmen mit Verwendungszweck enthalten; der Verwendungszweck muss den Richtlinien zur Verwendung von RPJ - Geldern entsprechen. Solche Anträge bedürfen einer 2/3- Mehrheit. Die restlichen Mittel (mindestens 70%) werden wie folgt verteilt: Zur Durchführung dieser Aufgaben stehen den Organen des Landesverbands 3/6 dem Bildungsausschuss 2/6 sowie dem Innovationsfonds 1/6 der Mittel zur Verfügung. Von den 3/6 der Mittel, die dem Landesverband zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen, tritt dieser den Regionalverbänden am Anfang eines jeden Kalenderjahres folgende Beträge ab: Für das Rheinland 1100,- Euro, die Pfalz 1000,- Euro und Rheinhessen 600,- Euro. Die Ausgaben der Regionalverbände müssen RPJ - abrechnungsfähig sein.

soll in

3. Finanzen:

Die ordentliche Landeskonferenz kann durch gesonderten Beschluss über die Verwendung von max. 30% der Mittel entscheiden („LV-Projekttopf“). Diesbezügliche Anträge können nur behandelt werden, wenn sie gemäß § 3 Abs. 6 fristgemäß eingereicht wurden und einen konkreten Kostenrahmen mit Verwendungszweck enthalten; der Verwendungszweck muss den Richtlinien zur Verwendung von RPJ - Geldern entsprechen. Solche Anträge bedürfen einer 2/3- Mehrheit. Die restlichen Mittel (mindestens 70%) werden wie folgt verteilt: Zur Durchführung dieser Aufgaben stehen den Organen des Landesverbands 3/6 dem Bildungsausschuss 2/6 sowie dem Innovationsfonds 1/6 der Mittel zur Verfügung. Von den 3/6 der Mittel, die dem Landesverband zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen, tritt dieser den Regionalverbänden am Anfang eines jeden Kalenderjahres folgende Beträge ab: Für das **Rheinland 2000,- Euro**, die **Pfalz 1800,- Euro** und **Rheinhessen 1080,- Euro**. Die Ausgaben der Regionalverbände müssen RPJ - abrechnungsfähig sein.

geändert werden.

Begründung erfolgt mündlich

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

AntragstellerIn: Juso-Landesvorstand

Die Landeskonzferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Arbeitsprogramm 2005/2006

mitbestimmen, mitmachen, gut leben

Analyse...

Allgemeine politische Lage.

zum Zustand der Partei und der Linken in der SPD

In den sieben Jahren, in denen die Bundesregierung einerseits das rot-grüne Projekt für mehr Toleranz und eine offenere Gesellschaft begonnen hat, hat sie auch die „historische Aufgabe“ angenommen, die Soziale Marktwirtschaft durch Reformen hin zu mehr so genannter „Eigenverantwortung“ und weniger Staat umzubauen

Ein Projekt, das ohne eine sozialdemokratische Regierung nicht möglich gewesen wäre. Denn: In der Opposition hätten die SozialdemokratInnen gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen eine solche Politik gekämpft.

Ebenso wie die Sozialdemokratisierung Europas zu Beginn der Neunziger nur mit Hilfe der Konservativen möglich war, war es der umgekehrte Prozess nur durch die SozialdemokratInnen. Am Ende haben wir mit der AGENDA 2010 eine Politik bekommen, die dem angebotspolitischen Dogma in der Wirtschaftspolitik weitestgehend und fast ausschließlich folgt, die die Arbeitslosigkeit statt beschäftigungspolitisch arbeitsmarktpolitisch zu bekämpfen versucht, durch Steuerentlastungen einen wirtschaftlichen Aufschwung zu bewirken erhofft und dabei mehrmals enttäuscht worden ist und der Eigenverantwortung den Vorzug vor der gemeinsamen solidarischen Verantwortung für die Menschen und jede/n einzelne/n gibt.

Ein Politikmix, der in letzter Zeit immer vehementer kritisiert worden ist, leider am lautesten aus der Richtung, der die Reformen nicht weit genug gingen, von denen, die noch weniger Staat und noch mehr Markt wollten. Diese Kräfte haben aber durch ihre radikalen Konzepte zum Umbau des Steuersystems, zum Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und des Sozialstaates nicht genügend WählerInnen zu den vorgezogenen Bundestagswahlen mobilisieren können, um die Regierungsverantwortung im Bund zu übernehmen.

37 Uns steht durch eine große Koalition die Debatte bevor, wie viel Neoliberalismus, wie viel
38 Eigenverantwortung, wie wenig Staat und Gestaltungsanspruch der Politik wir wollen.

39
40 Eine Große Koalition wird keine neuen Antworten auf die Probleme der Arbeitslosigkeit, der
41 zunehmenden Spaltung in Arm und Reich, der Unsicherheit über die eigene Zukunft geben. Konzepte
42 für einen solidarischen Umbau der Gesellschaft beispielsweise durch eine BürgerInnenversicherung im
43 Bereich der Sozialsysteme Gesundheit und Pflege werden wohl verwässert werden durch Kompromisse
44 und parteipolitische Taktierereien.

45
46 Die Mehrheit links der Mitte (aus SPD, Grünen und Linkspartei), deren Konzepte bei weitem nicht
47 einheitlich sind, aber dennoch fortschrittlicher und solidarischer als die einer Großen Koalition, wird
48 ihre strukturelle Mehrheit nicht nutzen können, weil die politischen Akteure sie (noch?) nicht nutzen
49 wollen.

50
51 Die Antwort auf die Forderung der Bevölkerung nach mehr Sicherheit und Perspektive wird die Politik
52 wohl erst einmal schuldig bleiben.

53 Dies hat nichts mit Pessimismus und schlecht reden zu tun. Klar, „wir“ sind Exportweltmeister, unser
54 Wohlstand ist in den letzten Jahrzehnten in ungeahntem Maße gewachsen und eigentlich (!) müsste
55 niemand hungern und unter extremer Armut leben. Doch zum einen leidet ein zunehmenden Teil der
56 Bevölkerung unter extremer Armut, wie der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt,
57 und bei dem gesellschaftlichen Wohlstand wird es in den nächsten Jahren vor allem um die Verteilung
58 gehen und nicht um das Gesamtvolumen. Und die Tatsache, dass „wir“ Exportweltmeister sind, wurde
59 leider auch noch nicht in mehr Arbeitsplätze umgesetzt.

60
61 Um so mehr besteht die Notwendigkeit, innerhalb der Gesellschaft für Politikmodelle zu werben, die
62 den Gestaltungsanspruch, das sogenannte Primat der Politik, wieder beanspruchen, die die Lösungen
63 gesellschaftlicher Wandlungsprozesse in solidarischen Konzepten suchen und den einzelnen nicht
64 seinem Schicksal und der Eigenverantwortung für gesellschaftliche, soziale Risiken überlassen, sondern
65 ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

66 Die Diskussion um diese Ziele wird vor allem außerhalb der SPD geführt. Innerhalb unserer Partei haben
67 sich Ansätze dieser Diskussion vor allem in der angefangenen Programmdiskussion gefunden, aber auch
68 hier gab es immer wieder durch die Jusos und die Parteilinke Anstöße zu einer Diskussion über den
69 wirtschaftspolitischen Kurs. Die „Basta-Politik“ des Kanzlers gegenüber der Koalition und insbesondere
70 der SPD-Fraktion hat nach dem Abgang von Lafontaine die parlamentarische Linke weiter geschwächt
71 bzw. inhaltlich kalt gestellt. Parteiinterne Initiativen gegen die Agenda-Politik wie beispielsweise das
72 Mitgliederbegehren sind an den hohen organisatorischen Hürden gescheitert und auch die Parteitage
73 bieten aufgrund der geringen Basisbeteiligung und dem Schwerpunkt der medialen Inszenierung kaum
74 die Plattform für Debatten über den Kurs der Parte und der Regierung. Die Politik der SPD, die
75 fehlende Antwort, auf das „Wohin“ durch die Reformen außerhalb von kurzfristigen Lösungen und
76 darauf, wie viel Sozialstaat wir noch erhalten wollen sowie der rigide Kurs gegenüber dem Verein
77 „Wahlinitiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sowie später gegenüber der Partei WASG, hat das

78 Entstehen der Linkspartei, wie sie im Bundestagswahlkampf aufgetreten ist, begünstigt. Der SPD ist es
79 zwar gelungen, das Thema „soziale Gerechtigkeit“ im Wahlkampf wieder teilweise zurückzuerobern
80 und mit solidarischen linken Konzepten zu besetzen, doch bleibt die Mischung aus diesen und dem
81 Reformkurs des Kanzlers. Gerade in einer Großen Koalition wird die zweite Säule (Agenda 2010 dann
82 plus Merkel) noch stärker dominieren. Dies führt einerseits dazu, dass die parlamentarische linke
83 Opposition ebenso wie die außerparlamentarische gestärkt wird. Für die SPD-Linke, zu der sich auch
84 die Jusos zählen, entsteht ein Dilemma. Zum einen Teil der Regierungspartei zu sein
85 (parlamentarische/ Partei-Linke) bzw. Regierungsjugend zu sein, andererseits Kritik zu üben, die von
86 der Opposition (außerparlamentarisch wie parlamentarisch) bereits geäußert wird. Zum einen besteht
87 durch den forscheren Agenda-Kurs einer schwarz-roten Koalition die Chance, dass die Partei selbst und
88 die Linke in der SPD gestärkt wird, weil sie sich mehr in Debatten einbringen kann und der „Basta-
89 Politik“ ein Ende gefunden hat. Andererseits besteht natürlich großer Legitimationsbedarf bezüglich
90 der Zugehörigkeit zur Partei, wenn die eigenen Positionen von einer anderen Fraktion besser vertreten
91 werden.

92
93 Mit dieser Diskussion werden wir auch als Jusos Rheinland-Pfalz konfrontiert sein. Zum einen wird sich
94 die Frage nach der politischen Verortung und der Legitimation aufgrund der bundespolitischen
95 Gefechtslage auch hier stellen.

96 Zudem wird in Rheinland-Pfalz auch die Linkspartei zu den Landtagswahlen antreten, wenn auch
97 wahrscheinlich in schlechterer Ausgangsposition als zur Bundestagswahl, zum einen wegen der
98 erfolgreichen SPD-Politik im Land und dem hohen Ansehen der Landesregierung, zum anderen durch
99 das Fehlen von Galionsfiguren und Top-Themen - wie Hartz IV zur Bundestagswahl. Hier ist eine
100 Positionierung von uns gefragt und vor allem ein ehrlicherer Umgang, als dies zu Zeiten des
101 Bundestagswahlkampfes der Fall war.

102

Der Beginn der Beantwortung und die Aufgabe der Jusos

104

105 [Zum Zeitpunkt des Verfassens des Arbeitsprogramms war noch kein Koalitionsvertrag geschlossen,
106 doch wir haben uns sozusagen auf eine große Koalition mit einer Juniorpartnerin SPD eingerichtet.]

107

108*Positionierung Linkspartei*

109

110 Bisher bestand die Auseinandersetzung mit der Linkspartei weniger aus einer politisch inhaltlichen
111 Auseinandersetzung, sondern vielmehr in der Strategie einerseits die politischen Akteure zu
112 diffamieren (was teilweise aufgrund der persönlichen Erfahrungen und Enttäuschungen auch
113 nachvollziehbar ist, aber nicht zu einer Strategie für die gesamte Partei taugt) und andererseits die
114 Konzepte insgesamt als „rückwärtsgewandt“, „aus den 70ern“ und als „Nicht finanzierbar“ zu
115 bezeichnen. Wir haben als Jusos im Bundestagswahlkampf nicht zur Sprachfähigkeit gefunden und
116 müssen dies noch nachholen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Konzepten und auch mit den
117 Vorwürfen ist aus unserer Sicht nun geboten. Die Vorwürfe haben verschiedene Qualitäten: Der Zweifel
118 an der Finanzierbarkeit rührt daher, weil die Einnahmehasis in den letzten Jahren verkleinert wurde

119 und die Prioritäten sowie der politische Wille zur Veränderung dieser Situation fehlen. Hier haben wir
120 bereits eigene Konzepte wie die Vermögenssteuer eingebracht, um diesem Argument inhaltlich und
121 politisch zu begegnen und bewegen uns damit programmatisch eher bei der Linkspartei als bei der SPD.
122 Zudem sind die Konzepte detailliert zu betrachten. Ist im Steuerkonzept der Linkspartei beispielsweise
123 ein Übereifer zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu erkennen, der mit weniger sozialer Gerechtigkeit bei
124 der Umsetzung zurückschlagen würde, so sind an anderen Punkten, beispielsweise bezogen auf die
125 Reform der Sozialsysteme, zum einen inhaltliche Überschneidungen mit SPD-Konzeptionen zu erkennen
126 und zum anderen vor allem mit Juso-Positionen. Ein Grund mehr für die Schwierigkeiten beim Umgangs
127 mit der Linkspartei. Dennoch ist das Argument der Vergangenheit der PDS nicht wegzudiskutieren, doch
128 alle Mitglieder der neuen Linkspartei. PDS in Sippenhaft zu nehmen, ist ungerecht und führt auch dazu,
129 dass wir vor allem ehemalige Mitglieder aus dem Gewerkschaftsmilieu gleich mit an den Pranger
130 stellen. Wie sehr man ihnen auch vorwerfen kann, nicht den Weg des innerparteilichen Widerstandes
131 gegangen zu sein und den Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit und solidarische Zukunftslösungen
132 innerhalb der SPD aufgenommen zu haben, der historische Vorwurf ist trotz der jetzigen Kooperation
133 unangebracht. Wir müssen in Zukunft die Konzepte genau betrachten und die inhaltliche
134 Auseinandersetzung mit der der neuen Partei suchen. Dabei muss klar sein, der politische Feind, den
135 wir bekämpfen, steht rechts von uns und nicht nur in der extremen Rechten. Diese Art der
136 Auseinandersetzung muss auch für die Landtagswahl gelten.

137 Außerdem muss das langfristige Ziel die (Re-)Integration der linken, progressiven Kräfte in die SPD sein.

138

139 *.....Aufgaben der Jusos/ Anforderungen an einen offenen politischen Jugendverband*

140

141 Durch das Entstehen der Linkspartei ist ein Legitimationsdilemma entstanden. Doch obwohl Kritik und
142 auch neue Politikkonzepte von Kräften außerhalb der SPD formuliert werden, sehen wir es auch
143 weiterhin als wichtige Aufgabe an, zum einen **innerhalb der SPD** zu wirken und für unsere Vorstellung
144 der SPD 2015 zu werben.

145 Wir Jusos stehen für eine linke Politik in der SPD und sind ein wichtiger Teil der Parteilinken.

146

147 Dies **nach außen** zu tragen und aufzuzeigen, dass es innerhalb der SPD noch linke Kräfte gibt, ist bei
148 einer Großen Koalition und angesichts der neuen Partei links von uns wichtiger denn je. Wir wollen
149 linke Jugendliche, die nach solidarischen, chancengerechte Lösungen suchen und sich für diese
150 einsetzen wollen, die sich eine Gesellschaft in gegenseitiger Verantwortung wünschen und sich für ein
151 selbstbestimmtes Leben stark machen, auch weiterhin an uns binden, ihnen eine politische Heimat
152 bieten.

153

154 Gerade bei der oftmals durch die Politik gepredigten Alternativlosigkeit und dem gemeinsamen Weg
155 der großen Parteien in einer Großen Koalition, was den Eindruck der Einigkeit im Parteiensystem für
156 die Richtung der Politik bei allen Detailauseinandersetzung verstärkt, ist es wichtig, inhaltliche
157 Angebote zu machen, die eben aus **diesem Schema der Alternativlosigkeit ausbrechen**, andere Wege
158 aufzeigen, die machbar sind.

159

160 Wir wollen innerhalb der Partei für unsere Konzepte eines **sozial gerechten Umbaus der Gesellschaft**
161 mit mehr Chancengleichheit und Umverteilung werben und uns dafür einsetzen. Klar, muss auch
162 abgewogen werden, in welchen Punkten die Konfrontation gesucht wird und wann es angebracht ist,
163 gemeinsam für die Politik zu stehen, wie wir es im Bundestagswahlkampf überwiegend gemacht haben.
164 Aber es muss auch möglich sein, innerhalb der Partei zu kritisieren, andere Lösungen einzufordern als
165 die Parteiführung, Konzepte über eine Legislatur hinweg zu fordern und sich kontinuierlich dafür
166 einzusetzen.

167
168 Nicht nur innerhalb der Partei wollen wir unsere Konzepte und Ideen diskutieren, sondern auch in der
169 **Öffentlichkeit**, mit **BündnispartnerInnen** und mit interessierten Jugendlichen. Wir Jusos verstehen uns
170 als **offener Verband**, der bereit ist, Diskussionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu
171 führen, der den Austausch gerade mit Jugendlichen sucht und sich dabei auch weiterentwickelt. Doch
172 Offenheit hat da ihre Grenzen, wo grundsätzliche Überzeugungen in Frage gestellt werden, völlig
173 andere Wertvorstellungen vorherrschen und eine gemeinsame Formulierung von politischen Zielen nicht
174 mehr möglich ist.

175
176 Wir wollen als politischer Jugendverband Jugendliche, die zu uns kommen politisieren, d.h. durch
177 politische Diskussionen, gemeinsame Projekte, das Sammeln und den Austausch von Erfahrungen die
178 Vorstellungen von einer Gesellschaft der Zukunft konkretisieren. Dabei ist es wichtig, dass sich
179 Vorstellungen von selbst entwickeln, nicht durch „Dozieren“ erlernt werden können, und dass wir
180 diesen Prozess lediglich mit den verschiedensten Instrumenten unterstützen können. Deshalb gilt es,
181 für die verschiedenen Zielgruppen und Bedürfnisse an Politik und „Mitmach“-Angebote zu formulieren,
182 ohne jedoch den Anspruch eines *politischen* Jugendverbandes aufzugeben. Dazu sollten wir uns auch
183 wieder mehr darum bemühen, Azubis, junge ArbeitnehmerInnen, junge GewerkschafterInnen und junge
184 Arbeitssuchende anzusprechen und in unseren Verband zu integrieren.

185
186 *.....und inhaltlich?*

187
188 Die Definition als linker, kritischer Richtungsverband ist nicht bloß eine Wortspielerei und der
189 Abgrenzung zu anderen politischen Gruppen geschuldet, sondern wir formulieren unsere
190 Politikvorstellungen auch entlang dieser Meßlatte und werden dies auch in Zukunft tun. Viele Ideen
191 sind in den letzten Jahren entstanden, vom gesamten Verband abgestimmt, akzeptiert und auch
192 eingebracht worden. Wir wollen Politik weiterentwickeln und den inhaltlichen Ansprüchen an unsere
193 Gesellschaft der Zukunft mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Chancengerechtigkeit, mehr Freiheit
194 im emanzipatorischen Sinne und Selbstbestimmung damit ein Stück näher kommen. Das Ziel einer
195 Gesellschaft ohne Klassen, die frei ist und jedem ohne eine andere Einschränkung als die der
196 Rücksichtnahme und Toleranz gegenüber den Mitmenschen die Möglichkeit gibt, sich frei zu entfalten
197 und selbstbestimmt zu leben, steht dabei für uns nicht zur Disposition.

198
199 *.....Landesverband RLP - Strukturen und daraus erwachsende Aufgaben*

200

201 _ Geschlechtergerechtigkeit und feministischer Verband

202 Obwohl wir uns für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen und versuchen, dass Thema besser in unserem
203 verband zu verankern und zwar Themen übergreifend, ist die Beteiligung von Frauen in unserem
204 Verband noch immer geringer als die der männlichen Genossen. Hier werden wir auch in Zukunft mit
205 unserer Kampagne Geschlechtergerechtigkeit und den gemischtgeschlechtlichen Teams sowie der
206 Frauenkommission ansetzen. Doch auch Strukturen und Abläufe sind darauf hin zu prüfen, ob sie für
207 Frauen eher abschreckend sind oder das Engagement fördern. Partizipationsformen ohne
208 hierarchischen Aufbau und frei von Funktionen sind auszubauen, damit gerade für junge Frauen unser
209 Verband attraktiver wird.

210
211 Präsenz und politische Aktivitäten, zu zeigen, dass wir da sind und dass wir attraktive Angebote für
212 Jugendliche haben, dass man bei uns Politik diskutieren und mitgestalten kann, ist die beste
213 Mitgliederwerbung.

214
215 *Doch auch wenn überall Strukturen bestehen,*
216 *sind die Aktivitäten äußerst unterschiedlich.*

217 _Aktivenanteil

218 Unser Landesverband besteht aus 28 Unterbezirken. Fast überall gibt es Juso-Strukturen, die
219 kontinuierlich arbeiten. Selbst der Rhein-Hunsrück-Kreis, der viele Jahre kaum Juso-Engagement
220 gesehen hat, weil die GenossInnen gefehlt haben, wird in Kürze neu gegründet.

221
222 Die Unterbezirke, die wenig GenossInnen haben, die sich aktiv einbringen, gilt es durch überregionale
223 Angebote zu unterstützen und durch Kooperationen zu stärken. Unterbezirke mit hohem Aktivenanteil
224 sind ganz besonders dazu aufgefordert, sich überregional einzubringen und ihre Diskussionen dem
225 gesamten Verband zur Verfügung stellen. Hier wollen wir bei der Vernetzung unterstützen, zu
226 Kooperation auch mit „schwächeren“ Unterbezirken anregen und den Austausch über verschiedenen
227 Plattformen fördern.

228
229 _Ausrichtung

230 Auch die Ausrichtung der Unterbezirke ist äußerst unterschiedlich. Während in manchen Unterbezirken
231 vor allem interne Diskussionen gepflegt werden und viel Wert auf die Weiterbildung und Politisierung
232 der Mitglieder gelegt wird, dominieren in anderen Unterbezirken vor allem Aktionsformen,
233 Freizeitveranstaltungen, die das Gesicht der Jusos vor Ort prägen. Die Auseinandersetzung mit der
234 kommunalen Politik ist auch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Jusos sollten zum einen die Möglichkeit
235 nutzen, sich vor Ort mit Ideen einzubringen, dabei jedoch auch nicht die allgemeinen politischen
236 Diskussionen und die Tagespolitik aus dem Blick verlieren.

237
238 Eine gute Mischung aus den verschiedenen Komponenten, politischer Diskussion, Bildung,
239 Kommunalpolitik, Bündnisarbeit, Freizeitveranstaltungen und öffentlichkeitswirksame politische
240 Aktionen, sind wahrscheinlich geeignet, möglichst viele Jugendliche anzusprechen, bei den Jusos zu

241 integrieren und zu politisieren. Hierbei wollen wir die Unterbezirke gerne unterstützen und mit
242 Vorschlägen weitere Angebote anstoßen.

243
244 _Neumitglieder: „Mehr als Freibier und schöne Frauen“
245 Entgegen der Annahme, dass die Jusos innerhalb weniger Jahre personell auf einen unbedeutenden
246 Anteil der Weltgeschichte schrumpfen, gibt es in den letzten Monaten eine positive Entwicklung zu
247 verzeichnen. In Deutschland haben wir im Laufe des Bundestagswahlkampfes 5.000 neue Mitglieder
248 gewonnen, die von der Linie der Partei und des Bundeskanzlers überzeugt waren. Auch wir in
249 Rheinland-Pfalz konnten seit dem 1. Juni 247 Neumitglieder begrüßen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der
250 Aktiven ab, die in den 1990er mit ihrer politischen Arbeit begonnen haben.

251
252 Für den Juso-Verband stellt sich daher in zunehmendem Maße die Frage nicht nur wie wir neue
253 Mitglieder gewinnen, sondern wie wir diese auch im sozialistischen/ sozialdemokratischen Sinne
254 politisieren. Insbesondere durch den starken Zustrom gerade sehr junger Interessierter ist es vielerorts
255 nicht mehr möglich, die Heranführung an die Inhalte der Jusos über Jahre in einem stetigen
256 Lernprozess zu betreiben. Immer öfter werden sehr junge Mitglieder in verantwortungsvolle Positionen
257 gedrängt, da die Verweildauer vieler bei den Jusos abnimmt. Aktive GenossInnen im Alter zwischen 30
258 und 35 sind bei den Jusos mittlerweile die Ausnahme.

259 Eines muss im Verband Konsens sein: Wir müssen die Neumitglieder politisieren und intensiver schulen,
260 da ansonsten unreflektiert Positionen und Parolen des gesellschaftlichen (und damit derzeit des
261 neoliberalen) Mainstreams übernommen werden. Lassen wir in diesen Bemühungen nach, wird der
262 Juso-Verband in wenigen Jahren in seiner Breite unpolitisch und nicht mehr in der Lage sein,
263 inhaltliche Alternativen und Gesellschaftsbilder zu entwickeln.

264
265 Einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung muss entgegengewirkt werden. Oft wird das Ziel „Wir
266 brauchen mehr neue Mitglieder“ einfach nur mit dem Werben einer möglichst großen Zahl von
267 Personen als erledigt angesehen, die dann für den politischen Alltagsbetrieb nicht gewonnen werden
268 können. Als politischer Jugendverband müssen wir jedoch den Anspruch haben, attraktiv für politisch
269 Interessierte junge Menschen zu sein und wir müssen diese wieder verstärkt durch inhaltliche Arbeit
270 ansprechen. Wir müssen gewiss auch einen Freizeitwert haben, aber das ist nicht unsere Kernaufgabe.
271 Unsere Daseinsberechtigung besteht darin, mit jungen Menschen sozialistische bzw.
272 sozialdemokratische Gesellschaftsbilder zu entwickeln und an deren Umsetzung zu arbeiten.

273
274 Die Ansätze im Bereich der Neumitgliederschulung müssen zukünftig jedem Neumitglied direkt vom
275 Landesverband angeboten bzw. nahegelegt werden. Die Seminarangebote müssen auf eine breitere
276 Basis gestellt werden und neben dem Neumitgliederseminar zu einer Seminarreihe für
277 „NeueinsteigerInnen“ ausgebaut werden. Schwerpunkt muss hierbei die Schulung von
278 organisatorischem, methodischem und vor allem inhaltlichem Wissen sein.

279 Als Bindeglied zwischen den Unterbezirken, die diese Aufgabe nicht (mehr) bewältigen können und dem
280 Landesverband, der gerade für immobile Neumitglieder „weit weg ist“, müssen zukünftig verstärkt die
281 Regionalverbände miteinbezogen werden. In Kooperation mit dem Landesverband sollen Seminarreihen

282 für jeden Landesteil erarbeitet werden. Dort werden die grundlegenden Kompetenzen vermittelt. Im
283 Bereich des RV Pfalz konnte dies im Dezember 2004 beispielhaft mit Unterstützung des
284 Landesverbandes verwirklicht werden. Der große Aufwand lohnt sich, denn es geht darum, dass die
285 Jusos das bleiben, was sie sind - ein linker Richtungsverband!

286 Gerne sind wir auch bereit, mit den Unterbezirken gemeinsam einen Neumitgliederabend oder
287 ähnliches durchzuführen, politische Diskussionen anzustoßen oder zu einem bestimmten Thema zu
288 referieren, natürlich mit anschließender Diskussion und genügend Raum, um mitreden und weiter
289 denken.

290
291 Für die vielen Neumitglieder der letzten Monate möchten wir im Dezember ein Neumitgliedermeeting
292 anbieten, bei dem wir Jusos uns inhaltlich und mit unseren Projekten vorstellen, Möglichkeiten zum
293 Mitmachen aufzuzeigen und den Kontakt zum Unterbezirk herzustellen versuchen, soweit dies nicht
294 sowieso bereits geschehen ist.

295 Das Neumitgliederpaket, das wir seit Anfang des Jahres jedem neuen Mitglied spätestens zwei Monate
296 nach dem Beitritt zusenden, soll auch weiterhin mit Infomaterial und den örtlichen Kontaktdaten
297 verschickt werden.

298
299

Landtagswahl Du bist nicht nur eine Stimme...

300
301 Der Landtagswahlkampf ist für uns als Verband DAS zentrale Arbeitsfeld bis zum Wahltermin am 26.
302 März 2006. Wir müssen dafür kämpfen, dass Rheinland-Pfalz weiterhin sozialdemokratisch regiert wird.
303 Schon beim Bundestagswahlkampf haben wir bewiesen, dass wir kämpfen können. Doch bei der
304 Landtagswahl brauchen wir die Kraftanstrengung aller Jusos im Land. Es geht um Rheinland-Pfalz! Der
305 Landesvorstand ist dafür sowohl inhaltlich als auch organisatorisch gerüstet.

306

307 *.....Wahlkampfthemen: Sozialpolitik und Bildung*

308

309 Zwei Themen werden im Mittelpunkt unserer programmatischen Wahlkampfarbeit stehen: Zum einen
310 die Sozialpolitik, wozu wir seit Anfang des Jahres mit unserer Kampagne Sozialpolitik schon Positionen
311 in den Bereichen Arbeit, Sozialstaat und Armut erarbeitet haben. Zum anderen das Thema
312 Bildungspolitik: Hier kann Rheinland-Pfalz seit Jahren Erfolge vorweisen, unter anderem mit dem
313 Programm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“, das Maßstäbe in der frühkindlichen
314 Erziehung und Bildung setzt, und mit der Initiative „Wissen schafft Zukunft“ zur Förderung der
315 Hochschulen. Auf diese beiden Schwerpunktthemen Sozialpolitik und Bildungspolitik werden wir
316 unseren inhaltlichen Wahlkampf in der heißen Phase im März konzentrieren und diese zuspitzen.

317 Darüber hinaus besetzen wir vor allem in der Zeit von November bis Januar zwei weitere für viele
318 junge Menschen wichtige Themen: Rechtsextremismus und Jugendpartizipation. Der Leitantrag zur
319 Landtagswahl mit den zentralen inhaltlichen Positionierungen zu den genannten Themen liegt zur
320 Diskussion vor.

321

322 *.....Erfolge der Landesregierung herausstellen*

323
324 Natürlich gehört es auch zum Wahlkampf, die Erfolge der Landesregierung herauszustellen. Wir
325 brauchen uns mit unserer Politik in Rheinland-Pfalz nicht zu verstecken, insbesondere nicht im
326 Bildungsbereich. Dennoch müssen wir an bestimmten Punkten auch klar aufzeigen, wo wir gerne weiter
327 gehen würden, ohne jedoch den Weg des solidarisch-kritischen Umgangs mit der Partei, den wir ja auch
328 im Bundestagswahlkampf begangen haben, zu verlassen.

329
330 *..... und so wollen wir unsere inhaltlichen Ideen im Wahlkampf einbringen*

331
332 Nachdem wir uns als Verband auf eine gemeinsame inhaltliche Linie geeinigt haben, kommt es darauf an,
333 dass wir unsere Programmatik gerade den jungen Wählerinnen und Wählern offensiv näher bringen.
334 Dazu wird der Landesverband sowohl eigene Aktionen machen als auch den Unterbezirke und Jungen
335 Teams, die direkt auf Wahlkreisebene die MdLs bzw. Landtagskandidaten unterstützen, Angebote
336 unterbreiten. Den Aufbau der Jungen Teams in den Wahlkreisen unterstützen wir nachdrücklich.

337 Zum Wahlkampfauftakt wird es eine größer angelegte Veranstaltung für junge Menschen sowohl aus dem
338 Verband als auch von außerhalb mit dem Titel „Du bist nicht nur eine Stimme“ geben, die verschiedene
339 Aspekte verbindet: Erstens laden wir die jungen LandtagskandidatInnen ein, damit die jungen
340 WählerInnen sie kennen lernen können. Zweitens werden in Workshops inhaltliche Themen erarbeitet.
341 Zum Dritten wird es abends eine Party geben. Ziel der Veranstaltung ist, den Jugendlichen aufzuzeigen,
342 dass politische Partizipation nicht nur aus dem „Wählen gehen“ besteht, sondern dass es vielfältige
343 Möglichkeiten gibt, sich politisch zu beteiligen und mitzudiskutieren.

344 Als zweiter Wahlkampfbaustein des Landesverbandes wird es in den letzten drei Wochen vor der Wahl
345 das „Du bist nicht nur eine Stimme - Juso-Mobil“ geben. Viele Unterbezirke und AGen haben in den
346 letzten Monaten gezeigt, dass sie witzige politische Aktionen umsetzen können. Der Landesverband will
347 die Aktivitäten vor Ort mit diesem „Mobil“ unterstützen, indem wir jeweils mit mehreren Leuten zu den
348 Veranstaltungen der Unterbezirke kommen, dort gemeinsam Aktionen durchführen und Bildungsmaterial
349 verteilen. Fertige Aktionspakete und (fast) alles, was für die Veranstaltungen gebraucht wird, wird
350 mitgebracht. Die Koordination der Route erfolgt über das Landesbüro. Zur genaueren Konzeption und
351 Finanzierung dieser beiden zentralen Wahlkampfaktivitäten liegt ein Antrag des Landesvorstands vor.

352 Außerdem wird es wie im Bundestagswahlkampf Materialien des Landesverbandes für die Verteilung vor
353 Ort geben. Diese werden auf einem Wahlkampf-Workshop-Wochenende im Dezember mit allen
354 Interessierten erarbeitet. Die Abgabe der Materialien an die Unterbezirke wird über einen Onlineshop
355 erfolgen. So kann jeder Unterbezirk selbst entscheiden, wie viele Exemplare er von den einzelnen give
356 aways und Bildungsmaterialien erhalten möchte.

357

358 **Und nach dem 26. März geht's weiter....**

359

360 **Schwerpunkte und Inhalte**

361

362 **Bildungspolitik: Unsere Schule von Morgen**

363

364 Im Bereich der Bildungspolitik wird unser Schwerpunkt nach der Landtagswahl auf der
365 Auseinandersetzung mit und dem Werben für das Konzept einer Schule der Zukunft liegen, das die
366 Bildungskommission des Landesverbandes in mehrjähriger Arbeit entwickelt hat und das die Vision einer
367 ganzheitlichen Bildung enthält, so wie wir Jusos sie uns vorstellen.

368 Auf dem ersten Kommissionswochenende in 2006 wird die Kommission das Konzept fertig stellen. Die
369 innerverbandliche Diskussion beginnt nach der Landtagswahl, damit unsere weit gehenden Forderungen
370 nicht der Hektik des Wahlkampfes und der Koalitionsverhandlungen zum Opfer fallen. Innerverbandliche
371 Diskussion bedeutet, dass das Konzept auf einem Landesausschuss und in den Unterbezirken vor Ort
372 vorgestellt und diskutiert wird. Ziel ist es, dieses Thema im ganzen Verband zu verankern.

373 Die Diskussion in der Partei soll mit einer eigenen Veranstaltung beginnen. Die Landtagsfraktion soll
374 ebenso eingebunden werden wie beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft für Bildung. Schließlich müssen
375 BündnispartnerInnen für unsere Ideen gewonnen werden. Das geschieht mittels Gesprächen mit unseren
376 KooperationspartnerInnen wie beispielsweise der LandesschülerInnenvertretung (LSV) oder der
377 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Schließlich wird das Konzept der Öffentlichkeit
378 vorgestellt.

379
380 Darüber hinaus wird der Landesverband weiterhin den Kontakt zu sozialdemokratischen
381 EntscheidungsträgerInnen in Fraktion, Partei und Regierung pflegen und ausbauen, um konkret an der
382 Konzeption und Entscheidungsfindung bildungspolitischer Projekte mitwirken zu können. Außerdem wird
383 die Vernetzung zwischen den BündnispartnerInnen im Bereich der Bildungspolitik vorangetrieben. Zu
384 nennen sind hier unter anderem die GEW bzw. die Junge GEW, die LSV, die LandesAstenKonferenz
385 (LAK) und der fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften).

386 Schließlich wird es jeweils zum ersten Schultag im Februar und nach den Sommerferien eine landesweite
387 Aktion geben, mit der wir den Jugendlichen unsere bildungspolitischen Forderungen näher bringen. So
388 können wir auch zwischen den Wahlkämpfen bei den jungen Menschen Präsenz zeigen.

389

390 **Wir lassen Politik nicht Rechts liegen....**

391
392 Bereits im Landtagswahlkampf spielt das Thema „Kampf gegen den Rechtsextremismus - für mehr
393 Toleranz“ eine wichtige Rolle und ist einer der vier thematischen Schwerpunkte. Doch es geht nicht nur
394 darum, im Wahlkampf ein Zeichen gegen Rechts zu setzen, sondern kontinuierlich an diesem Thema zu
395 arbeiten. Hier kann zum einen der AK/ die Kommission Antifa einen wichtigen Beitrag leisten, um die
396 Interessierten zu vernetzen, Aktionen zu planen und Aufklärung zu leisten. Daneben muss es zum einen
397 über das Landesbüro, über die eMail-Verteiler und die Homepage einen regelmäßigen Austausch über
398 rechtsradikale Aktivitäten vor Ort und evtl. geplante Gegenaktivitäten geben, um gemeinsam gegen
399 Rechtsextreme zu mobilisieren. Außerdem kann die ständige Diskussion wie z.B. über unsere
400 Verbandszeitung „Sozialistmuss“ einen Beitrag dazu leisten.

401 Bereits im Wahlkampf wollen wir die Unterbezirke mit Aktionsvorschlägen gegen Rechtsextremismus, die
402 auch über den Wahlkampf hinaus umgesetzt werden können, unterstützen. Im Kampf gegen
403 Rechtsradikalismus sind zum einen das NDC als auch das rlp-Die Jugendlinke wichtige
404 BündnispartnerInnen. Viele Materialien sind hier bereits vorhanden und können von uns genutzt werden.
405 Neben der Aufklärung über den Rechtsextremismus, müssen wir auch einen positiven Beitrag dazu

406 leisten, mehr Toleranz bei den Jugendlichen gegenüber AusländerInnen und Andersdenkenden in
407 unserer Gesellschaft zu fördern. Dazu können Festivals wie z.B. ein dezentral rheinland-pfalzweit
408 veranstaltetes Festival gegen Rechtsradikalismus für mehr Toleranz beitragen, ebenso wie kulturelle
409 Begegnungen und die Gedenkstättenpflege. Neben dem KZ Osthofen, in dem bereits seit einigen Jahren
410 ein Dokumentationszentrum besteht, wird im Dezember das Dokumentationszentrum Hinzert eröffnet, für
411 das sich die Jusos vor allem im Trierer Raum seit langem stark gemacht haben. Wir werden an der
412 Eröffnung teilnehmen und das Dokumentationszentrum auch weiterhin fördern und unterstützen.

413

414 **Demographischer Wandel...**

415 *Ein Gespenst geht um... Der demographische Wandel.*

416

417 Die zurückliegenden Reformen des Sozialstaates, die oftmals zu herben Einschnitten für
418 GeringverdienerInnen führten, wurden nicht zuletzt mit dem Argument der Notwendigkeit, auf die
419 demographischen Herausforderungen zu reagieren, gerechtfertigt. Wenn aber Errungenschaften, für die
420 Generationen von ArbeitnehmerInnen gefochten haben, auf dem Spiel stehen, ist es für uns Jusos
421 höchste Zeit, uns diesem Thema mit großer Anstrengung zu widmen.

422

423 Die Menschen in unserer Gesellschaft werden immer älter. Das ist richtig. Falsch ist aber, dass damit nur
424 Probleme verbunden sind. Mit dem Argument einer alternden Gesellschaft wird nur allzu gerne und häufig
425 eine Aushöhlung des Sozialstaatsprinzips gerechtfertigt. Mit diesen Diskussionen werden aber nur
426 Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung geschürt. Hier liegt viel Aufklärungsarbeit in der
427 Bevölkerung, aber vor allem auch in den eigenen Reihen, vor uns.

428

429 Wir Jusos stellen uns gegen diese Panikmache und wollen mit unserer Arbeit informieren. Dazu auch der
430 umfassende Antrag zum Thema Demographie, der viele Fakten des Themas beleuchtet.

431 Wir machen uns diese Arbeit, um unsere Generation wieder zu motivieren, nicht alles als gegeben
432 hinzunehmen, da man ja gegen die demographische Entwicklung nichts tun könne. Wir wollen, dass die
433 Politik wieder das Heft in die Hand nimmt und zusammen mit den Menschen unser aller Zusammenleben,
434 das Miteinander gestaltet.

435

436 Bei vielen Menschen herrschen Ängste vor, wenn sie an das „Schreckgespenst“, das „Menetekel
437 moderner Industriegesellschaften“, denken. Dabei wird allzu wenig daran gedacht, welche großartigen
438 Chancen die Entwicklung der Gesellschaft ins sich birgt. Gemeinsam mit Jugendlichen im Verband und
439 außerhalb wollen wir diese Möglichkeiten aufzeigen. Wir wollen mit unserer Generation Ansprüche
440 formulieren, unsere Wünsche und Hoffnungen festhalten und politisch umsetzen. Deswegen wollen wir
441 uns mit dem Thema Demographie so intensiv beschäftigen.

442

443 Wir wollen zeigen, dass die einhergehende höhere Lebenserwartung etwas durchweg Positives für
444 unsere Gesellschaft sein kann. RentnerInnen sind heute an vielen Stellen aktiv und gestalten ihre und
445 unsere Umgebung engagiert mit, indem sie immer öfter Verantwortung im Gemeinwesen übernehmen.
446 Diese Chancen müssen wir, gemeinsam mit den anderen Generationen, aufnehmen.

447

448*Perspektive 2020*

449
450 Wir wollen perspektivisch denken. Nur gemeinsam mit der Generation 60plus wird es möglich sein, auf
451 unsere aller Bedürfnisse einzugehen; Verständnis zu erzeugen. Generationengerechtigkeit ist für uns
452 nicht Aufruf zur Abwehrhaltung, sondern ein gelebtes Miteinander, gelebte Solidarität. Nicht die
453 Frage: „Die oder wir?“ bestimmt unser Denken und Handeln. Konfliktlinien der Gesellschaft verlaufen nicht
454 zwischen alt und jung, vielmehr und immer tiefer zwischen reich und arm. Wer die Frage nach
455 Generationengerechtigkeit stellt, darf die Frage der Umverteilung nicht ungestellt lassen!

456
457*Lähmende Sachzwänge überwinden*

458
459 Politik muss sich, wenn sie in Zukunft wieder regieren statt bloß reagieren möchte, ein Stück weit von der
460 allgegenwärtigen Sachzwanglogik befreien. Deswegen ist es notwendig, Themen im rechten Licht zu
461 betrachten und nicht wie die Lemminge den Aussagen von zweifelhaften ProphetInnen zu folgen. Nur so
462 schafft es Politik und mit ihr Demokratie, wieder ein Stück weit mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu
463 erlangen.

464 Es liegt an uns, wie wir unsere gemeinsame Zukunft gestalten. Wir Jusos wollen die solidarische
465 Gesellschaft nicht den marktradikalen Kräften in diesem Land überlassen. Dazu wollen wir gemeinsam
466 mit vielen jungen Menschen eigene Konzepte und Lebensentwürfe entwickeln und aufzeichnen. Wir
467 wollen junge Menschen motivieren, angstfrei über ihre Zukunft, über ihre Visionen zu debattieren, sie
468 ermutigen, ihre Gedanken weiter auszubauen.

469 Hier besteht eine weitere Möglichkeit, gemeinsam mit den Unterbezirken und Regionalverbänden zu
470 diskutieren und zusammenzuarbeiten, aber auch zum Beispiel Schulklassen näher an die Arbeit der
471 Jusos zu binden.

472
473*„Träumen erlaubt“ - Ein Medienfestival*

474
475 Ein Filmfestival bietet hier einen idealen Anknüpfungspunkt. Wir wollen Jugendliche dazu auffordern,
476 Visionen und Konzepte zu entwerfen, die eine langfristige gesellschaftliche, wirtschaftliche und
477 ökologische Entwicklung zu mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität möglich machen.
478 Dabei wollen wir ihnen helfen, aus der Sachzwanglogik auszubrechen und weiter zu denken, Ansprüche
479 zu formulieren.

480 Wir Jusos wissen, dass vor allem Jugendliche, und dies ist ja kein altes Phänomen, der „etablierten
481 Politik“ zunehmend distanzierter und skeptischer begegnen. Oft ist das so, weil Politik allzu starr und nicht
482 lebendig erscheint.

483 Am Anfang eines politischen Prozesses stehen aber immer Visionen, die zunächst einmal realpolitisch
484 vielleicht nicht machbar scheinen, die eben manchmal auch eines gesellschaftlichen Umdenkens
485 bedürfen, aber der Ursprung vieler großer politischer Entscheidungen waren und sind.

486 Und hier möchten wir mit einem Medienfestival ansetzen. Jugendlichen und jungen Erwachsenen
487 zwischen 14 und 35 Jahren wollen wir die Möglichkeiten geben, ihre Visionen, Träume oder auch Ängste
488 in medialer Darstellung vor eine Jury zu bringen.

489 *Wir Jusos sagen deutlich: Träume und Visionen müssen erlaubt sein!* Wir möchten Jugendliche und junge
490 Erwachsene zum Weiterdenken auffordern. Wir möchten ihre Ängste und Träume kennen.

491 „Alternativlosigkeit bekämpfen“ hieß bereits das Motto des Juso-Bundeskongress 2005. In diesem Sinne
492 sollten wir deshalb nicht fragen „Warum sollte das gehen?“ sondern „Warum sollte es nicht gehen?“, und
493 das wollen wir auf diesem Weg auch unseren AltergenossInnen nahe legen.

494

495 **Lebendiger Verband**

496

497 **Informationsfluss, Angebote und mehr**

498 Ziel unserer Arbeit auf allen Ebenen muss sein, dass wir als Verband lebendig und kampagnenfähig sind.

499 Dazu ist es notwendig, dass sich Landesverband und Unterbezirke gegenseitig unterstützen.

500 Der Landesverband wird daher konkrete und überschaubare Angebote für die Unterbezirke erarbeiten.

501 Dazu gehört ein so genanntes „Überlebenspaket“ genauso wie die Unterstützung bei der
502 Veranstaltungsplanung oder die Bereitstellung von Musterpressemittellungen zu aktuellen Themen. Diese

503 Angebote den Unterbezirken zu unterbreiten, ist Aufgabe der Kontaktpersonen des Landesverbandes.

504 Jeder Unterbezirk hat eine/n solche/n AnsprechpartnerIn auf Landesebene.

505 Generell bedeutet ein lebendiger Verband aber auch, dass Unterbezirke und Landesverband an der

506 Arbeit der jeweils anderen Ebene partizipieren. Der Informationsfluss in beide Richtungen ist hierbei sehr

507 wichtig. Es ist eine Bereicherung, wenn beide Ebenen von einander wissen, woran sie arbeiten und was

508 geplant ist. Nur so kann der Landesverband die Aktivitäten vor Ort unterstützen und nur so können sich

509 umgekehrt die Unterbezirke bei Aktionen auf Landesebene einbringen. Mit Email-Newslettern,

510 regelmäßigen großen Verschickungen, Muster-Pressemitteilungen, die an die Lokalzeitungen gegeben

511 werden, und der Zeitung „SozialistMuss“ stehen dazu wichtige Instrumente zur Verfügung. So können wir

512 uns nach außen als ein Verband präsentieren und werden verstärkt wahrgenommen. Das Kontaktpflegen

513 der AnsprechpartnerInnen und Informationen aus den Unterbezirken an das Landesbüro komplettieren

514 den Informationsfluss.

515 Sehr erfreulich ist, dass sich in vielen Unterbezirken neue Arbeitsgemeinschaften gründen oder diese

516 reaktiviert werden. Wir bieten an und wünschen uns, dass bei diesen Gelegenheiten mindestens ein

517 Mitglied des Landesvorstands anwesend ist, um von Anfang an den Kontakt zu den Jusos vor Ort zu

518 pflegen. Mit neuen Arbeitsgemeinschaften ist uns der Aufbau bzw. eine Verstärkung unseres

519 kommunalpolitischen Engagements unterhalb der Unterbezirksebene in größeren Städten und

520 Verbandsgemeinden möglich. Sie dienen uns als „Sprungbrett“ für die Wahrnehmung

521 kommunalpolitischer Mandate, aber für den Generationenwechsel in unserer Mutterpartei vor Ort.

522 Zudem können Kooperationen zwischen eher aktiven und eher weniger aktiven Unterbezirken helfen,

523 letztere zu unterstützen. Schließlich wird sich der Landesverband weiterhin zusammen mit den

524 Regionalverbänden darum bemühen, „tote“ Unterbezirke zu reaktivieren.

525

526 **Öffentlichkeitsarbeit**

527 Öffentlichkeitsarbeit besteht für uns Jusos aus verschiedenen Instrumenten.

528 Zum einen ist dies die klassische Pressearbeit. In der vergangenen Amtszeit war der Landesverband zu

529 vielen wichtigen Themen mit Pressemitteilungen in der Öffentlichkeit präsent. Problematisch ist aber,

530 dass trotz unserer guten Pressearbeit kaum etwas in den Zeitungen abgedruckt wird.

2. Angenommenen Anträge

531 Hier ist mit verschiedenen Maßnahmen anzusetzen: Zentrale Aufgabe wird sein, dass der Landesverband
532 feste Kontakte zu einer festen Ansprechperson in den jeweiligen Redaktionen aufbaut. Ebenso muss für
533 jede Redaktion eine Person des Landesverbandes als AnsprechpartnerIn fungieren, damit eine
534 wechselseitige Kommunikation möglich ist. Es wäre auch denkbar, dass eine Person den Landesverband
535 als PressesprecherIn gegenüber den Medien vertritt.

536 Zum Aufbau von solchen Kontakten bieten sich unter anderem Redaktionsbesuche und die Verschickung
537 von Präsentationsmappen des Landesverbandes an. Die Aktualisierung und Überarbeitung des
538 Presseverteilers kann ebenfalls mit dem Kontakte knüpfen verbunden werden.

539 Um sicherzustellen, dass sich der Landesverband zeitnah zu aktuellen Entwicklungen in den für uns
540 zentralen Politikbereichen äußert, wird es im Landesvorstand thematische Zuständigkeiten geben.
541 Generell sollten wir eher auf Klasse als auf Masse setzen, was Pressemitteilungen betrifft. Das heißt, wir
542 müssen uns nicht zu jedem bundespolitischen Thema äußern, sondern dann, wenn uns etwas wichtig ist
543 und/oder wir eine abweichende Meinung vertreten. Außerdem sollten wir uns weit mehr auf die
544 Landespolitik konzentrieren.

545 Da die Unterbezirke und AGen bessere Kontakte zu den Zeitungen vor Ort haben, stellt der
546 Landesverband den lokalen Gliederungen Muster-Pressemitteilungen zur Verfügung. Eine intensive
547 Pressebeobachtung ist unerlässlich, um über aktuelle Thematiken und Diskussionen informiert zu sein
548 und andererseits zu überprüfen, wo wir in der Presse präsent sind. Schließlich streben wir den Aufbau
549 eines LeserInnenbrief-Netzwerkes an, weil LeserInnenbriefe wesentlich öfter abgedruckt werden als
550 gewöhnliche Pressemitteilungen.

551
552 Die politisch interessierten Jugendlichen erreichen wir durch unsere Homepage, für die wir auf allen
553 Materialien werben. Die Homepage soll auch weiterhin Hintergrundinformationen zu unseren Positionen
554 und Aktivitäten liefern, aber auch tagesaktuell Themen kommentieren, indem unsere Pressemitteilungen
555 unmittelbar online gestellt werden. Neben der Kommunikation nach außen ist aber auch die
556 Kommunikation nach innen wichtig. Hier wollen wir in Zukunft die Homepage besser nutzen, durch einen
557 Mitgliederbereich, in dem Termine und Aktivitäten veröffentlicht werden und Diskussionen stattfinden
558 können.

559 Außerdem wollen wir bei unseren Aktionen darauf achten, dass diese öffentlichkeitswirksam sind,
560 beispielsweise durch Straßenaktionen mit großflächigen Plakaten oder ähnlichem. Gemeinsame Aktionen
561 mit den Unterbezirken und/ oder BündnispartnerInnen sind hier ebenso denkbar wie Aktionen auf
562 Parteitag oder anderen Parteiveranstaltungen, insbesondere im Wahlkampf.

563

564 **Die Kommissionen**

565 Die Kommissionswochenenden des Landesverbandes erfreuen sich immer größerer Beliebtheit, was sich
566 nicht nur an den Anmeldeständen ablesen lässt. Die Kommissionen setzen sich zu unterschiedlichen
567 Teilen aus einem festen Stamm sowie aus fluktuierenden Mitgliedern zusammen. Somit ist eine gute
568 Mischung in den Kommissionen gegeben, die eine kontinuierliche Arbeit in den Gruppen ebenso
569 ermöglicht, wie auch immer neue Impulse bewirkt.

570 Wie lebendig die Kommissionen arbeiten zeigt sich nicht zuletzt auch in den guten Arbeitspapieren,
571 Positionspapieren und Anträgen, die teils auf Landeskonferenzen, teils auf Bundeskongressen
572 eingebracht werden.

573 Ein wichtiger Anspruch an die Kommissionswochenenden ist es aber auch, die inhaltliche Diskussion in
574 den Unterbezirken anzustoßen und dort weiter zu führen. Dies ist nur möglich, wenn möglichst viele
575 Unterbezirke durch ihre VertreterInnen kontinuierlich an den Wochenenden teilnehmen. An diesen
576 VertreterInnen, den ExpertInnen der jeweiligen Unterbezirke, liegt es, die Diskussionen in die
577 Unterbezirke und AGen zu tragen. Damit dies möglich ist, muss den TeilnehmerInnen Materialien, wie ein
578 Protokoll oder die erarbeiteten Papiere, an die Hand gegeben werden.

579 Sicherlich liegt es an den Mitgliedern im Verband, welches Angebot auf den Kommissionswochenenden
580 in Zukunft gemacht werden soll. Die bis jetzt erzielten Ergebnisse der Arbeit in den Kommissionen zeigen,
581 dass der Landesverband hier auf dem richtigen Weg ist.

582 Das ist nicht zuletzt notwendig, um die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes weiter auf so breitem
583 Niveau zu leisten, wie wir dies derweilen tun.

584

585

586 **Juso-SchülerInnen- Chancen und Umriss einer Juso-SchülerInnengruppe**

587
588 Mit unseren Positionen zu hochschulpolitischen Themen wie Studiengebühren und BAföG sprechen wir
589 sehr viele StudentInnen an, die sich für eine sozial gerechte Bildungsstruktur einsetzen möchten. Doch
590 Bildungspolitik ist mehr als Hochschulpolitik. Dem Studium geht der Besuch der Schule meistens noch
591 des Gymnasiums voraus, andere gehen auf die Haupt- oder Realschule und später vielleicht auf die
592 Berufsschule. Nicht wenige Jusos sind SchülerInnen. Und viele SchülerInnen sympathisieren mit den
593 bildungspolitischen Vorstellungen der Jusos. Es gilt, dieses Potenzial zu nutzen.

594 Aus diesem Grund ist es sinnvoll, Juso-SchülerInnengruppen ähnlich der Juso-Hochschulgruppen
595 aufzubauen, die SchülerInnen eine Plattform bieten, sich politisch für eine bessere Schulpolitik zu
596 engagieren. Schließlich wissen SchülerInnen am besten, was an den Schulen verbessert werden muss.
597 Sie sehen „live“ an jedem Schultag, was in dem derzeitigen System schief läuft. Entgegen den Vorurteilen
598 einiger sind die meisten SchülerInnen politisch interessiert, sehen jedoch kaum eine Möglichkeit, etwas
599 zu bewegen.

600 Und das, obwohl die Demokratisierung der Schule, die Einführung der Gemeinschaftsschule, die
601 Förderung von Chancengerechtigkeit z.B. mit Hilfe eines Schülerinnen-BAföG für Jugendliche aus sozial
602 schwachen Familien nur eine kleine Auswahl unserer Forderungen sind, die jede/n SchülerIn etwas
603 angehen und viele ansprechen.

604 Eine aktive SchülerInnen-Arbeit wird einerseits die für SchülerInnen relevanten Themen mehr in den
605 Blickpunkt der Politik rücken. Andererseits besteht die große Chance, politisch interessierten
606 Jugendlichen eine Möglichkeit zu bieten, praktisch Politik auszuüben und sie an die vermeintlich
607 schwierige, langweilige und komplizierte politische Arbeit ganz leicht heranzuführen. Eine feste Bindung
608 an die Jusos und die SPD ist hierbei keine unmittelbare Voraussetzung (wenn auch wünschenswert) Wir
609 wollen Möglichkeiten des Mitmachens bieten, ohne direkt die Mitgliedschaft zu forcieren. Auch mussein
610 Mittelweg gefunden werden zwischen der Einbindung in die Juso-Arbeit und der Eigenständigkeit bei den
611 Konzepten und der Struktur. Eine möglichst große Freiheit, die sich natürlich nur im Rahmen der Juso-
612 Grundsätze bewegen kann, sind der Schlüssel für ein attraktives Angebot für linke SchülerInnen. Kleine
613 lokale JSG's, die sich mit den örtlichen Juso-Gruppen verständigen und mit ihnen zusammenarbeiten,
614 sich aber nicht von ihnen assimilieren lassen, sondern weitgehend eigenständig agieren können, bilden
615 eine ideale Grundlage für SchülerInnen-Arbeit vor Ort. Die Politik von JSG's kann vielfältig sein. Von

616 Informationsveranstaltungen über Ausarbeitung von politischen Konzepten bis hin zu antifaschistischen
617 Kampagnen ist einiges machbar. Und sicherlich werden nicht wenige Juso-SchülerInnen nach diesem
618 behutsamen Einstieg in die Politik darüber nachdenken, bei den Jusos und/oder in der SPD aktives
619 Mitglied zu werden. Aus diesen Gründen ist der Aufbau einer Juso-SchülerInnen-Landesgruppe in
620 Rheinland-Pfalz, die den Aufbau der örtlichen Gruppen koordiniert und fördert, eine wichtige Aufgabe für
621 die Zukunft.

622

623 **BündnispartnerInnen - Gemeinsam für unsere Ziele**

624

625 *.....RPJ - Ring politischer Jugend*

626 Im RPJ sind die politischen Jugendverbände, Grüne Jugend, JungdemokratInnen/Junge Linke, Julis, JU
627 und die Jusos vertreten. Die politischen Gemeinsamkeiten halten sich in diesem Kreis weitestgehend in
628 Grenzen, doch das Anliegen, Jugendliche für Politik zu interessieren, haben alle beteiligten Verbände.
629 Deshalb wurde im letzten Jahr gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend eine
630 Initiative an rheinland-pfälzischen Schulen gestartet, die den gemeinsamen Besuch der Jugendverbände
631 im Unterricht oder in einem anderen schulischen Rahmen ermöglichen sollte und explizit bei den
632 SchulleiterInnen dafür warb. Einige Podiumsdiskussionen haben stattgefunden und wir werden uns auch
633 in Zukunft dafür einsetzen, dass wir als politische Jugendverbände an die Schulen gehen können, um
634 dort Jugendliche für Politik zu interessieren, unsere Positionen aufzuzeigen und auch zu verdeutlichen,
635 dass es durchaus Meinungsverschiedenheiten und verschiedenen Lösungsansätze gibt.

636

637 *.....Gewerkschaften und RLP- Die Jugendlinke*

638 Sowohl kirchliche Jugendorganisationen als auch die politischen Jugendverbände haben in der
639 Vergangenheit elementare Arbeit für gemeinsame Politik geleistet. Jedoch der wichtigste Zweig in
640 diesen Bündnissen sind neben den Verbindungen zu den linken Jugendverbänden wie beispielsweise der
641 sozialistischen Jugend - Die Falken und JungdemokratInnen/ Junge Linke, die auch in der Jugendlinke-
642 rlp organisiert sind, die Verbindungen zu den Gewerkschaften wie IG BAU (Industriegewerkschaft
643 Bauen-Argrar-Umwelt), IG Metall (Industriegewerkschaft Metall), GdP (Gewerkschaft der Polizei) oder
644 auch ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) und vor allem dem DGB (Deutscher
645 Gewerkschaftsbund).

646 Gerade hier ergaben sich viele gemeinsame Aktionen, von denen einige auch auf Bundesebene zu
647 langfristigen Bündnissen führten. Die wichtigsten sind im Bereich des Antirassismus mit dem NDC
648 (Netzwerk für Demokratie und Courage), Globalisierung und Europa und der Arbeitsmarktpolitik speziell
649 für Jugendliche zu nennen.

650 Der jüngste Erfolg dieser Zusammenarbeit ist auch im Ergebnis der letzten Bundestagswahl zu
651 erkennen. Dem Aufruf der Jugendorganisationen in den Gewerkschaften, sich an den Wahlen zu
652 beteiligen, sind sehr viele Jugendliche gefolgt. Das zeigen auch ganz klar die Statistiken unter den
653 Jung- und ErstwählerInnen. Der zweiten Intention dieser Kampagnen, den Nazis keine Stimme zu
654 geben, hat gerade in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, aber auch den übrigen Bundesländern, eine
655 deutliche Wirkung gezeigt.

Protokoll der Lako der Jusos Rheinland-Pfalz, 5.-6. November 2005, Bürgerhaus Mainz-Finthen

656 Offiziell haben die Gewerkschaften die Federführung übernommen. Gerade ver.di hat es hier strikt
657 abgelehnt, sich klar zu einem Wahlvorschlag zu äußern, was sicherlich zu Stimmenverlusten bei der SPD
658 und folglich auch zum Sympathiegewinn der Linkspartei geführt hat. Diese Situation hat sicherlich auch
659 die politische Orientierung der SPD unter Führung von Gerhard Schröder gefördert.

660 Für eine künftige Zusammenarbeit, gerade mit den Gewerkschaften, ist es für die Jusos wichtig, trotz
661 dieser für die Jusos sicherlich schwierigen Voraussetzungen die Zusammenarbeit wieder zu stärken und
662 dadurch die Jugendorganisationen wieder für unsere Politik zu gewinnen. Gemeinsame
663 Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende Presseerklärungen können einen Beitrag dazu leisten. Dazu
664 müssen die Jusos die Verbindungen zu den JugendsekretärInnen der Gewerkschaften auf Landes- und
665 Bezirksebene aufbauen und stärken. Auch offizielle Kundgebungen wie z.B. die Maikundgebungen zum
666 „Tag der Arbeit“ können genutzt werden, um Zusammenarbeit anzubieten.

667 Gerade bei den Auszubildenden und jungen ArbeitnehmerInnen schlummert Potenzial, den politischen
668 Anspruch insbesondere im Punkt ArbeitnehmerInnenrechte durchzusetzen. Die Gewerkschaften bieten
669 den Auszubildenden und jugendlichen Mitgliedern eine Reihe von politisch orientierten Seminaren, an
670 denen die Jusos sich z.B. als TeamerInnen bzw. auch GastrednerInnen/HospitantInnen beteiligen
671 können. Unter Umständen könnten sogar gemeinsame Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden.
672 Gerade vom DGB wurde auf der jüngsten Landes- und Bezirkskonferenz dieser Anspruch formuliert und
673 auch die Möglichkeit zur Zusammenarbeit angeboten.

674 Für die künftige Gestaltung einer erfolgreichen Jugendpolitik wird aber auch die Verbindung zu den
675 Jungen Grünen notwendig sein. Jedoch wird die Verbindung zur neuen Linkspartei die schwierigste
676 Herausforderung in der Bündnisarbeit darstellen. Gerade die Trennung des gewerkschaftsnahen Flügels
677 von der SPD auf Grund der politischen Neuorientierung unter Gerhard Schröder, hat auch in der
678 Jugendpolitik zu erheblichen Spannungen geführt. Inhaltlich finden sich bereits jetzt viele
679 Gemeinsamkeiten.

680 In diesem Bereich müssen neue Verbindungen zu den jungen Linken aufgebaut und vertieft werden.
681 Gemeinsame Ideen aufzugreifen, zu verbessern und durch die verschiedenen Gremien über die
682 Gewerkschaften und der Partei zur Umsetzung zu bringen, sind unsere Herausforderungen. Die im
683 letzten Jahr gegründete rlp-Die Jugendlinke muss wieder mit mehr Leben gefüllt werden, Treffen
684 müssen regelmäßiger stattfinden und eine gemeinsame Planung von Aktionen nach der Landtagswahl
685 muss angestrebt werden. Darum wollen wir uns verstärkt bemühen.

686 Die Stellung der Jusos muss weiterhin der Partei deutlich machen, in welche Richtung die Jusos gehen.
687 Die hier erwähnten Bündnisse werden hierzu ein wichtiger Baustein für unseren gemeinsamen Weg
688 darstellen. Nur mit starken PartnerInnen kann man eine gute Politik machen, die auch die Jugend
689 bewegt mitzubestimmen und mitzumachen.

690
691*Der Bundesverband*

692 Die Jusos Rheinland-Pfalz sind im Juso-Bundesverband verankert. Wir sind personell und inhaltlich auf
693 Bundesebene gut eingebunden und nehmen mit unseren VertreterInnen regelmäßig an
694 Umbauwochenenden und dem Bundesausschuss teil, was nicht als Selbstverständlichkeit gelten kann.
695 Jedoch sind wir nicht mehr mit einer/m VertreterIn im Juso-Bundesvorstand vertreten. Das schmälert aber

696 nicht unsere starke inhaltliche Mitarbeit in den Gremien, was nicht zuletzt durch unsere Anträge auf dem
697 Bundeskongress zum Ausdruck kommt.

698 Auf Bundesebene gibt es zwischen den Landesverbänden Saarland, Thüringen und Rheinland-Pfalz eine
699 starke Partnerschaft. Selbstverständlich organisieren wir eigene Veranstaltungen fernab vom Programm
700 des Bundesverbandes, welche erst das freundschaftliche Verhältnis besonders stärkt. Diese
701 Partnerschaft basiert nicht zuletzt auf einer großen inhaltlichen Übereinstimmung bei der Besetzung von
702 Themen der Landesverbände. Inhaltliche Übereinstimmungen finden sich auch bei den Landesverbänden
703 Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.

704 Im kommenden Jahr gilt es unsere Position im Bundesverband zu stärken; diese wird uns in jetziger Form
705 nicht immer gerecht. Das Profil des Landesverbandes ist in Bundesverband klar erkennbar. Wir sind
706 inhaltlich sehr gut aufgestellt.

707 Unsere Landesvorstandsmitglieder sowie VertreterInnen auf Bundesebene müssen mehr an den
708 Entscheidungen des Bundesvorstandes beteiligt werden, wie sich das auf dem letzten Bundesausschuss
709 angedeutet hat. Dies wirft auch noch einmal ein Licht auf die Diskussion um den Stellenwert des
710 Bundesausschusses. Dieser muss sicherlich noch weiter aufgewertet werden. Unsere Veranstaltungen
711 stehen denen des Bundesverbandes in keinster Weise nach. Unsere Kommissionswochenenden werden
712 gut besucht und haben großen Anteil am inhaltlichen Diskussionsprozess innerhalb des
713 Landesverbandes. Ein Schwerpunkt des neuen Landesvorstandes muss es sein, die inhaltliche Arbeit auf
714 Bundesebene kontinuierlich weiterzuführen und zu verstetigen.

715

716 **Internationale Arbeit**

717

718 Nach dem „Milleniums-Gipfel“ im Jahre 2000 erhofften sich viele einen Aufbruch in ein neues Zeitalter der
719 internationalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Rund 150 Staats- und Regierungschefs hatten sich
720 in einer gemeinsamen Abschlusserklärung darauf verständigt, dass die Globalisierung als die „zentrale
721 Herausforderung“ unserer heutigen Zeit zu sehen ist. Die „Milleniums-Ziele“ waren ehrgeizig.

722 Fast genau fünf Jahre später müssen wir jedoch konstatieren, dass die internationalen Beziehungen eben
723 noch nicht von den damals vereinbarten Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz,
724 Achtung vor der Natur und einer gemeinsam getragenen Verantwortung bestimmt werden.

725 Der letzte UNO-Weltgipfel hat einmal mehr gezeigt, dass das Gros der Industrienationen immer noch zu
726 sehr Partikularinteressen verfolgt und weiterhin die Einsicht ausbleibt, dass eine solidarische
727 Entwicklungspolitik den besten Beitrag zu mehr Frieden und Gerechtigkeit leistet, Armut bekämpft und
728 dem Terrorismus damit den Nährboden entzieht.

729 Es ist deshalb unabdingbar, dass wir als Jusos weiterhin den Kontakt zu den Jugendorganisationen
730 unserer europäischen und weltweiten Schwesterparteien suchen um gemeinsam Antworten auf die
731 weltweiten Probleme und Ungerechtigkeiten zu geben.

732

733 *.....Partnerschaften*

734 Gemeinsam mit unseren saarländischen GenossInnen möchten wir weiterhin den Kontakt zu unserer
735 österreichischen Partnerorganisation (Junge Generation Österreich) aufrecht erhalten und ausbauen.

736 Was die italienischen GenossInnen (Sinistra Giovanile) betrifft, ist zu wünschen, dass diese in naher

737 Zukunft einmal auf Kontaktversuche von unserer Seite reagieren. Bis jetzt sind jedenfalls sämtliche
738 Versuche im Sand verlaufen.

739 Erfreulicher dagegen scheint sich die Partnerschaft mit der französischen MJS, den Jeunes Socialistes de
740 la Nièvre et Saône-et-Loire, zu entwickeln. Die GenossInnen aus den beiden Departements hatten uns
741 noch 2004 in Rheinland-Pfalz besucht, so dass wir 2005, zu Besuch in Frankreich, gemeinsam weitere
742 Grundlagen für eine zukünftige Zusammenarbeit legen konnten. Abzuwarten bleibt, wie zukünftige
743 Kooperationen in inhaltlichen Fragen, beispielsweise die Zukunft Europas betreffend, aussehen könnten.

744
745*Russland-Partnerschaft*
746 Seit Anfang des Jahres steht das Thema Russland auf der Tagesordnung der
747 Kommission Internationales des Landesverbandes. Ausgehend von der inhaltlichen Auseinandersetzung
748 mit dem politischen System und der Außenpolitik Russlands wurde die Durchführung eines Austausches
749 mit unserer russischen Partnerorganisation beschlossen. Das kommt auch dem lang gehegten Wunsch
750 der Social Democratic Union of Youth (SDUY) nach Kooperation mit den Jusos entgegen. Ziel des
751 Austausches soll der Erfahrungsaustausch und, soweit möglich, die Einrichtung einer langfristigen
752 politischen Partnerschaft sein. In diesem Rahmen wird sich die Kommission auch inhaltlich weiterhin mit
753 Russland beschäftigen. Dabei sollen nicht zuletzt auch energiepolitische Zusammenhänge angesprochen
754 werden.

755
756*IUSY-Festival*
757 Ein weiterer Höhepunkt unserer internationalen Arbeit im Jahr 2006 steht uns im Sommer vom 18.-23.
758 Juli bevor: Das **IUSY-Festival in Alicante** (Spanien).
759 Wir wollen, wie schon im Jahr 2003 in Griechenland, erneut mit einer starken rheinland-pfälzischen
760 Delegation vertreten sein. Wir Jusos möchten erneut mit fast 7.000 jungen Linken aus aller Welt
761 zusammenkommen, um gemeinsam „die Welt als unser Land“ und „für eine neue Allianz der
762 Menschheit“, wie es so schön auf den Flyern der IUSY heißt, zu streiten. Dabei ist uns wichtig, über die
763 zentralen Herausforderungen unserer Zeit zu diskutieren und wichtige Impulse für unsere internationale
764 Arbeit in Rheinland-Pfalz mitzunehmen.

765
766*Vorbereitungen für die Nah-Ost-Reise (2007)*
767 Im vergangenen Jahr hat der UB Trier eine Reise nach Nablus, wohin erste Kontakte über die IUSY zur
768 Fatah-Jugend und Kontakte auf Hochschulebene zwischen den Universitäten Nablus und Trier bestehen,
769 geplant. Diese ist aufgrund verschiedener Faktoren letztendlich nicht durchgeführt worden. Die
770 Erfahrungen und Ideen sollen aber nicht im Sande verlaufen.
771 Die Landeskommission wird sich daher auch im kommenden Jahr des Themas Nah-Ost-Friedensarbeit
772 annehmen, aber wohl erst wegen des hohen Arbeitsaufwandes für 2007 eine Reise vorbereiten.

773
774 **Mitbestimmen, mitmachen, gut leben, das ist das Motto unseres Arbeitsprogramms. Wir stellen den**
775 **Anspruch mitzugestalten, Ideen für die Zukunft zu entwerfen, Möglichkeiten, der politischen**
776 **Beteiligung zu bieten mit einem klaren politischen und inhaltlichen Anspruch: Für ein gutes Leben.**
777 **Dazu haben wir die verschiedenen Projekte und Ideen gesammelt. Das würden wir im nächsten**
778 **Jahr gerne umsetzen.**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16

AntragstellerIn: Juso UB Mainz-Bingen

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Beteiligung am Grundsatzprogramm

Die Gliederungen der Jusos Rheinland-Pfalz werden aufgefordert sich aktiv an der Erstellung des neuen Grundsatzprogramm zu beteiligen. Dazu sind innerparteiliche Diskussionsveranstaltungen besonders empfehlenswert.

Begründung:

Die Diskussion und die Auseinandersetzung mit den Grundwerten unserer Partei zählt zu den Themengebieten, die vor allem junge und neue Mitglieder interessieren. Ein Damit könnte es gelingen gerade an Neumitglieder ranzutreten und sie für eine aktive Arbeit bei den Jusos zu begeistern.

1
2
3
4
5
6
7
8
9

AntragstellerIn: Juso-Landesvorstand

Zur Weiterleitung an: den SPD-Landesvorstand; die SPD-Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags; Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend; Ministerium für Wissenschaft und Hochschule; Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit; Ministerium des Inneren und des Sports

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

10
11

Chancengerecht verteilen

(Leitantrag zur Landtagswahl)

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23

„Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann. [...] Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen, wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung. [...] Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. [...] Gerechtigkeit erfordert mehr als Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“

aus dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1989.

24
25

Sozial - für ein gutes Leben

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Unser Anspruch sowohl an bundespolitische als auch an kommunale und landespolitische Sozialpolitik begründet sich aus dem Grundsatzprogramm der SPD. Wir wollen eine Sozialpolitik, die nicht nur da hilft, wo Notlagen vorliegen, sondern die Bedingungen dafür schafft, dass ein gutes Leben möglich ist.

Dabei sind den individuellen Bedürfnissen kaum Grenzen gesetzt und es ist klar, dass staatliche Politik nicht alle diese Wünsche erfüllen kann. Klar ist aber auch, dass der Staat sich nicht soweit zurückziehen darf, dass individuelle Lebensrisiken nur noch rudimentär abgesichert sind. Und es darf auch nicht sein, dass immer nur dann eingegriffen wird, wenn es brennt, sondern staatliche Politik muss schwierigen Lebenslagen vorbeugen.

Sowohl gesellschaftlich als auch in der SPD nimmt die **Unsicherheit über das Fundament des Sozialstaates** zu. Politikmodelle, Werte und Leitlinien werden neu diskutiert. Die Akzeptanz für eine solidarische Sozial- und Gesellschaftspolitik scheint immer mehr zu sinken und das Verständnis von dem, was Sozialstaat leisten soll und kann, wird immer minimalistischer und auf das „realistisch finanziell“ Machbare reduziert. Die Debatten schaffen weder eine kritische Einordnung der gesellschaftlichen Entwicklungen wie der Globalisierung noch zu bestimmen, was bei aller Reformen des Sozialstaates

40 nicht angetastet wird. Vielerorts werden diese Debatten noch von der Medienlandschaft, zur Freude der
41 neo-konservativen Kräfte in diesem Land, besonders geschürt und auf die Titelseiten gehoben.

42 Darauf haben auch die Parteien keine schlüssige Antwort gegeben. Das trägt weiter zur Unsicherheit bei,
43 ähnlich wie die ständigen Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen, die ständige Forderung nach
44 Flexibilisierung und die Ökonomisierung ganzer Lebensbereiche.

45
46 Wir wollen mit unseren Forderungen dieser Unsicherheit entgegenwirken und den Menschen
47 Perspektiven für ihr Leben in der Gesellschaft bieten.

48
49 Wir wollen jungen Menschen Perspektiven für ihre berufliche Zukunft aufzeigen.

50
51 Wir wollen die Arbeitslosigkeit mit einer solidarischen Politik bekämpfen und die Menschen bei der
52 Verwirklichung ihrer individuellen beruflichen Pläne unterstützen.

53
54 Wir wollen Verteilungsungerechtigkeit bekämpfen und prekären Lebenslagen sowie Armut vorbeugen und
55 dort, wo sie bereits eingetreten ist, unterstützend eingreifen, um sie zu beseitigen.

56
57 Die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit beinhaltet für uns das Bestehen auf gesellschaftlicher
58 Umverteilung von Reichtum. Verteilungsgerechtigkeit ergibt sich nicht aus den Einkommen, welche der
59 Markt (und auch öffentliche ArbeitgeberInnen) den Menschen zuweist bzw. nicht zuweist. Diese
60 Primärverteilung bedarf der Korrektur, um Gerechtigkeit zu ermöglichen. In Anbetracht ständig gewaltig
61 wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, der zunehmend ungleicher verteilt wird, bedeutet mehr
62 Gerechtigkeit unter anderem mehr Gleichheit, in Bezug auf Teilhabechancen an Wohlstand, Politik und
63 gesellschaftlichem Leben).

64
65 Rechtliche Gleichheit stellt eine Basis von Gerechtigkeit dar. Sie ist jedoch unter den Bedingungen
66 massiver sozialer und materieller Ungleichheit unfähig, gleiche Möglichkeiten für alle
67 Gesellschaftsmitglieder zu eröffnen. Gleiche Rechte können nur ungleich wahrgenommen werden,
68 solange sie von den Differenzen zwischen Ärmeren und Reicheren überlagert werden. Nur in Verbindung
69 mit einem Mindestmaß an materieller Gleichheit ist tatsächliche Chancengleichheit und damit
70 Chancengerechtigkeit zu verwirklichen. Chancengerechtigkeit heißt dabei zum einen, allen formal die
71 gleichen Zugangsmöglichkeiten zu eröffnen, zum anderen jedoch ebenso, die Grundlage zu schaffen,
72 dass Chancen von allen de facto wahrgenommen werden können.

73
74 Die Wahrnehmung von formalen Zugangsmöglichkeiten - z.B. im Bildungsbereich - hängt dabei nicht nur
75 von gegebenem individuellen Wollen und Begabung ab. Soziale Ungleichheit der Lebensverhältnisse (re-
76)produziert ungleiche Chancen. Das Kind wohlhabender Eltern hat weit größere Chancen, wohlhabend zu
77 bleiben, als dasjenige armer Eltern, wohlhabend zu werden. Ungleichheit zerstört die Grundlagen von
78 freier Entfaltung der Persönlichkeit. Das betrifft alle, nicht nur Jugendliche. Auch, wer liberal im besten
79 Sinne (gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Geburt) sein will,
80 muss Umverteilung und damit mehr Gleichheit fordern.

81

82 Wir wollen für Menschen einen Raum schaffen, in dem sie sich wohl und integriert fühlen, gerne leben
83 und guten Mutes in die Zukunft blicken können - unabhängig von ihrem individuell gewählten
84 Lebensmodell und ihrer Herkunft. Das heißt auch, dass neben der materiellen Absicherung und den
85 finanziellen Hilfen Angebote gemacht werden müssen, die die Menschen annehmen können und die
86 Hilfestellungen bieten, ihre Pläne umzusetzen.

87
88 Die sozialpolitische Diskussion hat sich in den letzten Jahren vor allem auf die bundespolitische Ebene
89 konzentriert. Insbesondere die Diskussionen um die Zukunft des Sozialstaates, der Sozialversicherung,
90 die Wege, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, haben die Gemüter erhitzt, viele Menschen verunsichert
91 und in der konkreten Umsetzung von Vorschlägen auch oft nicht die erwünschte Ausrichtung und Form
92 gehabt. Allzu oft wurden die Menschen von Versprechungen enttäuscht, die im Nachhinein nicht
93 eingehalten werden konnten.

94
95 Bei der vorgezogenen Bundestagswahl hat es für eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung nicht mehr
96 gereicht. Obwohl die Mehrheit der WählerInnen einer Partei links von CDU und FDP ihre Stimme
97 gegeben hat, wird es wohl keine sozialdemokratische, linke Bundesregierung geben. Umso bedeutender
98 ist es, dass in der Landespolitik weiterhin sozialdemokratische, sozial gerechte Politik gemacht wird und
99 dass die Landespolitik die Spielräume nutzt, die ihr aufgrund des föderalen Systems gegeben sind.

100

101 **Armut in Rheinland-Pfalz**

102

103 Neben dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gibt es im Auftrag der Landesregierung
104 auch einen landesspezifischen Bericht über die sozialen Lagen in Rheinland-Pfalz und die Verteilung von
105 Armut und Reichtum.

106 So beziffert der **rheinland-pfälzische Armuts- und Reichtumsbericht 2004** das **durchschnittliche**
107 **Monatsnettoeinkommen pro Haushalt mit 1.796 EUR** (Ergebnis des Mikrozensus 2002). **Relative**
108 **Einkommensarmut nahm** im früheren Bundesgebiet **seit Beginn der 80er-Jahre kontinuierlich zu**. D.h.
109 dass der Anteil derjenigen, die von Armut - trotz eines regelmäßigen Einkommens - betroffen sind und mit
110 den tagtäglichen finanziellen Sorgen, mit Ausgrenzung und „Nicht-mithalten können“ konfrontiert sind,
111 zunimmt. Wenn man eine relative Armutsschwelle von 50% des durchschnittlichen
112 Haushaltsnettoeinkommens annimmt, lagen in RLP 2002 15,8% der Haushalte unterhalb dieser
113 Schwelle, 13,9% verfügten über mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens.

114

115 Besonders betroffen sind Nicht-Erwerbstätige, Menschen mit niedrigem Bildungs- und
116 Qualifikationsniveau, Kinder, Alleinerziehende und vor allem Frauen. **Einkommensarmut** ist dabei für **den**
117 **größeren Teil der Betroffenen** zwar ein **vorübergehender Zustand** und nur für einen kleineren Teil
118 dauerhaft.¹ Dennoch muss man auch kurzfristig mit der Situation zurechtkommen, hat oft keine klare
119 Perspektive, wann Besserung eintritt beispielsweise durch eine neue Erwerbstätigkeit, oder lebt in der
120 ständigen Angst, sich wieder in finanzielle Abhängigkeit und die damit verbundenen engen finanziellen
121 Spielräume zu begeben. Diese Unsicherheit trägt auch dazu bei, dass Menschen Angst haben, ihre Arbeit

¹ vgl. 1. ARB, S. 23.

122 zu verlieren und damit mittel- bis langfristig von staatlichen Zahlungen abhängig zu werden und mit viel
123 geringeren Mittel auskommen zu müssen. Ende 1998 erhielten 2,88 Millionen Personen in 1,5 Millionen
124 Haushalten Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Im **Dezember 2003** waren es **2,828 Mio.** D.h. die Anzahl ist
125 minimal geringer als noch 1998.² Gegenüber dem Bundesdurchschnitt lag **Rheinland-Pfalz** mit 2,5%
126 Sozialhilfequote 0,8 Prozentpunkte unterhalb des Bundeswertes.³ Das ist damit zwar ein besserer
127 Durchschnittswert, der aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass auch Hunderttausende Menschen in
128 Rheinland-Pfalz auf staatliche Hilfe angewiesen waren. Das mit Abstand **höchste Sozialhilferisiko** (26,3%)
129 hatten Haushalte **allein erziehender Frauen**.⁴ Auch in Rheinland-Pfalz sind allein erziehende Frauen die
130 am höchsten gefährdete Gruppe und haben die höchste Sozialhilfequote.⁵ Die geringe Flexibilität, die
131 junge Mütter auf dem Arbeitsmarkt mitbringen, der oftmalige Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung, um sich
132 gerade nach einer Trennung und einer schwierigen familiären und emotionalen Situation um das Kind/ die
133 Kinder zu kümmern, machen diese Gruppe vordergründig nicht gerade attraktiv für ArbeitgeberInnen.
134 Auch jungen Familien mit kleinen Kindern und Paaren mit mehreren Kindern wird ein erhöhtes Risiko
135 zugesprochen.⁶ Unter den **EmpfängerInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt** waren **Kinder unter 18 Jahren**
136 mit rd. 1,1 Million die **größte Gruppe**. Die Sozialhilfequote von Kindern unter 18 Jahren war mit 7,2%
137 doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt und hat sich seit 1982 im früheren Bundesgebiet mehr
138 als verdreifacht. In Rheinland-Pfalz sind konstant 37% der LeistungsempfängerInnen von HLU Kinder.⁷
139 Dies bedeutet oft, Verzicht und Nachteil gegenüber Gleichaltrigen. Die Entscheidung für einen
140 Kinobesuch hängt bei diesen Kindern nicht vom Angebot ab, sondern davon, ob die Familie sich dies
141 leisten kann oder nicht. Diese Kinder erfahren früh den Unterschied zwischen finanziell Bessergestellten
142 und denjenigen, die oft unfreiwillig jeden Cent dreimal abwägen. Und: Trotz der sozialen
143 Sicherungssysteme leben auch in Deutschland schätzungsweise **7000 Kinder auf der Straße unter**
144 **extremer Armut**.

145 D.h wir können sowohl Armut durch Kinder als auch insbesondere Kinderarmut in Deutschland nicht
146 verleugnen, sondern das ist ein Problem, das es zu lösen gilt. Es ist nicht nur für die Betroffenen ernst,
147 sondern auch für unsere Gesellschaft. Bei dem gesellschaftlichen Reichtum, bei der
148 Wohlstandsentwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte - auch volkswirtschaftlich insgesamt gesehen -
149 muss eine Gesellschaft dafür sorgen, dass die sozialen Sicherungssysteme solchen Lebenssituationen
150 entgegenwirken und effektive Hilfe und Unterstützung leisten. Dies könnte sich die Gesellschaft auch
151 ohne weiteres leisten. Bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme tritt in den letzten zwei
152 Jahrzehnten jedoch ein massives Einnahmeproblem auf. Den auf Beiträgen von ArbeitnehmerInnen und
153 ArbeitgeberInnen basierenden Solidarsystemen schwindet die Einnahmehasis - durch Arbeitslosigkeit
154 und geringe Lohnsteigerungen im Vergleich zu den steigenden Lebenshaltungskosten. In den letzten drei
155 Jahrzehnten haben sich die Einkünfte aus Kapitalvermögen gemessen am Nettonationaleinkommen
156 versechsfacht; der Reallohn (Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit) hat sich hingegen nur verdoppelt.
157 Erstere Einkünfte tragen bislang nichts zur Finanzierung der solidarischen Sicherungssysteme bei.

158

² vgl. 2. ARB, S. 58ff.

³ vgl. ARB RLP 2004, S.27

⁴ vgl. 2. ARB. S. 59ff.

⁵ vgl. ARB RLP 2004 , S. 60f.

⁶ vgl. ebd. S. 247.

⁷ vgl. ebd., S. 69ff.

159 Wir haben bei Menschen in finanziellen Notlagen eben einige Risikogruppen aufgezeigt. Hier muss Politik
160 ansetzen, um das Problem der Armut und der Einkommensarmut zu lösen. Deshalb setzen wir uns auf
161 Bundesebene für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, um Beschäftigung so zu gestalten, dass sie den
162 Lebensunterhalt sichert. Außerdem wenden wir uns gegen jegliche Absenkung der Sozialhilfe, sondern
163 setzen uns für eine Erhöhung ein, damit das soziokulturelle Existenzminimum wirklich gesichert ist.

164
165 Neben den effektiven und ausreichenden finanziellen Hilfen spielt das Bildungssystem eine wichtige
166 Rolle. Bildung kann hier kein Allheilmittel sein und durch Chancengleichheit alleine zur vollständigen
167 Auflösung von Armut beitragen. Aber Bildung kann einen Beitrag leisten, um individuelle Chancen in der
168 Gesellschaft zu eröffnen und zu erhöhen. Dabei ist ein chancengerechtes Bildungssystem unabdingbar,
169 um Perspektiven individuell und auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

170 Doch nicht nur die Bildung von Anfang an ist wichtig, sondern man muss auch bei der Weiterbildung
171 ansetzen, um Erwachsenen weitere Perspektiven zu eröffnen.

172
173 Außerdem ist insbesondere für die Gruppe der Alleinerziehenden die Unterstützung sowohl finanzieller
174 Art als auch infrastrukturell durch bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten, spezielle Weiterbildungs- und
175 Qualifizierungsangebote und flexible, arbeitnehmerInnenfreundliche und rechtlich geschützte
176 Arbeits(zeit)modelle auszuweiten. Grundsätzlich sind diese Angebote allerdings bedarfsorientiert allen
177 zur Verfügung zu stellen. Ziel muss sein, dass gebührenfreie Kinderbetreuung ab der Geburt für alle zur
178 selbstverständlichen Möglichkeit wird, die dies in Anspruch nehmen wollen.

179
180 Familien im unteren Einkommensbereich sind in einem ersten Schritt durch Erlass der
181 Kindergartengebühren, spezielle Angebote zur Tagesbetreuung und Freizeitangebote für die Kinder zu
182 unterstützen. Auch die Gesundheitsprävention soll durch spezielle zielgruppenspezifische aufsuchende
183 Gesundheitsberatung gestärkt werden.

184 Um extremer Armut entgegen zu wirken müssen, die stationären Einrichtungen landesweit stärker
185 unterstützt werden und Widersprüche, die im Zuge der Hartz-Gesetzgebung entstanden sind, beseitigt
186 werden. So macht es wenig Sinn, wenn man die Bekämpfung des „Armutrisikos Kinder“ als politisches
187 Ziel definiert und im Gegenzug das Kindergeld auf die Leistungen aus dem vierten Gesetz für moderne
188 Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, kurz Hartz IV, anrechnet. Genauso paradox ist es Menschen zu
189 vermitteln, in Zukunft verstärkt private Vorsorge für die partiell individualisierte Alterssicherung zu treffen,
190 diese dann aber im Falle der zeitlich andauernden Arbeitslosigkeit vor dem Bezug solidarischer
191 Leistungen wieder fast vollständig aufgeben zu müssen. Durch die vertraglichen Konditionen der privaten
192 Versicherungswirtschaft geht hier viel Kapital, das den EinzahlerInnen zustände, in die Hände von
193 Versicherungskonzernen.

194 Die Landesregierung hat bereits damit begonnen, in einigen Landkreisen StreetworkerInnen einzusetzen.
195 Wir fordern, dass StreetworkerInnen in jedem Landkreis bzw. jeder Kreisfreien Stadt eingesetzt und mit
196 Landesmitteln unterstützt werden. Um die Hemmschwelle der Beantragung von Hilfe zum
197 Lebensunterhalt, die insbesondere bei älteren Menschen sehr hoch ist, zu senken, soll eine
198 Aufklärungskampagne des Landes einerseits die gesetzlichen Ansprüche transparent machen und
199 andererseits der Stigmatisierung von SozialhilfeempfängerInnen entgegenwirken. Das hilft nicht nur den

200 Betroffenen, sondern trägt auch zu einem toleranteren Miteinander der verschiedenen
201 Einkommenschichten bei.

202

203 **Jugend-Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz**

204

205 „**Arbeitslosigkeit**, insbesondere wenn sie sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, kann zu **sozialer**
206 **Ausgrenzung** führen und **Armutsrissen** mit sich bringen.“

207 (Armut- und Reichtumsbericht, 2001, S. 171)

208

209 „Die **Überarbeit des beschäftigten Teils** der Arbeiterklasse **schwellt die Reihen der Reserve**, während
210 umgekehrt der **massive Druck, den die letztere** durch ihre Konkurrenz **auf die erstere ausübt**, diese **zur**
211 **Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.**“

212 (Karl Marx: Das Kapital, MEW, S. 665f.)

213

214 **Seit Anfang der 90er Jahre**, nach einer kurzen Erholung durch die Wiedervereinigung, **ist der Anteil der**
215 **Arbeitslosen kontinuierlich gewachsen**. Er stieg von **5,3% 1991** (altes Bundesgebiet) auf **10% 2003**
216 (durchschnittliche Jahreswerte) an. Mittlerweile verzeichnen wir eine registrierte Arbeitslosenzahl von fast
217 5 Millionen Menschen. Dies hängt zum einen mit der veränderten Erhebungsweise im Zuge der Hartz-
218 Gesetzgebung zusammen, zum anderen verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt
219 kontinuierlich. In **RLP** ist die Arbeitslosenquote von 8,8% 1998 auf 7,7% 2003 gesunken,⁸ die momentane
220 Arbeitslosenquote liegt bei 8,7% im August und ist seit Januar rückläufig. Die **Dauer der Arbeitslosigkeit**
221 hat **deutlich zugenommen**. Waren 1992 lediglich 4,9% länger als zwei Jahre arbeitslos, so lag die Zahl
222 1999 deutlich über 15%. 30,4 % der Arbeitslosen sind länger als ein Jahr arbeitslos gewesen. **1998** waren
223 damit **über 1,5 Millionen Menschen langzeitarbeitslos**.⁹ In den Jahren danach sank deren Anzahl, um vor
224 allem ab 2002 bis Ende September 2003 auf das Niveau von 1999 zu steigen.¹⁰ Untersuchungen zeigen,
225 dass die **Gruppe der Langzeitarbeitslosen besonders armutsgefährdet** ist. Ende September 2003 lag der
226 Anteil der über einem Jahr Arbeitslosen bei 29%. Die Langzeitarbeitslosigkeit über zwei Jahren hat in
227 **RLP** seit 1998 bis 2003 um über 7% abgenommen, insbesondere die Arbeitslosigkeit zwischen einem
228 halben bis einem Jahr hat hingegen drastisch um 24,2% zugenommen.¹¹

229 Einen Monat vor Abschluss des Ausbildungsjahres 2004/2005 hat sich die Chance für Jugendliche auf
230 einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl weiter verschlechtert. Es ist jetzt schon absehbar, dass viele
231 Jugendliche, egal wie mobil oder flexibel sie im Bezug auf den Ort und die angebotenen Tätigkeit sind,
232 keinen Ausbildungsplatz bekommen.

233 Die leichte Trendwende im letzten Jahr (+ 1.000 zusätzliche Ausbildungsverträge), die durch den
234 Ausbildungspakt in Rheinland-Pfalz entstanden ist, hat sich nicht fortgesetzt. Laut der BA (Bundesagentur
235 für Arbeit) sind noch 9.476 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz bei noch 2.523 freien Ausbildungsplätze.
236 Nach der Milchmädchenrechnung der BA wäre somit nur eine Lücke von knapp 7.000 fehlenden Stellen.
237 Die Situation in Rheinland-Pfalz ist aber eine ganz andere. In diesem Jahr haben 36.146 Jugendliche
238 eine Ausbildungsstelle gesucht, somit müsste ein auswahlfähiges Angebot (Das

⁸ vgl. ARB RLP 2004, S. 37.

⁹ vgl. 1. ARB, Anhang, S. 193.

¹⁰ 2. ARB, S. 112.

¹¹ vgl. ARB RLP, S. 41ff.

239 Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung festgehalten, dass die Zahl der zur Verfügung
240 gestellten Ausbildungsplätze um 12,5% höher sein muss als die Zahl der BewerberInnen.) von 40.664
241 Ausbildungsplätzen gegenüberstehen. Aber es stehen nur 23.802 Ausbildungsplätze zur Verfügung.
242 Somit fehlen in Rheinland-Pfalz 16.862 Ausbildungsplätze. Trotz des Ausbildungspaktes und der
243 enormen Anstrengungen, welche die öffentliche Hand unternommen hat (Städte, Land und Einrichtungen
244 wie z.B. ZDF), ist das Angebot der betrieblichen Ausbildungsplätze seit dem letzten Jahr um 10%
245 zurückgegangen. Auch wenn Rheinland-Pfalz in der Relation Beschäftigte/ Auszubildende bundesweit
246 vorbildlich ist, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass lediglich ein Drittel der Betriebe ausbildet
247 und zu viele junge Menschen keine Arbeit oder Ausbildung haben. Laut einer Untersuchung des
248 Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BiBB) gelingt es gerade einmal der Hälfte aller BewerberInnen
249 einen Ausbildungsplatz zu finden. Fast 40% aller BewerberInnen verbleiben in Alternativen, wie Schule,
250 Jobben usw. In Rheinland-Pfalz befinden sich aktuell knapp 18.000 Jugendliche in so genannten
251 schulischen Warteschleifen.

252 Des Weiteren wird in einer Untersuchung des BiBB das Vorurteil widerlegt, dass die jungen Menschen
253 durch ihre angeblich mangelnde Ausbildungsreife selbst schuld an ihrer Situation seien.

254 Die Situation für jugendliche Arbeitslose sieht nicht besser aus: 29.447 junge Menschen sind arbeitslos
255 gemeldet. „Bei den Beziehern des Arbeitslosengeldes II bewegt sich gar nichts“, gesteht
256 Wirtschaftsminister Clemens am 26. Juli diesen Jahres während einer Podiumsdiskussion der IHK in
257 Mainz ein. Der rückläufige Trend hat nur bis Juni angehalten. Nach einer Steigerung im Juli um über
258 3.000 kamen im August noch einmal knapp 2.000 Jugendliche hinzu.

259 Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Programme ist einerseits bundespolitische Aufgabe und
260 Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, aber auch die Landesregierung ist hier mit Programmen aktiv.

261 Das Engagement im Jugendbereich für einen guten Berufeinstieg, der Perspektiven eröffnet, ist hierbei
262 besonders wichtig. Insbesondere in diesem Bereich hat die Landesregierung mit der Kampagne „Jugend
263 in Arbeit“ mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten, Job-Füxen¹², Jugend-Scouts¹³ und
264 Berufsmentoren¹⁴ einige Projekte auf den Weg gebracht. Und auch das neue Programm „6000 plus für
265 Jung und Alt“¹⁵ setzt die richtigen Akzente, indem nicht lediglich Arbeitsmarktpolitik betrieben wird,
266 sondern die Landesregierung auch ein beschäftigungspolitisches Programm anstößt. Doch in Anbetracht
267 von 16.862 fehlenden Ausbildungsplätzen und knapp 30.000 jugendlichen Arbeitslosen müssen die
268 Initiativen ausgeweitet und verstärkt werden. Dies kann nur eine sozialdemokratisch geführte
269 Landesregierung, da die CDU die Jugendlichen lieber dem Markt und damit ihrem persönlichen Schicksal
270 überlassen würde. Unternehmerische Freiheit geht den Konservativen vor Perspektiven von
271 Jugendlichen.

272 Zwar engagieren sich gerade die Unternehmen im Mittelstand im Ausbildungsbereich, doch es könnten
273 weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden, wenn Ausbildungsverbände speziell gefördert und
274 unterstützt würden. Hier ist das Engagement im Wirtschaftsministerium, auch wenn es momentan noch
275 FDP-geführt ist, weiter auszubauen.

¹² Job-Füxe unterstützen HauptschülerInnen beim Übergang von der Schule zum Beruf.

¹³ Jugend-Scouts leisten aufsuchende Arbeit bei arbeitslosen Jugendlichen in Problemlagen.

¹⁴ BerufsmentorInnen sollen Betriebe und Jugendliche beim Übergang vom Praktikum zur Ausbildung und beim Aufbau von Ausbildungsplätzen unterstützen.

¹⁵ das für unter 25jährige und über 55jährige in den Jahren 2005-2007 6000 neue Beschäftigungsverhältnisse schaffen SOLL.

276 Außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten sind aus unserer Sicht keine wirkliche Alternative zur
277 betrieblichen Ausbildung. Deshalb müssen die Betriebe, die betriebliche Ausbildung schaffen,
278 entsprechend finanziell unterstützt oder in anderen Bereichen entlastet werden, wie es bei einer
279 Ausbildungsplatzumlage vorgesehen ist. Zurzeit bildet in Rheinland-Pfalz nur ein Drittel der Betriebe aus.
280 Wenn die anderen 30.000 Betriebe einen Jugendlichen ausbilden würden, dann hätten sie keine
281 Probleme, einen Ausbildungsplatz zu finden. So können die Ausbildungsbetriebe gestärkt und die Kosten
282 solidarisiert werden. Auch zinsverbilligte Kredite für Ausbildungsbetriebe wären als zusätzlicher Anreiz
283 von Landesseite denkbar und würden zusätzlich Investitionen fördern.

284 Eine berufliche Ausbildung legt den Grundstein für die weitere berufliche Laufbahn und ist somit immens
285 wichtig für den individuellen Lebensweg. Eine Vermittlung, die unter erhöhtem Druck auf die Jugendlichen
286 lediglich Angebot und Nachfrage zusammenbringt, ohne individuelle Interessen und Neigungen zu
287 berücksichtigen, lehnen wir ab. Es wichtig, die Berufswahl nicht nur auf das Angebot zu beschränken,
288 sondern auch Perspektiven den individuellen Wünschen entsprechend zu bieten. Dazu braucht es
289 einerseits stärkeres Engagement der Bundesagentur für Arbeit in den Schulen. Spezielle Job-
290 Beratungen, Berufsvorbereitungs- und Bewerbungstrainings können zusätzlich den Berufseinstieg
291 erleichtern und dort unterstützen, wo Hilfe benötigt wird. Andererseits muss die Umsetzung des vom
292 Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Ziels eines auswahlfähigen Angebots mit **112,5%** angestrebt
293 werden. Dazu können obige Maßnahmen und die Ausweitung des „6000 plus Programms“ einen Beitrag
294 leisten.

295 Qualifizierung und Weiterbildung sind wichtige Bausteine, um Arbeitslosigkeit nicht nur im Jugendbereich
296 zu bekämpfen. Die Streichung von Maßnahmen und die Vergabe an den billigsten Anbieter durch die
297 Arbeitsagentur sichern keine Beschäftigung und bieten meist eine mangelhafte Perspektive für die
298 TeilnehmerInnen der Maßnahmen. Wir fordern einen Ausbau von Qualifizierungs- und
299 Ausbildungsmaßnahmen, nicht nur für Arbeitslose, sondern auch für Erwerbstätige. Das Land sollte dazu
300 im Rahmen von Modellprojekten einen Beitrag leisten.

301 Qualifizierung und Weiterbildung müssen unserer Meinung nach auf die Bedürfnisse der Erwerbsfähigen
302 abgestimmt sein. Zudem kann eine Vernetzung von Weiterbildung mit der regionalen Wirtschaft dazu
303 beitragen, dass Weiterbildung eng mit den Betrieben und den Bedürfnissen der Region abgestimmt wird
304 und so einen Beitrag zur regionalen Entwicklung leistet.

305

306 **Bildung für ein gutes Leben**

307

308 **Allgemeine Zielsetzungen jungsozialistischer Bildungspolitik**

309 Zentrales Ziel jungsozialistischer Bildungspolitik ist, allen Menschen den Zugang zu Bildung und Kultur zu
310 eröffnen. Dies ist die Voraussetzung für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit und damit zentral für die
311 Verwirklichung unserer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

312 Bildung hat für uns Jusos zwei wechselseitig aufeinander bezogene Dimensionen: Zum einen ihre
313 gesellschaftliche Funktionalität, zum anderen ihr emanzipatorischer Eigenwert. Neben der Qualifikation
314 für Beruf u. ä. spielt für uns als JungsozialistInnen die Ermöglichung der Emanzipation des Menschen die
315 entscheidende Rolle. Letztere beinhaltet eine Vielzahl von Fertigkeiten, die Voraussetzung für
316 gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Sinne sind: kulturelle Selbstvergewisserung,

317 Selbstverwirklichung, Kritikfähigkeit, Orientierung, Lernfähigkeit, kulturelle Offenheit, Zugang zu
318 Erwerbsleben und zu gesellschaftlichem Leben überhaupt.

319 Um die genannten Ziele zu erreichen, ist es unabdingbar, dass der Charakter von Bildung als
320 öffentlichem Gut erhalten bleibt. Das bedeutet, die Finanzierung ist vom Staat über die Erhebung von
321 Steuern sicherzustellen.

322

323 **Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an**

324

325 Mit ihrem Programm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“ hat die Landesregierung ein
326 wichtiges und notwendiges Projekt im Bereich der frühkindlichen Bildung begonnen.

327 Frühkindliche Erziehung leistet nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu Chancengerechtigkeit im
328 Bildungssystem, sondern eröffnet jungen Familien und Alleinerziehenden die Möglichkeit, Familie und
329 Beruf zu vereinbaren.

330

331 **Fünf Pluspunkte für frühkindliche Bildung**

332 Das Programm der Landesregierung mit dem Titel „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“
333 beinhaltet fünf Pluspunkte für frühkindliche Bildung.

334 Bereits vor einigen Jahren hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland den Rechtsanspruch auf einen
335 Kindergartenplatz umgesetzt. Dieser soll ab 2010 auch für Kinder ab zwei Jahren gelten. Ab dem Jahr
336 2006 soll zudem noch das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei sein. Hierbei muss darauf geachtet werden,
337 dass die Beitragsfreiheit die Eltern nicht dazu verleitet, ihr Kind möglichst frühzeitig einzuschulen, damit
338 sie noch mehr Geld einsparen. Daher fordern wir Jusos das Gesetz dahingehend zu ändern, dass alle
339 Kinder ab 5 Jahren den Kindergarten oder die Kindertagesstätte kostenfrei nutzen können. Ziel muss es
340 jedoch sein, dass alle Gebühren (unabhängig vom Alter des Kindes) für den Kindergarten oder die
341 Kindertagesstätte abgeschafft werden. So wird darauf hingearbeitet, dass der Kindergartenbesuch nicht
342 vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

343 Das laufende Programm zur Sprachförderung soll ausgebaut werden, so dass die Integration von
344 MigrantInnenkindern bereits im Kindergarten besser gewährleistet werden kann. Auch der Übergang vom
345 Kindergarten zur Grundschule wird verbessert, um die Kinder optimal auf die Schule vorzubereiten.
346 Außerdem sollen ab 2008 alle Kinder, die vor dem 1. September sechs Jahre alt werden, im gleichen Jahr
347 in die Schule gehen können (oder sogar noch früher, wenn es die Eltern wünschen). Schließlich schafft
348 die Landesregierung mittels der Gewährung von finanziellen Zuschüssen einen Anreiz für Kommunen
349 und freie TrägerInnen, Kindergärten und Kindertagesstätten auszubauen und die Strukturen vor Ort zu
350 erhalten.

351

352 **Bewertung und Forderungen**

353 Frühkindliche Erziehung und Bildung sind zwei der wichtigsten Bausteine für die Entwicklung von
354 Kindern, weil in dieser Lebensphase der Grundstein für die weitere „Bildungskarriere“ der Kinder gelegt
355 wird. Bestehen hier Defizite, wird sich das negativ auf den gesamten weiteren Werdegang des jungen
356 Menschen auswirken. Wir Jusos begrüßen daher ausdrücklich das Programm „Zukunftschance Kinder“
357 der Landesregierung, das in diesem Bereich wichtige Akzente setzt. Sie hat damit gezeigt, dass Kinder-

358 und Familienfreundlichkeit sowie chancengerechte Bildung in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert
359 haben. Das Programm ist ein mutiger und kraftvoller Schritt in die richtige Richtung.

360 Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern darüber hinausgehend Verbesserungen in verschiedenen Punkten.
361 Die Beitragsfreiheit ab 5 Jahren wäre eine wichtige Maßnahme, um allen Kindern, gleich welcher sozialen
362 Herkunft, die Möglichkeit zu frühkindlicher Bildung zu geben. Wir Jusos Rheinland-Pfalz fordern in diesem
363 Zusammenhang mittel- bis langfristig die vollständige Beitragsfreiheit des Kindergartens, um weitere
364 finanzielle Barrieren abzubauen und so zu erreichen, dass annähernd 100% eines Jahrgangs den
365 Kindergarten besuchen. Keine und keiner darf durchs Raster fallen!

366 Es ist sehr begrüßenswert, dass die Lebensbedingungen speziell für junge Familien und Alleinerziehende
367 verbessert werden. Gerade durch den Ausbau der Kindergärten und Kindertagesstätten wird die
368 Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich verbessert. Hierzu trägt weiterhin der Ausbau der
369 Betreuungsangebote für unter Dreijährige durch die Öffnung des Kindergartens schon für Zweijährige bei.
370 Es ist beispielhaft für die Politik der Landesregierung, dass sie trotz sinkender Geburtenzahlen die
371 Krippenplätze sowie Kindertagesstätten und Kindergartenplätze nicht dezimiert, sondern den Ausbau
372 solcher Betreuungseinrichtungen fördert und somit die Strukturen vor Ort erhält. Bei der Aufnahme der
373 Zweijährigen ist sicherzustellen, dass genügend Fachpersonal vorhanden ist, dass auf die speziellen
374 Bedürfnisse dieser Kinder eingehen kann.

375 Wir begrüßen es, dass die Ausbildung von ErzieherInnen verbessert und die Möglichkeiten für Fort- und
376 Weiterbildungen durch Zertifizierungen optimiert werden sollen. Es ist dennoch nicht genug, die
377 ErzieherInnen von Betreuungseinrichtungen nur neu zu schulen. Vielmehr ist es notwendig, ein neues
378 Ausbildungsprogramm für diese zu schaffen. Besonderen Wert sollte bei der Neuausrichtung der
379 Ausbildung auf zwei Aspekte gelegt werden: Zum einen müssen die ErzieherInnen im Umgang mit
380 Kleinkindern ab zwei Jahren geschult werden. Zum anderen ist darauf hinzuwirken, dass schon in Kita
381 und Kindergarten spielerisch Bildung vermittelt wird, indem beispielsweise besondere Neigungen und
382 Fähigkeiten der Kinder gefördert werden.

383 Das Programm setzt weiterhin auf eine effektivere Vernetzung von Kindergärten und Grundschulen, um
384 die Kinder optimal auf ihre Einschulung und den Schulanfang vorzubereiten. Denkbar wären aus unserer
385 Sicht regelmäßige Treffen zwischen den PädagogInnen beider Einrichtungen, um spezielle Probleme zu
386 erörtern, diesen zu begegnen und für die Zukunft vorzubeugen. Außerdem könnte im letzten
387 Kindergartenjahr eine stärkere Einbindung der Kindergartenkinder in die Grundschule, beispielsweise
388 durch gemeinsame Ausflüge, Schulbesuche, Schnupperstunden im Unterricht, erfolgen.

389 Positiv zu bewerten ist auch der Ausbau der Fördermöglichkeiten speziell für Kinder mit
390 Migrationshintergrund. Gerade im sprachlichen Bereich besteht hier oft Nachholbedarf. Damit werden
391 Bildungsbenachteiligungen aufgrund mangelnder Sprachfähigkeiten abgebaut - ein wichtiger Beitrag, um
392 Kinder mit Migrationshintergrund zu integrieren und ihnen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Dabei ist es
393 jedoch sehr wichtig, dass diese Kinder nicht separiert werden, d.h. nicht in getrennte
394 Kindergartengruppen oder Sprachförderklassen eingeteilt werden, sondern die Förderung für alle Kinder
395 mit Sprachproblemen gemeinsam durchgeführt wird.

396 Zu begrüßen ist hierbei die Zielsetzung, jedes einzelne Kind individuell zu fördern. Dazu sollen
397 standardisierte Beobachtungsbögen in den Kindertagesstätten verwendet werden, um den weiteren
398 Förderbedarf frühzeitig erkennen zu können. Auf dieser Grundlage müssen spezielle Angebote in
399 Kindergarten und Grundschule entwickelt werden.

400 Neben den genannten Verbesserungen bei der frühkindlichen Betreuung sehen wir Jusos einen
401 grundlegenden Reformbedarf im gesamten deutschen Bildungssystem. Ein von Grund auf neu
402 entwickeltes Konzept einer Schule der Zukunft erarbeitet zur Zeit die Kommission Bildung des
403 Landesverbandes. Nach der Landtagswahl im nächsten Frühjahr wird sie mit ihren Ideen an die
404 Öffentlichkeit gehen und sowohl den innerverbandlichen als auch den gesellschaftlichen Diskurs darüber
405 eröffnen.

406

407 **Ganztagsschule: Ein Erfolgsmodell wird weiterentwickelt**

408

409 Rheinland-Pfalz ist VorreiterIn bei der Einführung von Ganztagschulen. Schon 2002 wurden die ersten
410 Schulen eingereicht. Die Bilanz dieser Anstrengungen kann sich sehen lassen: Genau 304
411 Ganztagschulen gibt es zur Zeit in Rheinland-Pfalz. Zudem gibt es für das nächste Jahr mehr Anträge
412 von Schulen als bewilligt werden können. Die hohen Anmeldezahlen zeigen, dass die Ganztagschule
413 auch in der Bevölkerung ein positives Echo finden.

414 Die Eltern sind froh, dass sich endlich Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren lassen. Auch die
415 Zufriedenheit bei den SchülerInnen ist hoch, unter anderem weil sie nun für einen Teil der Schulstunden
416 die Unterrichtsinhalte aus einer breiten Angebotspalette ihren Interessen entsprechend auswählen
417 können.

418 Aufbauend auf die erfolgreiche Einführung der Ganztagschulen fordern wir Jusos eine
419 Weiterentwicklung dieser Schulform: Die verpflichtende Ganztagschule soll als mittelfristiges Ziel
420 angestrebt werden, denn nur so lässt sich wirkliche Chancengerechtigkeit im Bildungssystem
421 verwirklichen. Schritt für Schritt müssen wir uns diesem Ziel nähern.

422 Ein Ganztagschulmodell, das sich fast ausschließlich auf Hausaufgabenbetreuung beschränkt, geht uns
423 Jusos nicht weit genug. Wir erkennen in der derzeitigen Form der Schulen viele richtige Ansätze, die über
424 das Genannte hinausgehen. Uns ist wichtig, dass SchülerInnen den ganzen Tag Lerninhalte aus allen
425 Lebensbereichen vermittelt bekommen. Das macht eine Mischung aus regulärem Unterricht und frei zu
426 wählenden Fächern nötig.

427 Die örtlichen Vereine und Jugendverbände sind einzubinden. Zum einen ergänzen sie in vielen Punkten
428 den Unterricht, indem sie insbesondere soziale Kompetenzen vermitteln, die im regulären Unterricht eher
429 zu kurz kommen. Zum anderen bindet die Schule die SchülerInnen ganztätig, wodurch weniger Zeit
430 bleibt, sich in Vereinen und Jugendverbänden zu engagieren. Verlagern dagegen diese Gruppen einen
431 Teil ihrer Nachmittagsaktivitäten in die Schulen, erreichen sie dort nicht nur die Jugendlichen, die schon
432 aktiv sind, sondern können sogar zusätzliche junge Menschen für Sport und andere Freizeitaktivitäten
433 begeistern. Diese Maßnahme stellt also eine Stärkung der Vereins- und Jugendverbandsarbeit dar.

434 An den zum jetzigen Zeitpunkt bereits existierenden Ganztagschulen zeigt sich, dass die Vereine sehr
435 gute Ergänzungen zum regulären Unterricht liefern und das Schulklima bereichern. Die SchülerInnen
436 gehen an diese Fächer mit einer ganz anderen Motivation heran, da sie freier wählen können und ihren
437 Interessen entsprechend gefördert werden. Die Durchmischung von regulärem Unterricht und weiteren
438 Angeboten überträgt diese Motivation auch in die übrigen Fächer und schafft so eine insgesamt bessere
439 Unterrichts Atmosphäre. Somit kann auch dem momentanen Vorwurf begegnet werden, dass die
440 Ganztagschule eine reine Verwahreinrichtung sei, die am Nachmittag nur noch wenig mit Schule zu tun
441 habe.

442 Außerdem verhindert eine verpflichtende Ganztagschule Exklusionen jeder Art: Diese Trennung
443 zwischen „normalen“ SchülerInnen und GanztagschülerInnen ist bei der jetzigen Form der
444 Ganztagschule eines ihrer größten Probleme. Meist gibt es nur eine Klasse pro Jahrgang, die ganztägig
445 unterrichtet wird, oder die GanztagschülerInnen werden auf vier Klassen verteilt und nur nachmittags zu
446 einer Klasse zusammengefasst. Oftmals werden sie als Kinder zweiter Klasse angesehen, da die Eltern,
447 die es sich finanziell leisten können, die Nachmittagsbetreuung privat organisieren und finanzieren.
448 Andererseits wird den GanztagschülerInnen vorgeworfen, sie würden Vorteile aus der zusätzlichen
449 Förderung am Nachmittag ziehen und hätten es somit leichter, gute Leistungen zu erzielen.

450 Die Entwicklung im Bildungssystem in den letzten Jahren hat gezeigt, dass es dringend notwendig ist, die
451 Zahl der SozialarbeiterInnen an den Schulen zu erhöhen. Durch den Einsatz von SozialpädagogInnen
452 können Probleme in der Entwicklung frühzeitig erkannt und entsprechend behoben werden. Außerdem
453 können die SchülerInnen individueller und besser ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechend
454 gefördert werden, da mehr Zeit im Schultag vorhanden ist. Diese individuelle Förderung trägt zu einer
455 Steigerung der Schulleistungen und somit zu einer Anhebung des allgemeinen Unterrichtsniveaus bei.

456 Da die SchülerInnen auch während der Mittagszeit in der Schule bleiben, muss die Schule für ein
457 Angebot von gesunder und ausgewogener Ernährung sorgen. Dem Trend, dass der Anteil
458 übergewichtiger Kinder und Jugendlicher stark zunimmt, ist entgegenzuwirken. Ausgewogene Ernährung
459 ist unter anderem notwendig, um die Konzentrationsfähigkeit der SchülerInnen im anschließenden
460 Unterricht zu steigern.

461 Für Kinder und Jugendliche aus finanziell schlechter gestellten Familien muss das Essen aus öffentlicher
462 Hand bezahlt werden.

463 Deshalb ist zu berücksichtigen, dass Kinder und Jugendliche unter enormem Bewegungsmangel leiden.
464 Deshalb ist darauf zu achten, dass genügend Sport im Sinne von Bewegung und nicht von
465 Leistungseffizienz und Wettbewerb in den Stundenplan eingebunden wird.

466 Gerade in der Ganztagschule ist es wichtig, den starren 45-Minuten- Unterrichtstakt aufzuweichen und
467 den Unterricht flexibler zu gestalten. Der 45-Minuten-Takt unterbricht häufig Denk- und Arbeitsprozesse.
468 Natürlich muss den SchülerInnen bei einer erhöhten Flexibilität der Unterrichtsgestaltung regelmäßig
469 ausreichende Pausenzeit gewährt werden.

470 Wir Jusos Rheinland-Pfalz unterstützen nachdrücklich, dass die Landesregierung sich in so hohem Maße
471 für die Förderung und den Ausbau der Ganztagschulen einsetzt und als bundesweite Vorreiterin
472 angesehen werden kann. Wie bereits ausgeführt muss über den Ganztagschulbereich hinaus in den
473 kommenden Jahren über eine komplette Reform der schulischen Bildung in Deutschland nachgedacht
474 und diskutiert werden. Wir arbeiten darauf hin, dass Rheinland-Pfalz auch zukünftig eine Vorreiterrolle
475 innehat.

476

477 **Hochschulpolitik**

478

479 **Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland**

480 Wir Jusos begrüßen die generelle Zielrichtung des Bologna-Prozesses, die Schaffung eines
481 europäischen Hochschulraumes, denn dadurch wird die internationale Mobilität der Studierenden
482 verbessert. Dies wiederum trägt zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem bei, denn Studierende
483 aus allen am Bologna-Prozess beteiligten Ländern können in ganz Europa studieren, ihren Horizont

484 erweitern, Erfahrungen sammeln, sich für eine spätere Berufstätigkeit qualifizieren und gesellschaftliche
485 Entwicklungen im Heimatland vergleichend kritisch hinterfragen und an deren Gestaltung mitwirken. Dies
486 alles ist allerdings nur möglich, wenn die soziale Dimension des europäischen Hochschulraums
487 mitgedacht wird. Das heißt für uns Jusos, die Studienförderung muss so ausgebaut werden, damit
488 tatsächlich allen Studierenden genügend finanzielle Ressourcen für ein Auslandsstudium bereitgestellt
489 werden.

490 Die neuen Abschlüsse bedeuten einen Bruch mit der bundesrepublikanischen Hochschultradition. Die
491 weltweit hoch angesehenen deutschen Abschlüsse Diplom und Magister, die normalerweise jeweils neun
492 Semester umfassen, werden zu Gunsten eines in der Regel sechssemestrigen berufsqualifizierenden
493 Bachelors und eines darauf aufbauenden vier Semester umfassenden, wissenschaftlich ausgerichteten
494 Masters abgeschafft.

495
496 Da alle rheinland-pfälzischen Hochschulen in den nächsten Jahren ihre Abschlüsse umstellen werden, ist
497 der Bologna-Prozess ein wichtiges landespolitisches Thema: Da sich der Bologna-Prozess bereits in der
498 Umsetzung befindet, und den Bachelor und Master ersatzlos einführt, formulieren wir folgende
499 Anforderungen an die Umstellung dieser Abschlüsse auf Bachelor und Master zu formulieren:

500 1. Es ist sicherzustellen, dass die mit der Umstellung verbundenen und nach der vollzogenen Einrichtung
501 auftretenden Kosten ausfinanziert werden. Hier sind der Verwaltungsaufwand und der höhere
502 Personalbedarf in der Lehre zu berücksichtigen.

503 2. Bei der inhaltlichen Umsetzung fordern wir ein möglichst hohes Maß an Freiheit für die Studierenden
504 bei der Wahl von Veranstaltungen trotz der gleichzeitig durch die Einführung der neuen Abschlüsse
505 bedingten „Verschulung“. Wir Jusos sprechen uns für eine bessere Betreuung der Studierenden aus, eine
506 zunehmende Verschulung des Studiums lehnen wir aber ab. Sehr kritisch sehen wir, dass künftig die
507 Prüfungsformen reines Reproduzieren bevorzugen werden. Es ist daher sicherzustellen, dass
508 wissenschaftliches Arbeiten auch im Bachelor-Studiengang grundlegend vermittelt wird, um zu
509 kritischem Denken zu befähigen.

510 3. Weiterhin ist problematisch, dass durch die Anforderungen an die Gestaltung von Studiengängen bei
511 der Umstellung auf Bachelor und Master kleine Fächer in ihrer Existenz bedroht sind. Dies ergibt sich aus
512 dem erforderlichen Nachweis der Studierbarkeit und der Berufsqualifizierung. Fächer mit nur einer
513 Professur können dies kaum leisten. Hier ist Flexibilität bei den Anforderungen an die neuen
514 Studiengänge geboten, um das Bestehen dieser wichtigen Nischenfächer sicherzustellen.

515 4. Auch im Bachelor-/Mastersystem muss ein Teilzeitstudium möglich sein. Die derzeitigen Planungen
516 berücksichtigen dies zum Teil nur unzureichend. Deshalb ist politischer Druck auf die Hochschulen
517 auszuüben und die soziale Ausgestaltung der neuen Studiengänge zu fordern.

518 5. Ein wichtiger Aspekt, der über die verwirklichte Chancengerechtigkeit bei der Einführung der gestuften
519 Abschlüsse entscheidet, ist der Übergang vom Bachelor zum Master. Nach den bisherigen Überlegungen
520 soll nur eine Minderheit der Bachelor-AbsolventInnen den Master machen dürfen. Diese Selektion halten
521 wir für falsch: Jede und jeder, die oder der einen Bachelor gemacht hat, muss das Recht aber nicht die
522 Pflicht haben, einen Masterstudiengang zu absolvieren. Zudem ist sicherzustellen, dass jeder Bachelor-
523 und jeder Masterstudiengang gebührenfrei ist. Dadurch dass mittlerweile der Bachelor der erste
524 berufsqualifizierende Abschluss ist, werden unter Umständen nach geltendem Recht danach Gebühren
525 fällig. Das Gesetz ist entsprechend zu ändern.

526 Die CDU im Land verweigert sich der Realität in Bezug auf die Einführung von Bachelor und Master. Alle
527 Bundesländer haben beschlossen, spätestens bis zum Ende dieses Jahrzehnts alle Studiengänge
528 umzustellen. An vielen Hochschulen ist dieser Prozess schon längst im Gange. Trotzdem beschwört die
529 hochschulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion ausschließlich den Untergang des deutschen
530 Hochschulsystems herauf, wenn es um das Thema Bachelor/Master geht. Kein gestalterischer Anspruch,
531 keine Forderungen, die CDU handelt realitätsfern und unverantwortlich bei solch einem wichtigen Thema,
532 das spätestens in wenigen Jahren für alle Studierenden und Lehrenden in Land und Bund Wirklichkeit
533 sein wird.

534

535 **Studiengebühren**

536 Die Studiengebührenproblematik hat sich durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im
537 Januar dieses Jahres erheblich verschärft. Die Richter urteilten, dass der Bund kein Verbot von
538 Studiengebühren für das Erststudium in ganz Deutschland gesetzlich festlegen darf.

539 Die Reaktionen der Länder sind je nach parteipolitischer Zugehörigkeit unterschiedlich: Die
540 unionsgeführten Länder wollen Studiengebühren in Höhe von 500 Euro oder mehr ab dem ersten
541 Semester einführen. Dies soll so bald wie möglich geschehen. Die Länder mit SPD-
542 Regierungsbeteiligung haben sich mehrheitlich für so genannte Studienkonten-Modelle entschieden,
543 meist schon vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Diese sehen ein gebührenfreies
544 Studium bis ca. zum 14. oder 15. Semester vor. Danach werden z. B. in Rheinland-Pfalz Gebühren in
545 Höhe von 650 Euro fällig.

546 Daraus resultiert folgende Problematik: In die Länder, die keine Studiengebühren ab dem 1. Semester
547 einführen, werden nach Einführung dieser Gebühren in den anderen Ländern viele Studierende strömen,
548 um in den Genuss des kostenlosen Studiums zu kommen. Dies würde die momentanen Kapazitäten an
549 den Hochschulen überfordern. Für alle Studierwilligen aus dem gesamten Bundesgebiet Plätze zur
550 Verfügung zu stellen, wird nicht finanzierbar sein.

551 Das Wissenschaftsministerium in Rheinland-Pfalz schlägt daher vor, einen Länderfinanzausgleich für
552 Studierende einzuführen. Danach würde das Land, aus dem ein/e Studierende/r stammt, an das Land, in
553 dem der junge Mensch studiert, einen Ausgleich zahlen. Sollte diese Regelung nicht zustande kommen,
554 will das Ministerium eine so genannte Landeskinderregelung einführen. Diese beinhaltet, dass
555 Studierende aus anderen Ländern in Rheinland-Pfalz Gebühren ab dem ersten Semester zahlen müssen.
556 Nur „Landeskinder“ sind von dieser Gebühr befreit.

557 Unsere Bewertung dieser Pläne ist ambivalent: Wenn wir nicht auf die Instrumente Länderfinanzausgleich
558 oder Landeskinderregelung zurückgreifen, wird Rheinland-Pfalz von Studierenden aus dem gesamten
559 Bundesgebiet „überschwemmt“. Dann wäre die Landesregierung gezwungen, mittels der Erhebung von
560 allgemeinen Studiengebühren einzugreifen oder die Hochschulen werden gezwungen flächendeckende
561 NCs einzuführen. Das wäre das Ende des gebührenfreien Erststudiums in Rheinland-Pfalz. Andererseits
562 bedeuten die favorisierten Maßnahmen des Wissenschaftsministeriums eine Ökonomisierung von
563 Bildung, im Falle der Landeskinderregelung zusätzlich die Einführung von Studiengebühren für
564 Studierende aus anderen Bundesländern. Dies lehnen wir ebenfalls ab.

565 Daher ist es umso wichtiger, dass wir Jusos Rheinland-Pfalz uns der vermeintlich alternativlosen Politik
566 der Einführung von Studiengebühren vehement entgegenstellen, um so den Wanderungsdruck auf das
567 rheinland-pfälzische Hochschulsystem zu verhindern, sodass keine Maßnahmen wie die Einführung von

568 allgemeinen Studiengebühren auch in unserem Bundesland oder von flächendeckenden NCs nötig
569 werden.

570 Die Landesregierung hat, wie oben dargestellt, das so genannte Studienkontenmodell eingeführt. Durch
571 diese Strategie versucht sie, allgemeine Studiengebühren auf längere Frist zu verhindern. Wir Jusos
572 teilen diese Einschätzung nicht und haben uns daher intensiv in die Auseinandersetzung um
573 Studiengebühren und das Studienkontenmodell eingebracht und klar Position bezogen, sowohl von
574 Landesseite, von Seiten der Regionalverbände und insbesondere durch die Hochschulgruppen.

575 Wir treten für ein generell gebührenfreies Studium ein. Das tun wir aufgrund der hochschulpolitischen
576 Zielsetzung, die Unabhängigkeit zwischen Bildungsweg und sozialer Herkunft bzw. Vermögenssituation
577 der Eltern sicherzustellen. Wir sehen Bildung als (überwiegend) öffentliches Gut an und daraus folgt die
578 Notwendigkeit einer öffentlichen und keiner nutzerabhängigen Finanzierung. Weitere Finanzquellen wie
579 eine erhöhte Erbschaftsteuer sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer sind denkbare Modelle
580 zur Bildungsfinanzierung, nicht nur im Bereich der Hochschulen. Es gibt also Alternativen zur
581 Finanzierungsform Studiengebühren, sie müssen nur genutzt werden.

582 Die CDU hingegen spricht sich klar für Studiengebühren ab dem ersten Semester aus. Sie bedient sich
583 der populären Sachzwanglogik, nach der mehr Geld für die Hochschulen benötigt werde und die
584 Studierenden für den erworbenen Nutzen zu zahlen hätten. Die Union war es auch, die gegen das
585 Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz geklagt hat und die in den von ihr regierten
586 Bundesländern konkrete Gebührenpläne vorantreibt. Mit einer unionsgeführten rheinland-pfälzischen
587 Landesregierung hätten wir innerhalb kürzester Zeit Studiengebühren ab dem ersten Semester. Dagegen
588 lohnt es sich zu kämpfen.

589

590 **„Wissen schafft Zukunft“ - Exzellenz für rheinland-pfälzische Hochschulen**

591 Rheinland-Pfalz sorgt mit dem im letzten Jahr präsentierten Hochschulförderprogramm „Wissen schafft
592 Zukunft“ für Aufsehen unter HochschulpolitikerInnen im ganzen Bundesgebiet. Das ist nicht zuletzt in dem
593 sehr beachtlichen Finanzvolumen begründet: 125 Mio. Euro für fünf Jahre. Das Programm führt zu einer
594 Verbesserung der investiven, personelle und sachliche Ausstattung der Hochschulen. Es beinhaltet die
595 Anhebung der Grundausrüstung, Anreize für und Unterstützung bei Profilbildung sowie Förderung von
596 Spitzenleistungen in Forschung und Lehre. Es findet keine Finanzierung nach dem Gießkannenprinzip
597 statt, sondern mittels einer gezielten Förderung über Antragsverfahren.

598 Zwei große Förderblöcke sind zu nennen: Zum einen die Grundausrüstung u.a. mit der Ausfinanzierung
599 und Anhebung des Personalbudgets und beispielsweise 5,7 Mio. Euro in 2005/2006 für die gezielte
600 Verbesserung der Lehre. Zum anderen die Spitzen- bzw. Profilbildung mit Exzellenzclustern,
601 Graduiertenförderung und Profilbildung in der Lehre. Die Jusos begrüßen diese Schwerpunktsetzung im
602 Landeshaushalt. Positiv bewerten wir darüber hinaus, dass sowohl Lehre als auch Forschung jeweils breit
603 und projektbezogen gefördert werden. Obwohl die Hochschulausgaben beispielsweise gegenüber dem
604 Vorjahr um mehr als zehn Prozent angehoben wurden, ist eine adäquate Ausfinanzierung der
605 Hochschulbildung im Land noch nicht erreicht. Die rheinland-pfälzischen Jusos fordern, dass das Ziel
606 auch weiterhin die Breitenförderung sein muss.

607

608

609

610 **Mitmachen für ein gutes Leben und eine gute Gesellschaft**

611
612 „Kein Bock auf Politik“ - so wurde kürzlich eine Studie der Universität Landau betitelt. Politik spielt für
613 Jugendliche kaum eine Rolle, PolitikerInnen bzw. Parteien stehen an letzter Stelle der
614 vertrauenswürdigen Institutionen, weniger als 2% engagieren sich in Parteien oder Gewerkschaften, so
615 die Ergebnisse der Studie. Ein ähnliches Bild zeichnet die letzte Shell-Studie. Die Distanz von
616 Jugendlichen zur Politik ist sehr hoch, das Interesse scheinbar gering, Engagement in politischen
617 Jugendorganisationen kaum denkbar. Politikverdrossenheit nennen das WissenschaftlerInnen und
618 PolitikerInnen. Doch einerseits geht Politikverdrossenheit von einem sehr engen Politikbegriff aus, und
619 andererseits greift man viel zu kurz. Eine Ursachensuche bezüglich dieses Phänomens und dem der
620 geringen Wahlbeteiligung findet jedoch kaum statt.

621 Der Versuch, die Distanz zwischen jungen Menschen und PolitikerInnen durch persönliche Kontakte,
622 durch nähere Zusammenarbeit und durch stärkere Partizipation von Jugendlichen im politischen Prozess
623 zu überwinden, ist ein wichtiger Schritt. Doch der Problematik der wachsenden Distanz zur Politik kann
624 nicht nur durch institutionelle Veränderungen begegnet werden, sondern sie muss im konkreten
625 politischen Handeln und dem Anspruch, den die Politik sich selbst beimisst, berücksichtigt werden.

626 Die Alternativlosigkeit der Politik, die von den PolitikerInnen selbst immer wieder als Argument angeführt
627 wird, und die Diskussion entlang von Notwendigkeiten ersticken bereits die gedankliche
628 Auseinandersetzung mit Politik im Keim. Wie kann eine Gesellschaft dann erwarten, dass wenn selbst die
629 politische Elite ihre Einflussmöglichkeiten immer mehr einschränkt, die BürgerInnen/ Jugendlichen zu
630 politischem Engagement ermutigt werden? Handlungsspielräume müssen für die Bevölkerung und
631 insbesondere für die Jugendlichen greifbar sein, um politischem Interesse und Engagement überhaupt
632 einen Raum zu bieten.

633 Wir erwarten von einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung, dass sie einerseits den mit der
634 Jugend-Enquete begonnen Weg fortsetzt und konkrete Handlungsempfehlungen umsetzt und
635 andererseits in der eigenen Politik Perspektiven eröffnet, Perspektiven für den individuellen Lebensweg
636 und für eine tolerante Gesellschaft.

637 Demokratie ist immer dann fassbar und damit auch interessant, wenn sie konkret erfahrbar ist. Deshalb
638 müssen die Mitwirkungsmöglichkeiten im direkten Lebensumfeld gestärkt werden. Dazu zählt zum einen
639 die kommunale Ebene, aber auch vom Kindergarten angefangen über die Schule zur Hochschule und
640 zum Betrieb.

641 Kinderparlamente in Kindergärten und Kindertagesstätten zeigen, dass Mitbestimmung nicht vom Alter
642 abhängig ist, sondern schon früh praktisch umgesetzt werden kann. Diese institutionelle, noch
643 spielerische Form der Mitbestimmung ist auszuweiten und gezielt in der Ausbildung der ErzieherInnen zu
644 thematisieren.

645 Die schulische Mitbestimmung ist im Grundschulbereich sehr schwach ausgeprägt. Schulische
646 Mitbestimmung ist auch schon im Alter von sechs bis zehn Jahren möglich. Es müssen nur altersgerechte
647 Formen gefunden werden und das Kollegium muss diesen Prozess begleiten, nicht steuern. Deshalb sind
648 die LehrerInnen und insbesondere die SchulleiterInnen in speziellen Fortbildungen für die Stärkung dieser
649 institutionellen Form der Mitbestimmung fit zu machen. Auch im Unterricht können Arbeitsformen wie
650 Projektarbeit und fächerübergreifender Unterricht, spezielle Formen des Feedbacks und der
651 gemeinsamen Abstimmung über Unterrichtsinhalte zu stärkerer Partizipation führen. Insbesondere muss

652 der Arbeit der SVen mehr Beachtung und Möglichkeit zur Entfaltung, d.h. echte Mitbestimmungsrechte,
653 gegeben werden. Bisher werden den SchülerInnen, die in der SV tätig sind oftmals Steine in den Weg
654 gelegt und ihre Arbeit boykottiert. Aber bereits das frühe „Üben“ von Demokratie ist wichtig und somit ein
655 Muss in jeder Schule. Gerade in den letzten Jahren lässt sich beobachten, dass immer weniger
656 SchülerInnen bereit sind sich in der SV zu engagieren. Diesem muss dringend begegnet werden, da es
657 auch in unserem Interesse als politischer Jugendverband liegt, dass an den Schulen Politik und
658 Demokratie gelebt wird.

659
660 Auch kann die Distanz zur „etablierten Politik“ durch persönliche Gespräche, Begegnungen, Besuche von
661 Institutionen und Teilnahme an Sitzungen abgebaut werden. Dies kann im regulären Unterricht organisiert
662 und in Projektwochen integriert werden. Schule ist kein politikfreier Raum. Deshalb muss die Angst vor
663 gesellschaftlichen Debatten durch Beteiligung „von außen“ auf Seiten der LehrerInnen abgebaut werden.
664 Die Initiative des RPJ und des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend war hier ein Anfang. Weitere
665 Anstrengungen der Öffnung der Schule müssen hier folgen.

666
667
668 Auch in der Hochschule, an der Universität und in Fachhochschulen ist Partizipation wichtig. Einen Abbau
669 der akademischen Selbstverwaltung zu Gunsten der Leitungsebene lehnen wir ab. Die studentische
670 Selbstverwaltung, organisiert in der Verfassten StudentInnenschaft, ist zur Zeit mit erheblichen
671 Problemen konfrontiert: Der allgemeine Leistungsdruck, der zu einem möglichst zügigen Studium anhält,
672 die drohende Einführung von Studiengebühren in vielen Bundesländern, die Verschulung durch Bachelor
673 und Master, die Internationalisierung des Studiums und damit die „Unterbrechung“ des Studiums durch
674 Auslandssemester führen dazu, dass sich immer weniger StudentInnen engagieren. Neue
675 projektbezogene Formen der Partizipation müssen gefunden werden, um weiterhin studentisches
676 Engagement zu fördern und zu gewährleisten. Außerdem werden wir Jusos gemeinsam mit der
677 StudentInnenschaft dafür streiten, das Bildungssystem so zu gestalten, dass politische Partizipation an
678 der Hochschule möglich, akzeptiert und gewollt ist. Kritische Wissenschaft und politische Reflexion an
679 der Hochschule sind wichtige Motoren für gesellschaftlichen Fortschritt.

680
681 Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb werden bisher nicht ausreichend genutzt. Die Einbeziehung der
682 Gewerkschaften in den Sozialkundeunterricht in den Berufsschulen und Mitmach- und Informationstage
683 für Auszubildende könnten dem entgegenwirken. Für die Gründung von Jugend- und
684 Auszubildendenvertretungen in Betrieben wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaft(sjugend)en
685 einsetzen und offen dafür werben.

686
687 **Kommunale Partizipation - Möglichkeiten einer direkten Bürgerbeteiligung**

688
689 Für das politische Systems Deutschlands ist es charakteristisch, dass sich die aktive
690 BürgerInnenbeteiligung auf die Verteilung von Mandaten beschränkt. Im Grundsatz steht diese Form
691 auch nicht zur Disposition. Dennoch fordern mittlerweile viele BürgerInnen, nicht nur per Wahl die Posten
692 der Macht verteilen zu dürfen, sondern die konkreten Sachfragen vor Ort selber regeln zu können.

693 Seit über zehn Jahren gibt es hierzu verschiedene Möglichkeiten in Rheinland-Pfalz, doch während man
694 sie am Anfang noch anstrengend in der Praxisanwendung suchen musste, sind sie heute in manchen
695 Gebieten schon an der Tagesordnung.

696 Das Verfahren des Einwohnerantrages (Gemo § 17 / LKO § 11d) belässt die Beschlussmacht beim
697 gewählten Rat. Mit dieser Methode ist es den BürgerInnen direkt möglich, auf die Tagesordnung und
698 somit auf die thematische Ausrichtung des Rates verpflichtend Einfluss zu nehmen. Die endgültige
699 Beschlusshoheit bleibt aber beim Rat. Die Hürden zu diesem Verfahren haben sich in der Praxis als
700 angemessen bewährt und in vielen Fällen führt es auch zum Erfolg.

701 Das weitergehende Verfahren stellt hierbei das BürgerInnenbegehren und der BürgerInnenentscheid
702 (Gemo § 17a / LKO § 11e) dar. Mit dem BürgerInnenbegehrens können BürgerInnen einen bestimmten
703 Beschluss im Rat herbeiführen oder gegen einen bestimmten Beschluss des Rates aktiv vorgehen.
704 Werden die formalen Voraussetzungen für dieses BürgerInnenbegehren erfüllt, muss der Rat über den
705 gestellten Beschlussvorschlag abstimmen. Bei einer Entscheidung gegen das BürgerInnenbegehren wird
706 automatisch ein BürgerInnenentscheid durchgeführt, bei dem alle wahlberechtigten Bürger über den
707 Beschlussvorschlag abstimmen dürfen. Grundlagen für eine erfolgreiche Durchführung des
708 BürgerInnenentscheids sind neben einer absoluten Mehrheit der Ja-Stimmen, dass mindestens 30 % aller
709 Wahlberechtigten mit „Ja“ stimmen. Bei Erfolg ist der Rat an den Beschluss des BürgerInnenentscheids
710 gebunden.

711 Die Hürde für einen formalen Erfolg des BürgerInnenbegehrens ist in der Regel schnell zu erfüllen,
712 wohingegen die Hürden für den Erfolg im Falle eines folgenden BürgerInnenentscheids zu hoch gelegt
713 sind. Gerade der BürgerInnenentscheid verursacht aber bei der Gemeinde hohe Kosten für die
714 Durchführung des Wahlvorgangs. Weiterhin kann der Rat das BürgerInnenbegehren aufgrund rechtlicher
715 Mängel für unzulässig erklären.

716 Diese offensichtlichen Schwächen müssen aus unserer Sicht behoben werden. Die formalen
717 Bedingungen an das BürgerInnenbegehren müssten im Sinne einer größeren Unterstützungsmehrheit
718 erhöht werden, wohingegen die Erfolgsbedingungen für einen BürgerInnenentscheid abgesenkt werden
719 müssten. Zudem sollte es nur einem juristischen Gremium erlaubt sein, die Rechtmäßigkeit eines
720 BürgerInnenbegehrens anzuzweifeln. Eine Vorreiterrolle in punkto Partizipationsfreundlichkeit nimmt
721 Bayern ein, wo bis jetzt auch keinerlei Berichte bekannt sind, dass hierdurch die Regierbarkeit einer
722 Gemeinde gefährdet worden wäre.

723 Jugendlichen muss durch Jugendparlamente und Jugendforen die Möglichkeit gegeben werden, zum
724 einen die Politik der Kommune kritisch zu begleiten und mit eigenen Initiativen die Politik zum Handeln
725 aufzufordern; zum anderen müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass jugendspezifische Projekte
726 gemeinsam von Jugendlichen und der Verwaltung durchgeführt werden. Eine der besten Formen stellt
727 der Jugendbeirat da, weil hierdurch nicht nur eine temporäre, sondern eine konstante Beteiligung der
728 Jugend am politischen Geschehen gegeben ist.

729 Zur Einrichtung einer Jugendvertretung werden die Gemeinden auch heute schon aktiv durch das
730 Kommunalgesetz aufgerufen (Gemo §§ 16c und 46b), wohingegen es an vielen Stellen noch an der
731 praktischen Umsetzung durch die einzelnen Räte scheitert.

732

733 **Den Rechten entgegen - für eine gute Gesellschaft**

734

735 **Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz**

736 Rechtsextreme Parteien wie die NPD und die Republikaner erhalten in Rheinland-Pfalz bei Wahlen
737 immer wieder Zustimmung aus der Bevölkerung. Besonders alarmierend ist die Situation in der
738 Südwestpfalz, wo Republikaner bei den Kommunalwahlen 2004 in Ludwigshafen-Stadt ihr Ergebnis von
739 5,3% 1999 auf 8,8% 2004 verbessern konnten und damit nun fünf Sitze im Stadtparlament inne haben. In
740 Pirmasens erlangten die Republikaner 1999 noch 2,9% der Stimmen. 2004 waren es bereits 10,2% und
741 damit ebenfalls fünf Sitze. Bei der Wahl zum Bezirkstag der Pfalz erlangten sie zwei Mandate mit 5,8%
742 der Stimmen. In der Landeshauptstadt Mainz haben die Republikaner ihre Sitze von zwei auf vier
743 verdoppeln können (1999 3,8% und 2004 7,3%).¹⁶

744 Auch bei den Europawahlen 2004 hat die NPD ihre Stimmen gegenüber 1999 vervierfachen können (von
745 4000 auf 12.000). Gerade junge WählerInnen fühlen sich von den plumpen Parolen der rechtsextremen
746 Parteien angesprochen. Die Zahlen zur Landtagswahl im Saarland beweisen dies eindrücklich: 10% der
747 JungwählerInnen haben der NPD ihre Stimme gegeben.

748 Ursachen für dieses Wahlverhalten sind vielseitig. Leider werden sie oft auf ein Protestverhalten der
749 WählerInnen reduziert. Die Frage, wogegen sich dieser Protest richtet, wird nicht mehr gestellt. Das ist
750 fahrlässig, denn es ist eindeutig, dass die jungen Menschen in dieser Republik sich wenig von den
751 etablierten Parteien und ihren VertreterInnen repräsentiert fühlen. Oft geht ihr demokratisches
752 Verständnis über eine Institutionenkunde nicht hinaus. Daraus ist ihnen kein Vorwurf zu machen, denn oft
753 beschränkt sich der schulische Sozialkundeunterricht auf eben genau jene Institutionenkunde.

754 Ein weiteres gravierendes Problem für die Rechtsstaatlichkeit und die Erfassung rechtsextremer
755 GewalttäterInnen liegt in der Strategie der rechtsextremen Parteien, ihre Vorfeldorganisationen, die so
756 genannten Kameradschaften in losen Zusammenschlüssen zu organisieren.

757 In Rheinland-Pfalz agieren elf Kameradschaften. Die drei aktivsten von ihnen sind: Kameradschaft
758 Moselland, die getarnt als soziale Initiative zwei bis dreimal im Jahr in Trier zu Demonstrationen aufruft,
759 zu denen sich ca. 100 Rechtsextreme einfinden. Die Kameradschaft Westerwald hat ihr
760 Verbreitungsgebiet im Raum Montabaur und speziell in der Verbandsgemeinde Rennerod und der
761 Nationale Widerstand Zweibrücken, welcher sich um den Aufbau rechtsextremer Strukturen in der
762 Südwestpfalz bemüht. Die Kameradschaften haben fünf bis 25 Mitglieder. Der harte Kern dieser
763 rechtsextremen Gruppierungen ist relativ konstant.

764 Dennoch schaffen sie es immer wieder, nicht rechtsradikal gesinnte Jugendliche mit ihren Angeboten, die
765 von reißerischen Internetauftritten über Demonstrationen und Infostände bis hin zu illegalen
766 Rechtsrockkonzerten reichen, anzusprechen.

767

768 **Dem Rechtsextremismus wehrhaft entgegenwirken**

769 Die Demokratie und ihre politischen VertreterInnen sind an dieser Stelle aufgefordert, nicht länger weg zu
770 sehen, sondern das Problem mit demokratischen Mitteln anzugehen. Eine Gleichsetzung des
771 Rechtsextremismus mit dem Linksextremismus, wie ihn die CDU betreibt und wie es leider auch noch im
772 Verfassungsschutzbericht getan wird, ist ein unzulässig und verstellt die Möglichkeiten eines
773 gemeinsamen Vorgehens gegen Rechtsradikalismus.

¹⁶Quelle: Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz 2004.

Protokoll der Lako der Jusos Rheinland-Pfalz, 5.-6. November 2005, Bürgerhaus Mainz-Finthen

774 Wir Jusos fordern die Landesregierung auf, die bestehenden Möglichkeiten wie das Aussteigerprogramm
775 „(R)Auswege“ mehr in die Öffentlichkeit zu tragen und damit rechten Jugendlichen neue Perspektiven zu
776 eröffnen.

777 Unseres Erachtens ist es unerlässlich, dass die Institution der Jugendparlamente flächendeckend auf
778 kommunaler Ebene verankert wird. Diesen Jugendparlamenten sollen unbedingt eigene
779 Entscheidungsbefugnisse zugesprochen werden. Politik erlernt sich nicht vor dem Fernsehapparat.

780 Kommunen, welche sich besonders hervortun in der Jugendarbeit und -politik, sollen als Maßstab und
781 Vorbild für die landesweite politische Jugendarbeit herangezogen und herausgestellt werden.

782 Das Bildungsministerium fordern wir auf zu prüfen, mit welchen Mitteln eine groß angelegte Informations-
783 und Aufklärungskampagne an Schulen gestartet werden kann, damit die Gefahr des Rechtsextremismus
784 frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen in Angriff genommen werden können. Jede
785 Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz soll mindestens ein/e MultiplikatorIn im Bereich der
786 antirassistischen Bildung ausbilden. Die Finanzierung dieser Ausbildung obliegt dem
787 Bildungsministerium.

788 Die Landesregierung stellt eine spezielle Stiftung zur Förderung demokratischer Jugend- und
789 Bildungsarbeit bereit, welche integrative Projekte (z.B. „MultiKultiKids“) und antirassistische Arbeit
790 kooperativer Initiativen wie die des Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. langfristig finanziell und
791 ideell unterstützt.

792 Wir als Jusos sind uns der Aufgabe bewusst und werden uns in Zukunft weiterhin bemühen, die
793 verschiedenen antirassistischen und integrativen Initiativen in Rheinland-Pfalz auf regionaler und lokaler
794 Ebene zu unterstützen.

795 Wir Jusos glauben, dass dem Rechtsextremismus auch in Rheinland-Pfalz nur sinnvoll begegnet werden
796 kann, wenn die Politik begreift, dass eine wehrhafte Demokratie nicht allein vom Polizeischutz für
797 hochrangige Staatsgäste, der nachrichtendienstlichen Erfassung von VerfassungsgegnerInnen und von
798 hochstilisierten Wahlkämpfen lebt. Demokratie bedeutet viel mehr: echte Mitbestimmung, transparente
799 Entscheidungsprozesse, Diskussionen um Sachinhalte, ehrlicher Meinungsstreit ohne Diffamierung des
800 Gegners/ der Gegnerin, gleiche Chancen und wirkliche Teilhabe.

801 Kein Fußbreit den Rechtsradikalen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

AntragsstellerIn: Juso-Landesvorstand

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Antrag für das Projekt

„Jugend und Politik in Wahlkampfzeiten

- Du bist nicht nur eine Stimme“

Gerade während des Wahlkampfes sind Jugendliche besonders sensibel und ansprechbar für Politik. Wir sehen es als politischer Jugendverband als unsere Aufgabe an, für unsere politischen Positionen, Projekte und Ziele für die Zukunft zu werben. Jugendliche durch Aufklärung zu interessieren, durch Präsenz und Diskussionsangebote zu zeigen, dass es Möglichkeiten der politischen Partizipation und des Mitmachens gibt - außerhalb des Kreuzchens auf dem Wahlzettel.

Dazu haben wir uns für den Zeitraum Februar/ März 2006 zwei große Projekte vorgenommen, die Jugendliche und JungwählerInnen an die Politik heranzuführen und durch das Gespräch mit Gleichaltrigen zum eigenen politischen Tun - ob durch aktives Mitmachen oder durch Wählen - anregen sollen.

Der „Du bist nicht nur eine Stimme - Juso-Wahlkampfbus“

Die Präsenz in der Fläche und nicht nur in den großen (Uni-)Städten ist gerade für Jusos besonders wichtig.

Viele Unterbezirke und AGen haben in den letzten Monaten gezeigt, dass sie viele witzige politische Aktionen umsetzen können. Wir wollen euch mit unserem „Wahlkampfbus“ unterstützen, in dem wir zu euren Veranstaltungen kommen, dort mit euch gemeinsam Aktionen durchführen und Bildungsmaterial verteilen. Fertige Aktionspakete und (fast) alles, was ihr für eure Veranstaltungen braucht, werden wir mitbringen.

Die Koordination der Route erfolgt über das Landesbüro. Die Übernachtung des Fahrers/ der FahrerIn sollte jeweils vom entsprechenden UB organisiert werden.

Dabei entstehen folgende Kosten:

Automiete für 21 Tage (Bus, 9-Sitzer)	900,-€
Versicherung (Selbstbeteiligung 800,-€)	Inkl.
Kilometer	Inkl.
Treibstoff für circa 6000km.	580,-€ (6000 km * 0,08 l/km* 1,20 €/l= 576,-€)
Verpflegung für den/die FahrerIn und MitfahrerInnen	400,-€

Ausstattung des Busses (Material für Aktionen, Infoveranstaltungen, etc.)	900,-€
Gesamtkosten	2780,-€

33
34 Der zweite Teil des Projektes besteht aus einer **Veranstaltung** unter dem Motto „**Du bist nicht nur eine**
35 **Stimme**“.

36 Hier geht es darum, den Jugendlichen aufzuzeigen, dass politische Partizipation nicht nur aus dem
37 „Wählen gehen“ besteht, sondern dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, sich politisch zu beteiligen,
38 mitzudiskutieren.

39 Dazu schlagen wir euch folgendes Konzept vor:

40
41 **Du bist nicht nur eine Stimme.**

42
43 Zielgruppe: Jugendliche, die sich bereits bei den Jusos engagieren und solche, die Interesse an Politik
44 haben und sich beteiligen wollen.

45 Wir wollen mit dieser Veranstaltung
46 Informieren
47 unsere Ideen mit Jugendlichen diskutieren
48 ihnen die Möglichkeit geben, junge PolitikerInnen zu treffen und somit die Distanz zwischen der
49 „etablierten Politik“ und den Jugendlichen abzubauen
50 Ideen für ihre Zukunft zu entwickeln und Partizipation erfahrbar zu machen.

51
52 **Zeitplanung für den Veranstaltungstag:**

53
54 ***Anreise und Anmeldung bis 15.00 Uhr am Tagungsort.***
55 Anmeldung der TeilnehmerInnen für die verschiedenen Workshops und Veranstaltungen → hierfür sollte
56 eine sehr große Pinnwand vorhanden, sein auf der die diversen Workshops kurz vorgestellt werden, so
57 dass sich jede/r InteressentIn schon einmal vorab zu den Veranstaltungen eintragen kann (zur besseren
58 Planung und Übersicht).

59
60 15.30 Beginn der Veranstaltung

61
62 nachmittags
63 Eröffnung der Veranstaltung durch Kurt Beck.

64 Vorstellung der jungen KandidatInnen
65 Einführung in das Programm

66
67 16.15h - 18.30h Workshops

68

69 **KandidatIn meets WählerIn**

70 Jugendliche sollen hier die Möglichkeit haben, die KandidatInnen zu interviewen. Dies kann in Form eine
71 Interviews geschehen, das später auf einer Pinnwand als Zeitungsartikel veröffentlicht wird und an die
72 örtliche Presse geschickt wird. Oder es kann ein Film mit der Kandidatin/ dem Kandidaten gedreht werden.
73 In einer **Interviewecke mit rotem Sofa** können sich die Jugendlichen mit den KandidatInnen unterhalten.

74 **Themen und Diskussionsgrundlagen** legen die KandidatInnen mit den WählerInnen
75 (=GesprächspartnerInnen) fest

76 → d.h. der Workshop besteht aus einer Vorbereitungsphase, wo die Jugendlichen festlegen, welche Form
77 sie wählen, sich in Kleingruppen vorbereiten und dann zuerst informell mit dem Kandidaten/ der
78 Kandidatin ins Gespräch kommen. Dann beginnt der öffentliche Teil, der allen durch Aufzeichnungen
79 (schriftlich, Ton, Film) zur Verfügung gestellt wird.

80

81 **„Betrifft dich“-Workshops (1,5 -2 Stunden)**

82 betrifft Dich_ Politik.

83 betrifft Dich_ Bildung.

84 betrifft Dich_ Ausbildung

85 betrifft Dich_ soziale Sicherheit.

86 betrifft Dich_ Rechtsradikalismus.

87

88 → Die genaue Planung liegt bei der jeweiligen Workshopleitung evtl. Teams.

89 Es sollte darauf geachtet werden, dass die Methoden genügend Raum zur Beteiligung lassen und die
90 Erfahrungen und Bedürfnisse der Jugendlichen mit einbeziehen

91

92

93 **Zukunftswerkstatt „Ich und meine Oma- Mein EnkelIn und ich“**

94 (2 Std.) (Miteinander der Generationen, wie könnte es sein? Gemeinsam mit der AG 60plus)

95

96 weitere Aktionen:

97 Aktion Soziales Netz

98 schwarze Liste CDU RLP

99 Stand „Das erste Mal“

100 Austauschbörse für Juso-Aktionen/ Infopinnwände (Organisation Uben/ Suche/ Machen/ Bieten...)

101 Aktion rote Luftballons (Offizieller Wahlkampfstartschuss mit Kurt Beck)

102 Net-Lounge mit drei Internet-PCs soweit technisch möglich

103 „Rasende Reporter“ bzw. JPL interviewt die Workshopteilnehmer/ sammelt die Endergebnisse der
104 Workshops und fasst sie in einer kleinen Zeitung für jeden Teilnehmer zusammen

105

106 gemeinsame Abschlussrunde, Vorstellung der Workshop-Ergebnisse

107 Talkrunde „Sprecht euch aus“

108

109 abends:

110

111 **Partyzipation - Du bist nicht nur eine Stimme!**

112

113 Kostenkalkulation (auf der Grundlage von 60 TeilnehmerInnen)

Hallenmiete	500,-€
Verpflegung (Getränke, Imbiss - kostengünstiger Verkauf)	480,-€ (8,- € pro Person)
Werbung (Flyer - 20.000 -und Plakate - 500)	600,- € (je 300,-€)
Fahrtkosten (hier gilt dann eine abweichende Regelung, nur entstandene Fahrtkosten werden auf Anfrage gezahlt)	1200,-€
Ausstattung (Anlage, PCs, ...)	500,- €
Material für Aktionen	300,- €
Transport der Ausstattung, Verpflegung etc)	200,- €
Partyzipation	
Miete/ Versicherung	300,-€
Musik/ DJ	300,-€
Getränke (Abgabe zu günstigen Preisen/ auf Kommission)	0,-€
Unterkunft	
Jugendherberge	40 * 16,- = 640,-€
Gesamtkosten	5020,-

114

115

116 Insgesamt beantragten wir für das Projekt

117 „Du bist nicht nur eine Stimme“

118 ein Finanzvolumen von 7800,-€

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

AntragstellerIn: Juso-Landesvorstand

Die Landeskonzferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen

Demographischer Wandel - kein Grund zum Sozialabbau...

Ein Gespenst geht um... Der demographische Wandel.

Selten wurde so mit Untergangsszenarien hantiert wie im Falle des demographischen Wandels. Ob Politik, Medien oder die Gespräche am Stammtisch, kaum eine/r lässt das Katastrophenszenario für die sozialen Sicherungssysteme, für unsere Gesellschaft im Zusammenhang mit der Diskussion um den Wandel der Altersstruktur aus.

Gleichzeitig wird mehr Generationengerechtigkeit gefordert. Damit ist vordergründig der Abbau der Staatsverschuldung gemeint, was aber gleichzeitig Einsparungen im Staatshaushalt und nicht die Ausweitung der Einnahmen beinhaltet. Dies wiederum bedeutet, dass Kürzungen staatlicher Leistungen drohen, gerade im größten Haushaltsposten, dem Sozialbudget. Die Leidtragenden sind nicht nach Generationen auszumachen, sondern die VerliererInnen dieses Prozesses sind gerade diejenigen in unserer Gesellschaft, die es zu unterstützen gilt. Generationengerechtigkeit trägt eben nicht zu mehr Gerechtigkeit bei, sondern verschärft die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich.

Für uns Jusos ist der Begriff „Generationengerechtigkeit“, so wie er in der politischen Diskussion benutzt wird, ein Kampfbegriff, mit dessen Hilfe zum einen versucht wird, Sozialabbau zu begründen und zum anderen eine neue fiktive Spaltung der Gesellschaft in Alt und Jung aufzubauen, um die wahren Gegensätze zwischen Arm und Reich zu verschleiern.

Demographischer Wandel - Was ist das?

Mit „demografischer Wandel“ bezeichnet man die Entwicklung, dass sich die Alterzusammensetzung der Gesellschaft *ändert*. Dies ist ein ganz natürlicher Vorgang, abhängig von vielen individuellen und gesellschaftlichen Faktoren und insgesamt ein fließender Prozess. Den demographischen Wandel, wie er momentan diskutiert wird, kennzeichnet vor allem eine älter werdende Gesellschaft, wobei die steigende Lebenserwartung und die rückläufige Geburtenrate eine wichtige Rolle spielen. Der medizinische und gesellschaftliche Fortschritt sowie der stetig steigende Lebensstandard in Deutschland tragen dazu bei, dass die Menschen immer älter werden. Die aktuelle Lebenserwartung liegt heute bei circa 80 Jahren. Auf der anderen Seite sinken in Deutschland, wie in allen entwickelten Industriestaaten, die Geburtenraten. Momentan liegt die Geburtenrate bei 1,4 Kindern pro Frau (und wie sieht es pro Mann aus??). Daraus ergibt sich eine Gesellschaft, die schrumpft und deren Altersdurchschnitt stetig ansteigt.

40 Prognosen

41
42 Das Statistische Bundesamt hat in neun verschiedene Szenarien bis 2050 aufgezeigt, wie sich die
43 gesellschaftliche Alterstruktur bzw. die Bevölkerungszahl ändern könnte.

44 Dabei wird die Geburtenrate mit 1,4 bis 2050 als konstant angenommen. Außerdem wird von drei
45 verschiedenen durchschnittlichen Lebenserwartungen ausgegangen. Darüber hinaus variieren die
46 Wanderungsüberschüsse zwischen 100.000 und 300.000.

47 Das neunte Szenario (maximale Bevölkerungszahl) prognostiziert für das Jahr 2030 eine Bevölkerung
48 von circa 84 Millionen, für 2050¹⁷ von 81 Millionen. Dem gegenüber steht das erste Szenario (minimale
49 Bevölkerungszahl) mit 77 Millionen für 2030 und 67 Millionen für 2050. Das letzt genannte Szenario wird
50 gerne zur populistischen Stimmungsmache herangezogen. Gleichwohl ist es mit Szenario neun das
51 unwahrscheinlichste. Das mittlere Szenario (Nr. 5) geht von einer Bevölkerungsentwicklung aus, die für
52 2030 eine Bevölkerungszahl von 81 Millionen ausgibt, also nur eine Million weniger als heute, und für
53 2050 mit circa 75 Millionen EinwohnerInnen rechnet. Dies zeichnet einerseits ein realistischeres Bild und
54 relativiert die emotionalen, populistischen Diskussionen ungemein.

55 Für Rheinland-Pfalz hat der „Zukunftsradar“ der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz in drei Szenarien die
56 Bevölkerungsentwicklung bis 2030 berechnet, wobei die mittlere Variante von einem Rückgang um 8%
57 ausgeht. In Anbetracht der noch 25 vor uns liegenden Jahre, gibt es genügend Handlungsspielraum für
58 die Politik, mit solidarischen Lösungen auf diese Entwicklung und die Verschiebung der Altersstruktur
59 (2030 werden circa ein Drittel der Rheinland-PfälzerInnen über 60 Jahre alt sein) zu reagieren.

60 **Und kein Grund zur Sachzwanglogik und Alternativlosigkeit.**

61 **Wo wird das Problem gesehen?**

62
63 Das Problem wird zum einen im Bevölkerungsrückgang und dem sich verstärkenden Trend gesehen
64 (wenn weniger Kinder geboren werden, sind 20-30 Jahre später auch weniger Frauen und Männer da, die
65 Kinder bekommen könnten, usw.). Zum anderen wird die Veränderung der Bevölkerungsstruktur
66 problematisiert.

67 2000 waren in Rheinland-Pfalz

68 21,8% unter 20,

69 54% im Alter von 20 bis 60 und

70 24,2% über 60.

71 Für **2015** wird von einer Struktur von

72 18,7% unter 20,

73 53,9% 20-60,

74 27,4% über 60 und

¹⁷ Von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird die Vorausberechnung über einen Zeitraum von fast 50 Jahren als unseriös eingestuft, da die Wahrscheinlichkeit, dass sich die entsprechenden Größen (hier Geburtenrate, Lebenserwartung, Wanderungssaldo) durch verschiedene Einflüsse (u.a. politische) stark verändern können, für so einen großen Zeitraum sehr hoch ist. Dadurch werden die Prognosen immer ungenauer und auch untauglicher, um drauf basierend, Zukunftsszenarien zu entwerfen und sich darauf vorzubereiten.

50-Jahres-Prognosen hält der Koblenzer Statistikprofessor Gerd Bosbach für „moderne Kaffeesatzleserei“. Wenn jemand 1950 die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik im Jahr 2000 geschätzt hätte, wäre ihm folgendes entgangen: die Antibabypille; die Anwerbung/ der Zuzug von Millionen ausländischen Arbeitskräften samt ihren Familien; Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile (Trend zur Kleinfamilie und zum Single-Dasein), die Auflösung der DDR; die Öffnung der Grenzen im Osten einschließlich der Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern sowie die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 die Europäische Einigung...

75 für **2030** von
76 17,7% unter 20,
77 48,8% von 20-60 und
78 33,5% über 60 ausgegangen (mittlere Variante)¹⁸.
79 Daran sieht man, dass der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung abnehmen wird (von 54% auf 48,8%),
80 wobei der Anteil der über 60jährigen von 24,2% auf 33,5% steigt.
81 Das Problem liegt nun darin, dass unser Gemeinwesen in wesentlichen Teilen darauf aufgebaut ist, dass
82 es eine mittlere, beruflich aktive Generation gibt, die den Rest der Gesellschaft, also die Alten und die
83 Jungen, versorgt. Das Ganze nennt man dann Generationenvertrag. Insbesondere die
84 Sozialversicherung funktioniert nach diesem System, aber auch in Teilen das Steuersystem. Das
85 umlagefinanzierte Rentensystem, das Konrad Adenauer als erster Bundeskanzler der BRD eingeführt
86 hat, sagt folgendes: Der beruflich aktive Teil der Bevölkerung führt einen prozentualen Teil ihres Lohns (in
87 Höhe des variablen Beitragssatzes) an die staatliche Rentenkasse ab, die das eingehende Geld in Form
88 von Rente jeden Monat an die alte, nicht mehr erwerbstätige RentnerInnen-Generation auszahlt. Dies
89 bedeutet also, die Beiträge, die man abführt werden nicht auf einem Sparkonto angelegt, sondern werden
90 direkt wieder an die nicht mehr erwerbstätige Generation ausgeschüttet. Mit diesem System ist für jede
91 und jeden im Alter gesorgt, ohne dass man im Laufe seines Lebens ständig Geld beiseite legen muss, an
92 das man in Zeiten der Krise auch ran gehen würde, so dass für das Alter nichts bliebe. Dadurch ist das
93 individuelle soziale Risiko der Altersarmut sozialisiert, d.h. an die Gesellschaft in ihrer Gänze delegiert.
94 Für alle wird das Risiko minimiert; mit diesem System ist es fast komplett ausgeschlossen ist. Deswegen
95 ist das Ganze also staatlich organisiert, ansonsten könnte ja jeder selbst ein Sparkonto aufmachen.
96
97 In der öffentlichen Debatte wird der Rückgang der aktiven, erwerbstätigen Bevölkerung zum Kronzeugen
98 gemacht, um das bestehende Rentensystem in Frage zu stellen und darauf hinzuweisen, dass man das
99 bisher geltende und staatlich organisierte umlagefinanzierte System auf ein privates, kapitalgedecktes
100 System umstellen müsse. Der demografische Wandel ließe da gar keine Alternative, wird dann gerne
101 behauptet.
102
103 Überdenkt man jedoch noch einmal die Hauptaussage des Generationenvertrages (mittlere Generation
104 versorgt Alt und Jung), schaut sich die oben genannten Zahlen noch mal genauer an und berücksichtigt
105 die Entwicklung in den letzten 100 Jahren, entzerrt sich das Bild.
106 Der sogenannte Altersquotient, das heißt, die Anzahl der RenterInnen (in den Berechnungen sind damit
107 die über 60 jährigen bezeichnet) auf 100 Erwerbstätige, lag um 1900 bei 8 RentnerInnen pro 100
108 Erwerbstätigen (oder ein/e RentnerIn auf 12 Erwerbstätige) und 2000 bei 25 RentnerInnen auf 100
109 Erwerbstätige (also ein/e RentnerIn auf 4 Erwerbstätige). Der Rückgang der Erwerbstätigen in Bezug auf
110 die RentnerInnen ist also eine schon seit langem feststellbare Entwicklung. Und dennoch ist der
111 Lebensstandard aller Generationen in den letzten 100 Jahren überdeutlich gestiegen. Bei der Annahme
112 des Eintretens des Szenarios, dass 2050 auf 100 Erwerbstätige 78 RentnerInnen kommen (also auf 3

¹⁸ Alle Daten vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz.

113 Erwerbstätige 2 RentnerInnen)¹⁹, dem Gejammer darüber und dem darauf folgenden Aktionismus werden
114 jedoch zwei wesentliche Faktoren übersehen:

115
116 Zum einen geht man davon aus, dass die Produktivität gleich bleibt.
117 Die Entwicklung der letzten Jahre, der letzten 100 Jahre, hat aber gezeigt, dass durch einen Zuwachs an
118 Produktivität eine Gesellschaft durchaus in der Lage ist, einen drastischen Wandel des Altersquotienten
119 zu verkraften (siehe Entwicklung 1900 bis 2000). Wenn man lediglich einen Produktivitätszuwachs von
120 1,5% jährlich unterstellt und ein Erreichen der Vollbeschäftigung ab 2010, bedeutet das bei einer
121 entsprechenden Lohn- und Gehaltsanpassung eine Verdopplung des Realeinkommens bis 2050.²⁰

122 Auch wird bei der Verschlechterung des Altersquotienten nicht berücksichtigt, dass durch die Tatsache,
123 dass weniger Kinder geboren werden, der Jugendquotient, also der Anteil der jungen Menschen, die von
124 der erwerbstätigen Bevölkerung versorgt werden, abnimmt.²¹ Dadurch ergeben sich Einsparungen bei
125 Investitionen, die man bei der Belastung gegenrechnen muss, um auf die reale Belastung der
126 erwerbstätigen Generation zu kommen. Was jetzt aber nicht im Umkehrschluss heißen soll, dass alle
127 Mittel, die durch den Rückgang der jungen Bevölkerung freiwerden, nicht auch in diesem Bereich wieder
128 investiert werden können, um Verbesserungen zu erreichen.

129 Noch hinzu kommen Ungenauigkeiten, die sich durch die Abgrenzung der Gruppen „Erwerbstätige“ und
130 „RentnerInnen“ aufgrund des Alters ergeben. In der Berechnung gelten 20- bis 59-Jährige als aktive
131 Generation, über 60-Jährige als RenterInnengeneration.

132
133 Gesellschaftliche Debatte - beleidigend und an der Realität vorbei

134
135 Der Einbezug der steigenden Produktivität und die zu erwartende Umverteilung der
136 Generationeninvestitionen sind relativierende Faktoren für die Berechnung der demographischen
137 Entwicklung. Jedoch werden diese in weiten Teilen von Politik, Wissenschaft und Journalismus ignoriert.
138 Selbst das Statistische Bundesamt führt beide Faktoren in seinem Bericht 2003 lediglich im
139 Tabellenanhang auf.

140 Das teilweise bewusste Ignorieren dieser Rahmenbedingungen spielt nämlich einer politischen
141 Interpretation der Prognosen in die Hände. Die ‚alternde‘ Gesellschaft wird als unausweichliche
142 Schreckensvision gebrandmarkt und muss als Rechtfertigung herhalten, um politische Forderungen nach
143 dem Rückbau des Sozialstaates zu untermauern. Dabei argumentieren die VertreterInnen
144 verschiedenster politischer Couleur, dass nur mit einer Reduktion der Leistungen in der Gesundheits-,
145 Renten- und Arbeitsmarktpolitik, eine größere Anzahl von RenterInnen für die Gesellschaft zu ‚ertragen‘
146 ist. Eigenverantwortung, Entsolidarisierung und Individualisierung werden als scheinbar alternativlose
147 Lösungsansätze wie eine ‚Goldene Kuh‘ gepriesen.

148
149 Die RentnerInnengeneration wird als Last für den Rest der Gesellschaft dargestellt. Beispielhaft für diese
150 Argumentation war die von dem JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder erhobene Forderung, künftig 85-

¹⁹ Rechnet man an dieser Stelle allerdings mit einem Alter von 65 Jahren, so reduziert sich der Quotient auf knapp 55 RentnerInnen pro 100 Erwerbstätige, also ungefähr ein Verhältnis von eins zu zwei.

²⁰ Vgl. Butterwegge, Christoph, Zwischen der sozialen Wirklichkeit und ihrer öffentlichen Wahrnehmung liegen Welten. Bemerkungen zum demografischen Wandel bzw. zur Notwendigkeit seiner Entdramatisierung anlässlich einer Anhörung im Hessischen Landtag am 10.11.2004.

²¹ Leider weist die Erhebung des Statistischen Bundesamtes auch keine Jugendquotienten aus.

151 Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke zu bezahlen. Diese unsolidarische und inhumane Forderung
152 versucht, die Altersstufen gegeneinander auszuspielen und sie in ein Konkurrenzverhältnis zueinander zu
153 bringen. Mißfelder schürt eine Neiddebatte, die vollkommen unangemessen ist. Diese Debatte zeigt, wie
154 beleidigend und entwürdigend VertreterInnen der jungen Generation aus den Reihen der JU und auch der
155 Julis mit älteren Menschen umgehen. Diese werden zu reinen ökonomischen Kostenfaktoren degradiert.

156
157 Eine ähnliche Umgangsform pflegen weite Kreise der Wirtschaft. Dort wird dem Jugendwahn in ähnlich
158 offensiver und unangebrachter Weise gehuldigt wie in der Medienlandschaft. Ältere und erfahrene
159 Arbeitssuchende werden unter dem Eindruck zu hoher Folgekosten nicht mehr eingestellt. Stattdessen
160 verlangt man den als jugendlich und dynamisch gepriesenen jüngeren ArbeitnehmerInnen eine nicht zu
161 erbringende Berufserfahrung ab. So werden beide Altersgruppen unter einen Leistungsdruck gesetzt, der
162 am Ende nur die bessere ökonomische Verwertbarkeit zum Ziel hat.

163
164 Genau gegen diese Abwertung der MitbürgerInnen wenden wir Jusos uns. Wir wollen der von der Zeitung
165 ‚Die Welt‘ so genannten „Generation Mißfelder“ nicht angehören, die die Lebensalter gegeneinander
166 ausspielt, sondern wir suchen das Miteinander der jüngeren und älteren Mitmenschen. Ein „Krieg der
167 Generationen“ darf im Anliegen aller nicht vom Zaume gebrochen werden, denn diese
168 menschenverachtende Konkurrenz der Generationen dient im Endeffekt niemanden, sondern nur einer
169 stärkeren Neo-Liberalisierung der Gesellschaft, die Menschen zu ökonomischen Faktoren herunterstuft.

170
171 Einer ähnlichen Logik folgt auch die konservative Vorstellung, der „Vergreisung“ unserer Gesellschaft die
172 Steigerung der Geburtenrate entgegen zu halten. Oftmals verknüpft sich mit dieser Forderung ein
173 reaktionäres Familien- und Frauenbild, welches zuletzt wieder Aufwind erhielt. Die steuerpolitischen
174 Vorstellungen des Heidelberger Professors Kirchhof haben dies nur allzu offensichtlich bewiesen. Kinder
175 und ihre Mütter werden zu ökonomischen Faktoren herabgewürdigt.

176 **Doch ob jemand Kinder möchte oder nicht, ist allein seine oder ihre Entscheidung. Niemand darf dafür**
177 **bestraft werden, dass er oder sie sich gegen oder für Kinder entscheidet!**

178 Alle, gleich, ob mit oder ohne Kinder, abhängig beschäftigt oder selbstständig, haben Steuern zu zahlen,
179 die so hoch und so progressiv zu sein haben, dass die Staatsaufgaben - inklusive Leistungen an Eltern
180 und Kinder - finanziert werden können. Das Kriterium für die Höhe der Besteuerung hat der Reichtum zu
181 sein, über den Personen verfügen. Soweit Kinderlose im Durchschnitt wohlhabender sind als
182 Kinderreiche, ist auf diese Weise Gerechtigkeit herzustellen.

183 Ob jemand Kinder erzieht oder nicht, darf an sich kein Kriterium der Steuer- und Abgabenbelastung sein.
184 Wer dies will, zielt nicht auf Gerechtigkeit, sondern auf die Förderung konservativer
185 Familienvorstellungen.

186
187 Aus verschiedenen Gründen kann es gesellschaftlich erwünscht sein, dass mehr Menschen als bisher
188 sich für Nachwuchs entscheiden. Dies betrifft jedoch nicht nur Frauen, sondern Frauen und Männer.

189 Es gibt sinnvolle Wege, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien (im Sinne von Kindern
190 und ihren Sorgeberechtigten) so zu ändern, dass Frauen und Männern die Entscheidung für Nachwuchs
191 leichter gemacht wird:

192

193 Erstens muss es für Kinder und diejenigen, die für sie sorgen, Transferleistungen geben, die sicher
194 stellen, dass Nachwuchs kein Einkommensrisiko darstellt.

195 Zweitens ist Kinderbetreuung kostenfrei, öffentlich organisiert, mit ausgebildetem, ordentlich bezahltem
196 Personal, ab null Jahren ebenso sicher zu stellen wie Ganztagsbetreuung an Grund- und weiterführenden
197 Schulen.

198
199 Die Erfüllung dieser Forderungen schafft die Grundlagen dafür, dass sich mehr Menschen für Kinder
200 entscheiden, weil diese Entscheidung in geringerem Ausmaß mit großen, kurz- und langfristigen,
201 Einkommensrisiken verbunden wäre.

202
203 Wer, gleich ob als Mann oder Frau, sich dann immer noch gegen Kinder entscheidet, hat dennoch das
204 Recht dazu und darf in keiner Weise bestraft werden. Gewinnt er oder sie dadurch hohe
205 Einkommenszuwächse, hat ein gerechtes Steuersystem dafür zu sorgen, dass aus diesem Grund mehr
206 Steuern gezahlt werden.

207 Wer gegen „Gebärstreiks“ wettet, ohne als Voraussetzung zur Problemlösung die Erfüllung der oben
208 genannten Punkte zu fordern, argumentiert reaktionär (Dabei ist es gleichgültig, ob entsprechende
209 Forderungen aus CDU/CSU oder dem konservativen Teil der SPD kommen).

210
211 **Die gesellschaftlichen Grundkonflikte verlaufen weiterhin zwischen Arm und Reich und zwischen Kapital**
212 **und Arbeit. Sie verlaufen nicht zwischen den Generationen und auch nicht zwischen Kinderlosen und**
213 **Kinderreichen. Wer letzteres behauptet, lenkt ab und weicht (Um-)Verteilungsfragen aus!**

214
215 Im Gegensatz zu den unsäglichen Debatten anderer VertreterInnen der jungen Generation setzen wir
216 Jusos uns dafür ein, die älter werdende Gesellschaft neu zu bewerten und diese als Chance zu begreifen.
217 Individuell gesehen, stellt die höhere Lebenserwartung etwas äußerst Positives dar. Fern von Kriegen
218 und Seuchen ermöglicht diese uns, das Leben länger zu genießen und mehr Zeit zu besitzen, an
219 unserem Gemeinwesen aktiv teilzuhaben.

220 Auch gesamtgesellschaftlich gibt es viele positive Effekte. RenterInnen sind heutzutage mobiler und fitter
221 als jemals zuvor. Aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in der Arbeitswelt besitzen sie Erfahrungen und
222 Fähigkeiten, die sie immer noch zugunsten der Gesellschaft und somit auch zum Wohl für kommende
223 Generationen zur Verfügung stellen können. An vielen Stellen übernehmen VertreterInnen der älteren
224 Generation bereits Verantwortung. Doch wir müssen unser Gemeinwesen zunehmend so gestalten, dass
225 wir diese Fähigkeiten stärker in unsere Lebenswelt aktiv integrieren und auch vermehrt auf die
226 spezifischen Bedürfnisse der älteren MitbürgerInnen eingehen.

227
228 Doch im Gegensatz zu generellen Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen und Erhöhung des
229 Renteneintrittalters sollten individuelle Lösungen gefunden werden. Nicht jeder/m RenterIn ist zuzumuten
230 ihrem/seinen Beruf über die derzeitigen Grenzen auszuüben. Unterschiede bestehen in der Art der
231 Arbeitsplätze: Während Führungskräfte und Angestellte oftmals mit einem längeren Arbeiten weniger
232 Probleme haben, sind Verlängerungen der Lebensarbeitszeit für Körper intensive Berufe schlichtweg
233 undenkbar.

234 Die Angebote, die wir an die ältere Generation machen, müssen die jeweiligen Neigungen und
235 Möglichkeiten unterstützen und dürfen keine Zwangsmaßnahmen, wie die Erhöhung des
236 Renteneintrittsalters, darstellen. Nur ein freies und offenes Zusammenarbeiten der jüngeren und älteren
237 Generation ohne egoistische Neiddebatten wird dem Demographischen Wandel in Zukunft das
238 Schreckensgesicht nehmen.

239

240 **Dennoch: Veränderungen sind greifbar - wenn auch nicht genau**

241 **Und solidarische Lösungen gibt es auch**

242

243 → Um eine gerechte Teilhabe der ArbeitnehmerInnen am Produktivitätszuwachs sicherzustellen, auch im
244 Sinne der Steigerung der Binnennachfrage und der Sicherheit und Leistungsfähigkeit unseres staatlichen
245 Rentensystems, sind entsprechende *Lohn- und Gehaltsanpassungen* geboten. Wir unterstützen die
246 Gewerkschaften bei entsprechenden Forderungen. Die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre, die Aufgabe
247 der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und die stärkere Bereitschaft zu arbeitszeitlichen
248 Kompromissen, vielfach auf Druck der Unternehmen, der Medien und der Gesellschaft, hat nicht zu mehr
249 Beschäftigung geführt und zudem die Einnahmeprobleme der Sozialversicherungen verschärft.

250 Die Privatisierung der Rente ist in diesem Zusammenhang nur ein weiterer Schritt, Lebensrisiken zu
251 individualisieren, Sie verschlechtert zudem auf der einen Seite durch das Aufbrechen der Parität die
252 Einkommenssituation der ArbeitnehmerInnen und trägt zur Erosion des staatlichen Rentensystems bei.
253 Damit ist die private Rentenversicherung gewissermaßen eine sich selbst bestätigende Prophezeiung:
254 Die Renten sind nicht mehr sicher und können auch zukünftig nicht mehr diese Sicherheit bieten. Wir
255 lehnen eine entsolidarisierte private Altersversicherung ab und setzen und für gemeinsame, staatliche
256 Lösungen ein.

257

258 *Grenze verläuft nicht zwischen Generationen, sondern zwischen Arm und Reich.*

259 Den demographischen Wandel gerecht zu gestalten, sehen wir als Aufgabe des Staates an. Dazu sind
260 Investitionen in Bildung und Forschung, in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und der medizinischen
261 Versorgung nötig. Dazu werden größere Finanzvolumen benötigt.

262 Wir halten am progressiven Einkommensteuermodell als dem gerechtesten Steuermodell fest. Die
263 Steuersenkungen der letzten Jahre haben nicht zu den erwünschten Ergebnissen einer stärkeren
264 Binnennachfrage geführt und haben die Wohlhabenden unserer Gesellschaft überproportional entlastet.
265 Ein höherer Spitzensteuersatz, der später einsetzt, führt zu höheren Einnahmen und belastet die unteren
266 Einkommen nicht zusätzlich. Zudem kann eine Balkensteuer, wie sie das SPD-Wahlmanifest vorsieht,
267 zusätzlich zu mehr Einnahmen führen, die finanziell Leistungsstarken mehr in Verantwortung nehmen,
268 ohne, dass die unteren Einkommensgruppen zusätzlich belastet werden. Außerdem stehen wir Jusos für
269 eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, die zusätzlich zu Umverteilung und mehr Einnahmen führen
270 würde und so Investitionen, die allen zu Gute kommen, finanzierbar macht.

271 Viele Ideen für ein *solidarisches Miteinander* hat die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz in ihrem
272 BürgerInnengutachten „Demographischer Wandel, Miteinander der Generationen“ geliefert. Hiermit
273 wollen wir uns als Jusos auseinandersetzen und unsere Ansprüche an eine solidarische Gesellschaft
274 formulieren.

Protokoll der Lako der Jusos Rheinland-Pfalz, 5.-6. November 2005, Bürgerhaus Mainz-Finthen

275 Kommunale Politik und auch die Landespolitik können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Dazu zählen
276 beispielsweise gemeinsame Wohnprojekte, Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere der Schulen,
277 Kinder- und SeniorInnenbetreuung, der gesundheitlichen Versorgung und Pflege.

278
279 Wir haben in unserem Verband bereits generationenübergreifend gearbeitet, indem wir den regelmäßigen
280 Dialog mit der AG 60lus gepflegt haben. Dies wollen wir auch in Zukunft weiterhin tun.

281
282 Wir sehen diesen Antrag - neben den wichtigen Forderungen, die wir als Verband in der Partei und nach
283 außen vertreten - auch als Auftakt zu einer Diskussion über den demographischen Wandel, als einen
284 Beitrag, mit den Schreckensszenarien aufzuräumen, um in Zukunft eine ernsthafte Debatte in unserem
285 Verband ohne Zukunftsängste führen zu können.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

AntragstellerIn: Juso Regionalverband Rheinland
Zur Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgemeinschaft 60+,
Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen

Die Juso- Landeskonferenz möge beschließen:

*Sozialpolitische Leitlinien der Jusos Rheinland - Fortschritt sozial und gerecht
gestalten*

Die Jusos Rheinland haben sich im Rahmen des „Sozialpolitischen Forums“ mit verschiedenen Facetten der Sozialpolitik beschäftigt. Aus den daraus resultierenden Diskussionen leiten sie die folgenden Forderungen und Thesen an eine fortschrittliche Sozialpolitik ab:

Ausbildungspakt und Kündigungsschutz

Der „Ausbildungspakt“ ist gescheitert! Zwar wurden 60.000 Ausbildungsplätze brutto neu geschaffen, dennoch darf nicht vergessen werden, dass die ArbeitgeberInnen dafür an anderen Stellen Ausbildungsplätze gestrichen haben. Dies reicht absolut nicht aus, um den Bedarf an Ausbildungsplätzen zu befriedigen und schon gar nicht die vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Anzahl an „auswahlfähigen Ausbildungsplätzen“ - einem Überhang der angebotenen Ausbildungsplätze von 12,5 Prozent gegenüber den Ausbildungsplatzsuchenden - zu erreichen. In Rheinland-Pfalz gab es im September 2004 27.158 Ausbildungsplätze und 35.233 BewerberInnen. Es hätte ein auswahlfähiges Angebot geben müssen von mindestens 39.637 Ausbildungsplätzen. Somit haben wir in Rheinland-Pfalz 12.479 Ausbildungsplätze zu wenig. Hinzu kommen über 18.000 Jugendliche, die sich in einer sogenannten „Warteschleife“ (Berufsvorbereitung, Berufsfachschule, Berufsgrundschuljahr) befinden. Deshalb fordern wir erneut und mit Nachdruck die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen, die nicht ein Quorum an Ausbildungsplätzen bereitstellen. Die bestehende Ausnahmeregelung für kleine Unternehmen soll unberührt bleiben. Zudem sollen die ArbeitgeberInnen die Ausbildung auch wieder mehr unter dem Aspekt der Bildung begreifen. Sie sollen junge Menschen zur Ausübung von Tätigkeiten qualifizieren und können von diesen nicht erwarten, dass sie, von der Schule kommend, direkt im vollen Umfang die Arbeitstätigkeiten ausüben können. Die ArbeitgeberInnen müssen an diesem Punkt ihre Erwartungen zurückschrauben. Gleichzeitig fordern die ArbeitgeberInnen die Reduzierung der Berufsschulstudierenden. Das lehnen wir ab! Es kann nicht sein, dass einerseits die schlechte Allgemeinbildung bemängelt wird, dann aber auf der anderen Seite eben dies durch Kürzung der schulischen Ausbildung gefördert wird. Allgemeinbildung ist auch ein wichtiger Bestandteil beruflicher Ausbildung!

In Deutschland soll ein Mindestlohngesetz eingeführt werden, welches folgende Regelungen enthalten soll:

Gültigkeit für alle auf im Rechtsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgeführten Arbeiten

Es soll keine Ausnahmeregelungen für bestimmte Gruppen, z.B. Jugendliche, geben.

2. Angenommenen Anträge

42 Fixierung eines gesetzlichen absoluten Stundenmindestlohns, welcher Gültigkeit für alle geleisteten
43 Arbeiten haben soll.

44 Der absolute Stundenmindestlohn muss so hoch sein, dass damit ein Vollzeitarbeiter und ein Kind ohne
45 zusätzliche staatliche Hilfe leben kann.

46 Der Stundenmindestlohn soll jedes Jahr in Höhe der Inflationsrate und Einkommensentwicklung erhöht
47 werden.

48 Daneben soll ein branchenspezifischer und regionsspezifischer Mindestlohn eingeführt werden, welcher
49 für alle branchenspezifischen Arbeiten Gültigkeit haben soll.

50 Dieser branchenspezifische Mindestlohn soll von den Tarifpartnern ausgehandelt werden.

51 Der branchenspezifische Mindestlohn soll auch Arbeits- und Urlaubszeiten umfassen können, sowie
52 Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld und andere tarifrechtliche Regelungen.

53 Der branchenspezifische Mindestlohn soll gesetzlich garantiert werden und daher auch für
54 Arbeitsverhältnisse gelten, welche sich tariflichen Vereinbarungen nicht unterworfen haben.

55 Die Bestimmungen dieses Gesetzes werden Bestandteil jedes deutschen Arbeitsvertrags.

56

57 **Die Bürgerversicherung als Garant für ein solidarisches und stabiles Gesundheitssystem einführen!**

58

59 Wir wollen die Bürgerversicherung²². Die Zwei-Klassengesellschaft innerhalb des Gesundheitssystems
60 muss abgeschafft werden! Das ausgearbeitete Konzept von Andrea Nahles im Auftrag der Bundespartei
61 entspricht den Grundvorstellungen der Jusos, ist uns aber nicht weitgehend genug.

62

63 Im Einzelnen:

64 **Beitragsbemessungsgrenze:** Die Einnahmeseite weiter sozial gerecht stärken. Ein zentrales Anliegen
65 sozialdemokratischer Gesundheitspolitik muss das eines sozial gerechten Umganges mit dem Instrument
66 der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) sein. Die derzeit festgelegte Höhe von 3.525 € spiegelt in keinsten
67 Weise die Einkommenssituation vieler GutverdienerInnen in der Bundesrepublik wider. Deren
68 Einkommen übersteigen die Beitragsbemessungsgrenze oft um ein Vielfaches. Die BBG stellt aber eine
69 Deckelung des zu zahlenden Krankenkassenbeitrages dar, was einer Politik widerspricht, die das
70 Solidarprinzip als Handlungsauftrag verfolgt. Daher fordern wir die Abschaffung der
71 Beitragsbemessungsgrenze. Gerade die Aufhebung des Zweiklassen-Gesundheitssystems eröffnet die
72 Möglichkeit einer solchen Maßnahme, ohne weitere „Fluchtbewegungen“ der EmpfängerInnen höherer
73 Einkommen aus ihrer Solidarpflicht zu verursachen.

74

75 **Mieteinnahmen:** Eine der wichtigsten Einkommensarten, die in der zweiten Säule der Bürgerversicherung
76 zur Verbeitragung herangezogen werden sollte, ist die aus Vermietung. Laut Vorschlägen des
77 Parteivorstandes soll diese Einkommensart aber ausgenommen bleiben. Durch die derzeitige
78 Abschreibungspraxis ist es möglich, Einkommen aus Vermietung laut Bundesministerium für Finanzen so
79 zurückzurechnen, dass keine Verbeitragung durch die Bürgerversicherung stattfinden würde. Demnach,
80 so die Argumentation, sei es effizienter, ganz auf die Verbeitragung von Einkommen aus Vermietung zu
81 verzichten. Wir Jusos fordern, sobald positive Einnahmen aus Vermietung in der Steuererklärung

²² Alle Informationen zur Bürgerversicherung findet Ihr im Anhang des Antragspaketes

82 aufgeführt sind und diese den Sparerfreibetrag übersteigen, diese auch zu verbeitragen. Darüber hinaus
83 halten wir es für notwendig, die heutige Abschreibungspraxis dahingehend zu überprüfen, dass mehr
84 Steuergerechtigkeit hergestellt wird.

85
86 **Reform der Pflegeversicherung - Zukunftsfähigkeit des Systems durch Einführung der**
87 **Bürgerversicherung sichern**

88
89 Die Pflegeversicherung muss von ihrer starren Struktur befreit und so flexibel gestaltet werden, dass den
90 aktuellen Gegebenheiten und Änderungen der Anforderungen an professionelle und menschliche Pflege
91 Rechnung getragen werden kann.

92
93 Ein strukturell zu lösendes Problem ist das der fragilen Finanzierungsstruktur. Hierzu gehört
94 insbesondere die an den Lohn gekoppelte Abgabe in Höhe von 1,7 % des Bruttolohnes. Gerade die
95 heutige Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit bringt ein solches System ins Wanken. Deshalb muss ein dem
96 Prinzip der Bürgerversicherung entsprechendes Finanzierungssystem etabliert oder die Pflege- in die
97 Bürgerversicherung eingebunden werden. Jede/r soll, gemessen an ihrer/seiner wirtschaftlichen
98 Leistungsfähigkeit, einen Versicherungsbeitrag leisten.

99
100 Das Prinzip der bisherigen Begutachtung von Pflegefällen durch den Medizinischen Dienst der
101 Krankenversicherung (MDK) basiert auf dem Grundsatz der Pflegebedürftigkeit aus Gründen körperlichen
102 Gebrechens bzw. derartigen körperlichen Einschränkungen, sodass die Eigenpflege nicht ausreichend
103 gewährleistet wird und Fremdhilfe erforderlich ist. Der Aspekt, dass eine Person jedoch aus rein
104 (geronto²³-) psychiatrischen Gründen nicht in der Lage ist, sich in geeignetem pflegerischen Zustand zu
105 halten, wird völlig außer Acht gelassen. Dies muss geändert werden, ebenso müssen die pauschalierten
106 Pflegeleistungen angemessen erhöht werden, um auch der „Seelenpflege“ Raum in der Pflegearbeit zu
107 geben, da bislang nur Körper- und Behandlungspflege pauschal abgegolten wird. Nicht nur der Pflege
108 des Körpers eines Menschen sollte die Aufmerksamkeit gewidmet werden, sondern auch dem Menschen
109 als Seelenwesen. Die erhöhten Pflegepauschalen sollen ausreichend Zeit für den sozialen Umgang mit
110 den zu pflegenden Menschen schaffen und vor allem den in dieser Branche vorherrschenden Zeitdruck
111 vom Pflegepersonal nehmen.

112
113 Der Bereich der Pflege ist zweifelsohne einer der - im Verhältnis zu anderen Arbeitstätigkeiten - am
114 schlechtesten vergüteten Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Aus unserer Sicht kann es keine wichtigere
115 und wertvollere Arbeit geben als die am, mit und für den Menschen. Daher fordern wir eine vor allen den
116 körperlichen und seelischen, aber auch den bürokratischen Anforderungen angemessene tarifliche
117 Entlohnung. Durch entsprechende Regelungen im Heimgesetz soll dies als bindende Vorschrift
118 aufgenommen werden, die Heimaufsicht wird mit der Überwachung der Einhaltung tariflicher Löhne
119 beauftragt. Die dadurch höheren (Lohn-) Kosten können durch die - aufgrund der Flexibilisierung des
120 Systems - gesteigerten Pflegesätze angebotsseitig aufgefangen werden. Im Bereich der ambulanten

²³ Gerontologie = Die Gerontologie ist genau genommen die Wissenschaft, die sich mit den körperlichen, seelischen und sozialen Vorgängen des Alterns auseinandersetzt. (Quelle: http://www.medizininfo.de/geriatrie/alter/gerontologie_geriatrie.shtml)

121 Pflege soll ebenfalls die Heimaufsicht - unter Erweiterung ihrer Kompetenzen - mit der Überwachung der
122 Einhaltung tariflicher Löhne betraut werden.

123
124 Die Anpassung der Löhne der in der Pflege Tätigen wird zwangsläufig zu einer Harmonisierung der
125 Pflegesätze der Heime führen, in der ambulanten Pflege bestehen ohnehin gleiche Pflegesätze. Erhöhte
126 Pflegesätze bringen zudem Vorteile, da hierdurch der Anteil von eigenen Zuzahlungen zur Pflege gesenkt
127 werden kann. Gerade bei Sozialhilfeberechtigten können die Kommunen dadurch bei der Übernahme der
128 ungedeckten Heimkosten spürbar entlastet werden.

129
130 Bislang ist für die Einstufung der zu pflegenden Personen in entsprechende Pflegestufen der
131 Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) zuständig. Die Fachgremien des MDK setzen sich
132 aus den Krankenkassen zusammen, weswegen die Interessenlage dieses Dienstes eindeutig zuzuordnen
133 ist. Daher fordern wir die Auflösung der MDK's, da diese nicht unabhängig sind. Stattdessen soll die
134 Begutachtung künftig durch die Gesundheitsämter der Kommunen erfolgen, da diese als staatliche
135 Institutionen den Pflegekassen gegenüber nicht weisungsgebunden sind. Die Begutachtungsrichtlinien
136 sollen künftig vom Gemeinsamen Bundesausschuss, erweitert um Tätige aus dem Bereich der Pflege,
137 erarbeitet werden.

138
139 Das Problem der steigenden Bürokratie auch in der Pflege wird anerkannt. Jedoch halten wir es im Sinne
140 einer Qualitätssteigerung bzw. -sicherung für richtig und notwendig, durch diese adäquaten Maßnahmen
141 gewissenhaft und vor allem auch nachvollziehbar zu dokumentieren. Mit dieser Tätigkeit geht aber für
142 die/den damit Betrauten einher, dass diese/r für die höhere Verantwortung, die sie/er zu tragen hat, auch
143 entsprechend entlohnt wird.

144 Wir unterstützen die Forderung nach deutschlandweit einheitlichen Qualitätsstandards und
145 Personalbedarfschlüsseln in der Körper- und Seelenpflege. Auch wir stehen für die Grundsätze
146 „Prävention vor Heilbehandlung“, „Rehabilitation vor Pflege“ und „Ambulant vor Stationär“.

147

148 **„Jugendarbeit ist zu leisten“ (§ 11 KJHG) - Fortentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe**

149
150 Wir fordern die Erhaltung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in der Gesetzgebungskompetenz des
151 Bundes, da die Gefahr bestünde, dass bei einer Verlagerung auf die Landesebene aufgrund von
152 Geldmangel Druck auf die Kommunen ausgeübt wird, Mittel bei den Jugendämtern einzusparen oder
153 diese ganz abzuschaffen. Zudem muss verhindert werden, dass die Standards in der Kinder- und
154 Jugendhilfe von der Finanzstärke oder den regionalen Verhältnissen abhängen. Überdies soll auch die
155 Trennung von Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe weiterhin gewährleistet sein. Auch in Zeiten knapper
156 Kassen muss in die Jugend investiert werden, denn diese ist unsere Zukunft. Die Fachlichkeit und nicht
157 das fiskalische Denken muss im Vordergrund stehen!

158
159 Darüber hinaus muss das KJHG im Rahmen der gegebenen Rahmengesetzgebung ausgebaut werden,
160 um auf die veränderte Gesellschaft zu reagieren. Es bedarf beispielsweise des Ausbaus von
161 Programmen zur Integration von Migrantenkindern, da dieser Bereich in der Zukunft, schon aufgrund der
162 höheren Geburtenrate in dieser Klientel, immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Hinzu kommt die

163 aufgrund der demografischen Entwicklung benötigte Zuwanderung ausländischer Mitmenschen, die
164 wiederum Integrationsleistungen beiderseits erfordern. Darüber hinaus muss die Jugendhilfe immer mehr
165 auch in der so genannten Mittel- bzw. Oberschicht tätig werden, da auch hier vermehrt Probleme
166 festzustellen sind. Für betroffene Eltern und Familien müssen die Bereiche Beratung sowie
167 sozialpädagogische und erzieherische Unterstützung (z. B. Sozialpädagogische Familienhilfe) durch
168 zusätzliche qualifizierte Kräfte ausgebaut werden.

169
170 Eltern und Erziehungsberechtigte müssen wieder mehr in die Verantwortung genommen werden. In den
171 letzten Jahren war immer mehr der Trend zu verzeichnen, dass Kinder und Jugendliche vermehrt
172 Angebote wahrnehmen konnten, die nicht für ihr Alter geeignet sind. Beispielhaft sind hier zu nennen:
173 Besuch von Diskotheken weit länger als durch das Jugendschutzgesetz gestattet, Einnahme von Alkohol,
174 Nikotin und anderen Drogen, Erwerb von und Zugriff auf nicht altersgerechte Filme und Computerspiele
175 usw. Lockerungen an den jugendschutzrechtlichen Regelungen sind nicht akzeptabel, da Kinder und
176 Jugendliche durch Werbung einfacher beeinflussbar sind und der Zugang zu gefährdenden Medien etc.
177 immer leichter gemacht wird.

178
179 Das rheinland-pfälzische Konzept der Ganztagschulen ist hinsichtlich der Lösung der beschriebenen
180 Problematiken ein guter Ansatz. Dennoch ist eine Weiterentwicklung dieser Schulform unbedingt
181 erforderlich. Das ursprüngliche Konzept sah vor, dass an jeder Ganztagschule qualifizierte Sozialarbeit
182 geleistet wird. Diese kann nur durch ausgebildete SozialarbeiterInnen/-pädagogInnen geleistet werden
183 und nicht, wie es leider gängige Praxis ist, durch Eltern oder Vertrauenslehrer. Aufgrund der Freiheiten,
184 die jede Schule hat, und durch die Sparzwänge der heutigen Zeit wird darauf leider viel zu häufig
185 verzichtet. Deshalb fordern wir, an allen Schulen die Schulsozialarbeit zu professionalisieren, denn wir
186 sind der Überzeugung, dass die Ganztagschule der richtige Weg ist, um den heutigen Ansprüchen
187 gerecht zu werden.

188
189 Die Zweigliedrigkeit der Jugendhilfe - Amt bzw. Verwaltung einerseits und Jugendhilfeausschuss
190 andererseits - hat sich bewährt und muss in dieser Form erhalten bleiben. Jedoch wird der
191 Jugendhilfeausschuss viel zu oft nicht mit kompetenten Mitgliedern besetzt, sondern dient häufig als
192 „Abstellgleis“ für Personen, die nicht in den Genuss kamen, einem „wichtigen“ Ausschuss anzugehören.
193 Daher fordern wir eine „Entpolitisierung“ des Ausschusses, indem die Rolle der in der Jugendarbeit
194 tätigen Personen zulasten der in den Gremien nach Mehrheitsverhältnissen vertretenen politischen
195 Parteien gestärkt wird.

196
197 Um die staatlichen Stellen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes besser zu entlasten und das
198 Hilfsangebot auszuweiten muss vermehrt die Kooperation mit freien Trägern eingegangen werden.
199 Außerdem sollen regionale Netzwerke aus Wirtschaft, Bildungsträgern und der Jugendarbeit gebildet
200 werden, um z. B. auch sozial benachteiligten Jugendlichen durch Vermittlung in Ausbildungsplätze
201 Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

202

203

204

205 **Die Rechte der Benachteiligten unserer Gesellschaft stärken**

206
207 Um die Rechte unserer behinderten Mitmenschen zu stärken, muss auch die gegenseitige Akzeptanz
208 zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen verbessert werden. Und diese Akzeptanz sollte so
209 früh wie möglich gefördert werden. Aus diesem Grund begrüßen die Jusos Rheinland die Initiativen, die
210 sich für ein Miteinander der behinderten und nichtbehinderten Kinder und Jugendlichen einsetzen.

211
212 Dies reicht aber nicht aus, da es nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein ist.

213
214 Deshalb fordern wir Jusos Rheinland, dies nun sowohl in das rheinland-pfälzische als auch das
215 bundesweite Ganztagschulkonzept einzuarbeiten. Nach unserer Ansicht ist es notwendig, durch
216 gemeinsame Veranstaltungen von Sonderschule und den Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien
217 das Miteinander zu fördern. Dies kann aber nur der erste Schritt sein.

218 Die Integration der behinderten Kinder und Jugendlichen muss behutsam vonstatten gehen. Behinderten
219 Kindern und Jugendlichen, die einen anderen Schulweg gehen wollen, muss dieser andere Schulweg
220 auch ermöglicht werden. Es darf dann nicht dazu kommen, dass ihre Behinderung ein Grund dafür ist,
221 dass sie an der von ihnen gewählten Schule nicht lernen dürfen.

222 In der Vergangenheit waren die behinderten Menschen in großen, abgelegenen Wohnanlagen
223 untergebracht. Zur Zeit werden neue Wege in der Unterbringung behinderter Menschen beschritten. Nun
224 werden kleinere Wohneinheiten eingerichtet, die nicht abgelegen sind, sondern den behinderten
225 Menschen den Anschluss ans öffentliche Leben ermöglichen. Damit wird auch die Akzeptanz der
226 behinderten Menschen auch gefördert. Diese Entwicklung muss noch mehr gestützt werden.

227
228 **Begründung :**
229 Erfolgt mündlich.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

AntragstellerIn: Juso Unterbezirk Kusel

Zur Weiterleitung an: Landesgruppe RLP im dt. Bundestag, SPD Landesvorstand, Juso Bundesvorstand

Die Landeskonzferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Qualität der beruflichen Ausbildung in Gefahr!

Der Druck auf Politik und Wirtschaft quantitativ ausreichend Ausbildungsplätze für Jugendliche bereit zu stellen wird immer größer. Die Bundesregierung hat hierzu den Ausbildungspakt mit der deutschen Wirtschaft geschlossen. Dieser versagt nun auf ganzer Linie. Das Konzept der Jusos, das einer Ausbildungsplatzumlage, wurde in letzter Minute wieder in die Schublade befördert.

Ausbildungspakt in mehrerer Hinsicht destruktiv.

Nicht nur hat der Ausbildungspakt bei seiner primären Aufgabe, der quantitativen Bereitstellung von genügend beruflicher Ausbildung versagt. Schlimmer noch. Jugendliche werden durch die Vermittlung in Langzeitpraktika in mehr oder weniger sinnlose Warteschleifen gedrängt, anstatt sie in bezahlte Berufsausbildung zu bringen und für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Einzig allein um junge Ausbildungswillige aus der Statistik der Ausbildungssuchenden zu nehmen.

Vielmehr hat der Ausbildungspakt zu dramatischen Verschlechterungen bei der Qualität der beruflichen Ausbildung geführt. Die Bundesregierung hat sich kopflos auf die quantitative Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gestürzt, ohne die Qualität der Ausbildung im Blick zu haben. Die Bundesregierung hat unter dem Druck der Öffentlichkeit die Ansprüche an Ausbildungsbetriebe dramatisch zurückgefahren. Für zwei Jahre wurde zum Beispiel auf die Nachweispflicht von pädagogischen Befähigungen in Betrieben ganz verzichtet. Dies hat nun schwerwiegende Folgen.

Wir Jusos fordern die politischen Akteure auf, ihrer Pflicht nachzukommen und für ausreichend²⁴ qualitative Ausbildungsplätze zu sorgen. Die Wirtschaft muss hierzu endlich ihre Verantwortung seitens der Jugendlichen, seitens der Gesellschaft wahrnehmen.

Viele Jugendliche werden in Unternehmen ausgebildet, deren Befähigung zur Ausbildung höchst fragwürdig ist.²⁵ Die Kontrolle der Ausbildungsbetriebe durch die Industrie- und Handelskammern ist zudem völlig unzureichend. Hier kontrollieren sich die Unternehmen quasi selbst. Das führt dazu, dass viele qualifizierte Jugendliche in Ausbildungen kommen, die diesen Namen eigentlich nicht verdienen. Sie werden als billige Hilfskräfte für diverse, ausbildungsfremde Tätigkeiten benutzt. Diese Jugendliche

²⁴ Ausreichend wir im Sinne der BVerGEnt verstanden, wonach mehr Ausbildungsplätze als benötigte Ausbildungsverhältnisse von der Wirtschaft bereitgehalten werden müssen.

²⁵ Thema der Sendung „Monitor“ vom 01.09.05

39 haben fast keine Möglichkeit aus diesen Ausbildungsverhältnissen herauszukommen. Kündigen sie das
40 Ausbildungsverhältnis stehen sie wieder vor dem riesigen Problem eine neue Ausbildungsstelle zu
41 finden²⁶.

42

43 **Berufsausbildung der bloßen Beschäftigung willens ist kontraproduktiv**

44

45 Volkswirtschaftlich gesehen sind solche Ausbildungsverhältnisse, in denen Jugendliche mehr
46 „beschäftigt“ als ausgebildet werden, langfristig nur kontraproduktiv. Unsere heutige Gesellschaft benötigt
47 hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

48 In unserer Gesellschaft stehen immer weniger Arbeitsplätze für einfache Hilfstätigkeiten zur Verfügung.
49 Diese werden in unserer Ökonomie nicht mehr in solchen Ausmaßen wie noch vor fünfzig Jahren
50 nachgefragt und die Nachfrage wird in Zukunft sicherlich nicht sprunghaft ansteigen. Wenn wir
51 Jugendliche, die eine dieser unzureichenden Ausbildungsverhältnisse absolviert haben, in diese
52 Tätigkeiten drängen, bleiben nur die auf der Strecke, die auf diese Arbeitsplätze ökonomisch angewiesen
53 sind.

54 Hier nicht erwähnt aber unbesprochen, dass es diverse Gründe für Arbeitslosigkeit gibt, deren
55 Verantwortbarkeit allzu oft bei den Unternehmen selbst liegt, sind die Gefahren unübersehbar, dass mit
56 solchen ungenügenden Ausbildungsverhältnissen heute schon Grundsteine für die Arbeitslosigkeit von
57 morgen geschaffen wird. Auf dem partiell kompetitivem Arbeitsmarkt bedeutet es für die BewerberInnen
58 mit der qualitativ minderwertigen Berufsausbildung schlicht schlechtere Aussichten auf eine Anstellung zu
59 haben. Wer hiervor die Augen verschließt, betrügt die heutige, hoch motivierte, junge Generation um ihre
60 Zukunft. Die ist nämlich entgegen der vielfachen öffentlichen Darstellung der ArbeitgebervertreterInnen
61 sehr wohl „ausbildungswillig“, was schon allein die oftmals großen Mengen an Bewerbungen zeigen, die
62 die einzelnen BewerberInnen versenden.

63 Nicht nur das, die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft, das Wachstum von morgen ist in Gefahr. Damit
64 besteht die Gefahr, dass die Finanzierung des Staatswesens in Zukunft auf tönernen Füßen steht.

65

66 Alle politischen Kräfte Reden davon: Bildung sei der Schlüssel für zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg. Nur
67 drohen die politischen Akteure gerade bei der beruflichen Bildung auf ganzer Linie zu versagen. Gerade
68 das Thema Bildung wird in der politischen Auseinandersetzung oft überstrapaziert. Im Sinne einer reinen,
69 neoliberalen Startchancengleichheit, will man alle an eine Startlinie stellen. Die individuellen Schicksale
70 sind dann nicht mehr von Interesse. Nun ist es anscheinend nicht einmal möglich alle Jugendlichen an
71 diese viel beschworene Startlinie zu bringen.

72 Wir Jusos haben eine ganz und gar andere Vorstellung von gesellschaftlichen Verhältnissen und halten
73 diesem Zeitgeist den Begriff Chancengerechtigkeit entgegen.

74 Sicherlich war es aus beschäftigungspolitischer Sicht notwendig den Meisterzwang zur Gründung eines
75 Unternehmens in vielen Branchen abzuschaffen. Nur muss sich die Politik schleunigst Gedanken darüber
76 machen, wie die Lehrbefähigung in solchen Berufen alternativ geprüft werden kann und somit die Qualität
77 der betrieblichen Ausbildung gewährt bleibt. Wir Jusos schlagen hier eine Kooperation mit den

²⁶ Allein in RLP betrug die Ausbildungslücke im August 2005 27.593 Jugendliche, die immer noch einen Ausbildungsplatz suchten.
Quelle: DGB-West

78 Berufsschulen vor, die verstärkt in die Ausbildungsbetriebe Einblick erhalten sollen und auch als
79 pädagogisch geschulte AnsprechpartnerInnen für die AusbilderInnen zur Verfügung stehen sollen.

80

81 **Individueller Wert einer Berufsausbildung**

82

83 Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass eine Berufsausbildung nicht bloß qua ihrer
84 ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt werden darf. Nutzen wird nicht nur in monetär messbaren Größen
85 ermittelt. Eine Ausbildung bedeutet auch immer persönliche Perspektiven für die / den Einzelne/n
86 aufzuzeigen und zur individuellen Persönlichkeitsbildung, altmodisch also Lebenserfahrungen sammeln,
87 beizutragen. Dies ist aber auch nur in einem qualitativ vollwertigen Ausbildungsverhältnis zu erreichen.
88 Eine, euphemistisch ausgedrückt, Beschäftigungsmaßnahme ist hierzu nicht geeignet.

89

90 **Verschulung der Berufsausbildung stoppen**

91

92 Eine weitere Entwicklung bei der Berufsausbildung, die wir schon seit längerem beobachten müssen,
93 erfüllt uns Jusos mit immer größerer Sorge. Die Wirtschaft kommt ihrer Verpflichtung, sich ihre
94 zukünftigen Arbeitskräfte selbst auszubilden, immer weniger nach. Das Duale Ausbildungssystem, ein
95 Grundpfeiler der Berufsausbildung in der Bundesrepublik, wird immer mehr untergraben. Betriebliche
96 Ausbildungsverhältnisse nehmen immer mehr ab. Die Verschulung der Berufsausbildung nimmt dagegen
97 immer größere Ausmaße an, damit auch die finanzielle Verantwortung des Staates. Wir Jusos halten
98 auch in Zukunft an der betrieblichen Berufsausbildung fest und fordern die Wirtschaft entsprechend in ihre
99 gesellschaftliche Pflicht zu nehmen. Bei keiner anderen Ausbildungsform kann so viel wertvolle
100 praktische Berufserfahrung vermittelt werden, was die Qualität dieser Form der Berufsausbildung
101 entscheidend prägt.

102

103 **Gerechter Lohn für gerechte Arbeit - gerade auch für Azubis**

104

105 Geradezu heuchlerisch kommen da die Forderungen der ArbeitgebervertreterInnen daher, die
106 Ausbildungsvergütungen auf ein, für jede Branche einheitliches, niedriges Niveau festzulegen. Sprich die
107 Entlohnung für Azubis zu kürzen. Damit hätten die ArbeitgeberInnen noch günstigere Hilfskräfte zur
108 Verfügung. Vielmehr muss bei der Entlohnung der Auszubildenden dann auch auf den Wert geachtet
109 werden, den ein Ausbildungsverhältnis für ein Unternehmen mit sich bringt. Hier wird von den
110 ArbeitgeberfunktionärInnen, die so viel beschworene betriebswirtschaftliche Komponente nur allzu gern
111 unter den Teppich gekehrt, wenn man eine einheitliche Entlohnung aller Ausbildungsverhältnisse fordert.
112 In die selbe Richtung gehen die schwarzmalerischen Äußerungen von ArbeitgeberInnenfunktionären zu
113 der angeblichen fehlenden Ausbildungsreife von jugendlichen SchulabgängerInnen. Hier will man es sich
114 besonders einfach machen mit der Rechtfertigung warum man zehntausende Jugendliche alljährlich auf
115 der Straße sitzen lässt. So nicht; denn die Unternehmen und Berufsschulen haben maßgebliche
116 Mitverantwortung bei der weiteren schulischen Ausbildung der Jugendlichen. Es wird nur allzu gern
117 vergessen, dass die allermeisten Azubis, zu Beginn ihrer Ausbildung noch schulpflichtig sind. Es ist nur
118 zu leicht, den Schwarzen Peter denjenigen Zuzuschieben, die keine mächtige Lobby hinter sich haben,
119 um so seine Hände in Unschuld zu waschen. **Nicht mit uns Jusos.**

120
121 **Ausbildungsumlage schafft auch hier konkrete Abhilfe**
122
123 Wie groß der Einfluss von Lobbygruppen auf die Politik geworden ist, lässt sich an diesen schädlichen
124 Unternehmungen, wie dem freiwilligen Ausbildungspakt festmachen. Sinnvolle Alternativen zum Pakt
125 liegen schon längst vor. Die Umlage ermöglicht es gerade kleinen Betrieben wieder verstärkt
126 auszubilden. Große Unternehmen kommen ihrer Pflicht, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl und
127 Qualität bereitzustellen schon längst nicht mehr nach. Einzig allein mittelständige Firmen scheinen sich
128 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung noch bewusst zu sein. Diese, der allergrößte Teil der in
129 Deutschland ansässigen Unternehmen, würden von der Ausbildungsumlage nur profitieren, da sie
130 finanzielle Anreize, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, schaffen würde.
131
132 **Eine weitergehende Begründung des Antrages erfolgt mündlich.**

1
2 AntragstellerIn: Juso Kreisverband Mayen-Koblenz
3 Zur Weiterleitung an: Landesregierung, Ministerium für Arbeit und Soziales, SPD Landtagsfraktion, SPD
4 Landesvorstand, Juso-Landesvorstand RLP
5

6 *Mehr Qualität bei der Vergabe von Berufsvorbereitungsmaßnahmen durch die Agentur*
7 *für Arbeit*

8
9 Die Adressaten werden aufgefordert, sich für mehr Qualität bei der Vergabe von
10 Berufsvorbereitungsmaßnahmen durch die Agentur für Arbeit einsetzen und auf Gesetzesänderungen in
11 diesem Bereich hinzuwirken.

12
13 **Begründung:**

14
15 Durch einen Besuch des Jugendhilfezentrums Bernardshof in Mayen im August 2005, im Rahmen der
16 Kampagne „Wer nicht fragt, bleibt dumm!“, wurden die Jusos auf die Missstände im Bereich der Vergabe
17 von Berufsvorbereitungsmaßnahmen aufmerksam. Der Bernardshof ist ein stationäres Heim für
18 Jugendliche; z.T. erfolgt die Betreuung in teilstationären Tagesgruppen. Darüber hinaus werden
19 ambulante Hilfen angeboten. Der Bernardshof eine eigene Förderschule hat, die Unesco-Projekt-Schule.
20 Leider mussten im Bereich der Berufsvorbereitung musste die Jugendhilfeeinrichtung in der
21 Vergangenheit mehre Kürzungen im Bereich Berufsvorbereitung durch die Agentur für Arbeit
22 hingenommen werden.

23 Dabei ist es besonders für entwicklungsverzögerte oder verhaltensauffällige Jugendliche einer
24 Jugendhilfeeinrichtung notwendig, dass für sie Berufsvorbereitungsmaßnahmen nach Absolvierung der
25 Schule angeboten werden, sofern sie keinen Ausbildungsplatz finden.

26 Nachdem nun nicht mehr die örtliche Agentur für Arbeit diese Berufsvorbereitungsmaß-nahmen
27 vergeben, findet eine zentrale Vergabe über die Agentur für Arbeit in Frankfurt statt. Die
28 Vergabeentscheidung wird hier lediglich auf Aktenlage gefällt, ohne dass sich vor Ort ein genauer
29 Eindruck über den Anbieter gemacht wird.

30 Berufsvorbereitungszentren, die alle Jugendlichen betreuen, sind preiswerter als die Konkurrenten aus
31 dem Jugendhilfebereich und erhalten Zuschlag.

32 Dies ist besonders für Jugendliche aus einer Jugendhilfemaßnahme problematisch, da keine
33 Ausschreibung für eine „maßgeschneiderte“ Maßnahme stattfindet. Die Jugendlichen müssen
34 Berufsvorbereitungsmaßnahmen annehmen, in denen keine besondere Betreuung, wie sie sie in der
35 Vergangenheit bei Berufsvorbereitungs-maßnahmen der Jugendhilfe erfahren konnten, möglich ist. Es
36 besteht innerhalb dieser Maßnahmen kaum eine Möglichkeit gezielt diese Jugendlichen zu fördern.

37 Die Jugendlichen fallen in der Regel bereits nach wenigen Wochen aus der Maßnahme heraus. Grund
38 hierfür ist meistens ihre verhaltensbedingten Auffälligkeit und die damit verbundene individuelle
39 Ungeeignetheit für die Maßnahme. Es mangelt an einer individuellen Betreuung durch Pädagogen und
40 Handwerksmeister „mit einem besonders dicken Fell“, so dass die Jugendlichen nicht nur für die
41 Unterkunft, sondern für die gesamte Zeit in der Jugendhilfeeinrichtung sind und in den ehemalg für die

42 Berufsvorbereitung genutzten Werksstätten der Jugendhilfeeinrichtungen beschäftigt werden. Allerdings
43 besteht für die Jugendhilfeeinrichtung keine Möglichkeit die anfallenden Kosten mit der Agentur für Arbeit
44 abzurechnen. Eine Quersubventionierung der Jugendhilfeeinrichtung zugunsten der „Billig-
45 Berufsvorbereitungsmaßnahmen“ ist die Konsequenz.

46 Als zweites Argument ist anzuführen, dass bei der jetzigen Vergabepaxis die Wichtigkeit von
47 Qualitätsstandards völlig verkannt wird. Es muss eine vernünftige Abwägung, auch bei knappen
48 finanziellen Ressourcen, zwischen Preis und Qualität der angebotenen Berufsvorbereitungsmaßnahme
49 erfolgen. Denn gerade Jugendliche innerhalb von Jugendhilfemaßnahmen bedürfen einer gesonderten
50 Unterstützung.

51 Sie bringen die unterschiedlichsten problematischen Lebenshintergründe mit und sind mehr als jeder
52 andere Jugendliche gefordert, wenn sie Lebensabschnittsübergänge meistern müssen.

53 Nach Auskunft der Leiterin des Bernhardshofes, der Sozialarbeiterin Regina Freisberg, gilt es, die
54 Jugendlichen in dieser Station ihres Lebens besonders intensiv zu begleiten, so dass kein Weg an
55 speziellen Berufsvorbereitungsprogrammen vorbei führt .

56 Aber auch bei anderen Berufsbildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit besteht ein
57 existenzvernichtender Konkurrenzkampf, weil nur der billigste Anbieter den Zuschlag erhält; auf die
58 Qualität wird zu wenig Rücksicht genommen. So mussten einige Berufsbildungszentren betriebsbedingt
59 Mitarbeiter entlassen; manche sogar schließen.

60 Es ist zu befürchten, dass qualitativ hochwertigeren Anbieter „aussterben“ werden und so in wenigen
61 Jahren ein großer Qualitätsverlust eintreten wird.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

AntragstellerIn: Juso UB Mainz-Bingen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Gemeinschaftsschule einführen - Schulparlamente einrichten - mehr Schulautonomie!

Der Landesverband wird gebeten, sich für die Umsetzung folgender bildungspolitischer Forderungen auf Landesebene einzusetzen:

- Die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule, die ein gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse ermöglicht.
- Die Schaffung eines Schulparlaments als oberstes Entscheidungsgremium, das zu gleichen Teilen aus Schüler-, Lehrer- und Elternvertretung besteht.
- Die Entbürokratisierung und Dezentralisierung der Bildung und die Erweiterung der Entscheidungskompetenzen für Schulen

zu 1:

Die PISA-Studie hat eindeutig gezeigt, dass das deutsche, dreigliedrige Schulsystem zu wenig für zu wenige leistet. In keinem anderen Land sind sozialer Status und Schulabschluss so eng miteinander verknüpft. Gleichzeitig werden in Deutschland so früh wie in keinem anderen Land Kinder nach der 4. Klasse in verschiedene Schulformen aufgeteilt. Die PISA-Studie hat gleichzeitig aber auch gezeigt, dass Länder, die international besonders gut abgeschnitten haben, diese frühe Aufteilung nicht haben. Inhomogene Lerngruppen werden dort nicht als Hindernis, sondern als Chance verstanden. Von der erfolgreichen Wissensbildung abgesehen fördern Schulen, die sich nicht einfach als Ort des Lehrens und Lernens, sondern als Lebensraum verstehen, zudem das soziale Verhalten und bieten so Chancen, auf die zunehmend abnehmende Sozialisations- und Integrationsfunktion der Familien zu reagieren. Die geforderten Gemeinschaftsschulen sollen weitestgehend integrativ arbeiten und ein gemeinsames Lernen in binnendifferenziertem Unterricht bis zum Ende der Sekundarstufe I ermöglichen.

zu 2:

Die Demokratieerziehung ist ausdrückliches Ziel der Schule. Leider stehen die schulischen Strukturen eine solchen diametral entgegen. Demokratisches Verhalten können die Schüler nur erlangen, wenn sie eben solches auch in der Schule erleben. Die Schule muss sich als Gesellschaft im Kleinen verstehen und sich daher demokratischen Strukturen öffnen. Daher sollte das oberste Entscheidungsgremium der Schule sollte nicht die Gesamtkonferenz, sondern das aus Schülern, Lehrern und Eltern zusammengesetzte Schulparlament sein. Auch eine Evaluation des Schulpersonals durch die Schüler ist in diesem Zusammenhang wichtig.

42 zu 3:

43 Das Bildungssystem ist hochgradig bürokratisiert, viele Entscheidungen fallen fern ab der Schulen und
44 sind für diese oftmals nur schwer zu verstehen. Würden mehr Entscheidungen direkt vor Ort getroffen,
45 könnten die finanziellen und personellen Mittel sehr viel effektiver eingesetzt werden. Die Schulen
46 benötigen daher zunächst ein festes Budget und die Freiheit, dieses selbst zu verwalten. Bei
47 Personalfragen ist ein weitgehendes Mitspracherecht der Schulen notwendig. Auch bei den Lerninhalten
48 benötigen die Schulen sehr viel größere Freiheiten, um sich auf ihre Umgebung und ihre Schüler
49 einstellen und so ein eigenes Profil ausarbeiten zu können. Der derzeitige Trend zur Zentralisierung
50 zielt genau in die falsche Richtung; Erfahrungen belegen, dass zentrale Arbeiten nicht Qualität sichern,
51 sondern Individualität beschneiden und das Niveau senken.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

AntragsstellerIn: Juso Kreisverband Mayen-Koblenz
Zur Weiterleitung an: Landesregierung, Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, SPD-Landtagsfraktion, SPD Landesvorstand RLP, Juso Landesvorstand RLP

Die Landeskonzferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Senkung der Klassenmesszahl

Die Juso-Landeskonferenz fordert die rheinland-pfälzische Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend, Doris Ahnen, auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Klassenmesszahl bis 2011 auf 27 SchülerInnen pro Klasse und bis 2016 auf 24 SchülerInnen pro Klasse an allen Schulen in Rheinland-Pfalz gesenkt wird. Der Haushaltsansatz für die Schulen soll auch bei weniger Schülern gleich bleiben.

Die neuen Pisa-Ergebnisse zeigen, dass ein Grund für die Bildungsmisere an deutschen Schulen in den viel zu hohen Klassenmesszahlen liegt. Es ist nicht von ungefähr, warum Deutschland im europäischen Vergleich im Bereich Bildung immer weiter an Boden verliert.

Finnische SchülerInnen, die im europäischen Vergleich einen Spitzenplatz belegen, gehen in Klassen, mit der niedrigste Klassenmesszahl von 17 SchülerInnen pro Lehrer in der Sekundarstufe I.

Deutschland rangiert noch über dem OECD-Schnitt (24 Schüler pro Lehrer) mit 25 SchülerInnen pro Lehrer (vgl. OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“

Der Vergleich der Klassenmesszahl mit anderen Bundesländern zeigt zudem, dass Rheinland-Pfalz allenfalls im unteren Mittelfeld hinter Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegt.

Ferner fordert auch der Landeselternbeirat (LBE) in seiner Ausgabe 1/2003 der Zeitschrift „Elternarbeit in Rheinland-Pfalz“ insbesondere nach dem schlechten Abschneiden der deutschen Schulen bei PISA die Schülerinnen und Schüler in höherem Umfang individuell zu fördern und zu fordern. Dies ist umso eher möglich, je kleiner die Klassen sind.

Nach der heutigen Rechtslage sind sogar Ausnahmen von der festgelegten Klassenmesszahl von 30 SchülerInnen pro Klasse möglich, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit Gesamtkonferenz und Schulelternbeirat aus diversen Motivationen heraus die **Klassenmesszahl auf bis zu 33 SchülerInnen** für einen Zeitraum von bis zu **2 Schuljahren** festsetzen kann. Ein erster Schritt hin - in die richtige Richtung - zu einer generellen Absenkung der Klassenmesszahl ist Abschaffung dieser Ausnahme.

Die Einhaltung der Klassenmesszahl von 30 SchülerInnen pro Klasse führt zu Neueinstellungen von LehrerInnen und verbessert die Unterrichtsqualität.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) bewertet die Situation ähnlich: Er stellte in seiner Umfrage „Hauptschule & Co.“ aus dem Jahr 2000 fest, dass SchülerInnen der Sekundarstufe I neben einer frühzeitigen Personalzuweisung an die Schulen die Minderung der Klassengrößen als notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität nennen.

Mit einer Neuregelung können die Landesregierung und Bildungsministerin Doris Ahnen ein Zeichen für die Verbesserung des Unterrichts und für die Neueinstellung von LehrerInnen setzen.

Protokoll der Lako der Jusos Rheinland-Pfalz, 5.-6. November 2005, Bürgerhaus Mainz-Finthen

- 42 Die Jusos begrüßen ausdrücklich den Ausbau von Ganztagschulen. Jedoch sollte daneben die Senkung
43 der Klassenmesszahl in den nächsten Jahren Priorität haben.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

AntragstellerIn: Landeskommission Internationales

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

Zivilgesellschaft stärken, Demokratie gestalten.

Austausch der Jusos Rheinland-Pfalz

mit der Social Democratic Union of Youth St. Petersburg“

Der Landesverband der Jusos Rheinland-Pfalz führt einen Austausch mit der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Russischen Föderation durch. Hierzu werden Gelder in Höhe von 1500 € zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die zentrale Bedeutung zivilgesellschaftlicher Institutionen für lebendige und lebensfähige Demokratien ist unbestritten. Sie sind für die Beteiligung der Menschen an der politischen Gestaltung ihres Lebensumfelds unabdingbar. Ebenso für die basisdemokratische Kontrolle politischen Handelns. Umso wichtiger ist das Bestehen einer starken Zivilgesellschaft in neuen Demokratien und Transformations-Gesellschaften.

Die Russische Föderation ist einer der wichtigsten Nachbarstaaten der Europäischen Union. Gerade in diesem Staat aber mangelt es nicht nur an Zivilgesellschaft. Diese wird dort auch systematisch klein gehalten. Dieser Zustand stellt langfristig eine Quelle der Instabilität an den Grenzen der EU dar. Er ist auch eine Herausforderung der demokratischen und emanzipatorischen Grundwerte der Jusos. Ihm abzuwehren ist daher eine wichtige Aufgabe sozialdemokratischer und sozialistischer Politik.

Die Landeskommission Internationales hat sich in ihrer ersten Sitzung diesen Jahres intensiv mit dem politischen System und der Außenpolitik der Russischen Föderation auseinandergesetzt. Dabei wurden insbesondere die Probleme der Zivilgesellschaft in Russland diskutiert. Als praktisches Resultat der Diskussion wurde, wie im Antrag benannt, beschlossen, einen Austausch mit unserer Russischen Partnerorganisation in der IUSY, der Social Democratic Union of Youth (SDUY) durchzuführen.

Ziel der Begegnung soll es sein, einen ersten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Auf dieser Basis soll in der Folge über die Einrichtung und die Rahmenbedingungen einer dauerhaften politischen Partnerschaft entschieden werden. Diese kann sowohl dem Austausch politischer Techniken als auch der inhaltlichen Diskussion dienen. Im Mittelpunkt steht dabei zwei Ziele. Zunächst soll die Position unserer Partnerorganisation gegenüber ihrer, weitgehend inaktiven, Mutterpartei gestärkt werden. Mittelfristig soll damit die Sozialdemokratie insgesamt ein aktiveres Profil in der russischen Parteienlandschaft erhalten.

Protokoll der Lako der Jusos Rheinland-Pfalz, 5.-6. November 2005, Bürgerhaus Mainz-Finthen

39 Dass der Beitrag des Landesverbandes dabei zunächst nur als ein Tropfen auf den heißen Stein
40 erscheint liegt auf der Hand. Aber auch dieser höhlt bekanntlich den Stein, so er denn stetig ist.

41
42 Die Durchführung des ersten Austausches wird für den Oktober 2006 angestrebt. Bei einem früheren
43 Termin wurden wohl die dann notwendigen Koordinations- und Organisationsaufgaben mit dem wichtigen
44 Wahlkampf kollidieren.

45 Ein erster Kontakt mit der SDUY brachte positiver Ergebnisse. Sowohl der Vorsitzende, Alexey Karpov,
46 als auch der für internationale Beziehungen zuständige Sekretär, Eugene Korvalov zeigten deutliches
47 Interesse an einer Kooperation.

48
49 Der Finanzrahmen ergibt sich aus einer ersten Kosteneinschätzung, die Unterkunft, Anreise und Visa
50 beinhaltet. Die restlichen Kosten werden durch bereits beantragte Bundes-KJP Mittel und
51 TeilnehmerInnenbeiträge gedeckt werden.

52
53 Die Landeskommission sieht die Unterstützung unserer Partner in der Russischen Föderation als eine
54 wichtige Aufgabe internationaler Politik der Jusos an. Sie bittet deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

AntragstellerIn: Unterbezirk Kusel

Die Landekonferenz möge beschließen:

Hartz-Reformen wörtlich nehmen!

Mit dem Inkrafttreten von Hartz I und II am 1. Januar 2003 fiel der Startschuss, um jedem Arbeitsamt eine Personal Service Agentur (PSA) anzugliedern. Bei diesen sollen, so im Jargon der Regierung und vor allem vom Minister für Arbeit- und Sozialabbau, Wolfgang Clement, die Arbeitslosen „angestellt“ werden, um auf Basis von Leiharbeit in der freien Wirtschaft möglichst schnell eine Anstellung zu erhalten, nachdem diese von den entsprechenden Firmen ohne Risiko „ausprobiert“ werden konnten. **Oben genannter Minister bezeichnet dies treffend als Klebeeffekt: Wer nicht pappen bleibt, bleibt auf der Strecke...**

Wir Jusos fordern an dieser Stelle konsequent die Umsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes (**BetrVG**), damit die Organisation der bei den PSAen angestellten Personen und einhergehend, die Einführung von Betriebsräten (**BetrVG §9**). **Selbstverständlich gelten in den PSAen auch die Regelungen zur Freistellung von Betriebsratmitgliedern (BetrVG §38 Abs. 1).**

In diesem Zuge fordern wir weiter, eine der vielen wenn auch eine der geringfügigeren Gerechtigkeitslücken in den Hartz-Reformen **zu schließen**. Die Tatsache, dass EmpfängerInnen des ALG II ein „angemessenes“ Auto behalten dürfen, **Nicht-AutofahrerInnen** aber keine Mobilität gewährleistet wird, indem man das Job-Ticket zur Verfügung stellt. Diese kostengünstige, für den Verbund gültige Dauerfahrkarte **muss** man als **ArbeitgeberIn** anbieten, sobald 5 oder mehr MitarbeiterInnen dieses beantragen. Die Kosten sind von der PSA zu tragen.

Klar ist auch, dass in einem organisierten Unternehmen auch Kündigungsfristen greifen würden und somit die bei der PSA angestellten Personen auch bei der Aussicht auf gute Arbeit unnötig lange an die PSA gebunden wären. Doch hier wäre das Günstigkeitsprinzip anzuwenden, um den ArbeitnehmerInnen ein Ausscheiden aus der Anstellung bei der PSA nicht zu verbauen.

Bei künftigen Tarifverhandlungen zwischen den PSAen und der zuständigen Gewerkschaft (wir schlagen an dieser Stelle die IG-Metall vor, da der Chef Verhandlungspartner, der zuständige Minister, bei bisherigen Verhandlungsversuchen hart wie Kruppstahl geblieben ist) sind wir auch zuversichtlich, dass das bisherige Lohnniveau (345 € West/331 € Ost plus Pauschalen und mögliche Zuschläge) deutlich ansteigen wird.

Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen hierfür bereits heute gutes Gelingen!

Begründung:

In Mainz ist immer Karneval!

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Antragsstellerin: Landeskommission Frauen der Jusos Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

**Die Welt zu Gast in Deutschland – aber bitte nur freiwillig !
Kein Wegsehen bei Frauenhandel und Zwangsprostitution
zur WM 2006 in Deutschland !**

Der Landesverband der Jusos Rheinland-Pfalz freut sich mit den meisten Jugendlichen des Landes auf das internationale Großereignis „Fußballweltmeisterschaft“ zwischen dem 09. Juni und dem 09. Juli 2006 in Deutschland, in Rheinland-Pfalz insbesondere am Standort Kaiserslautern.

Gleichzeitig zeigen wir Jusos uns besorgt und betroffen von einer bisher nicht ausreichend beachteten negative Begleiterscheinung im Schatten eines solchen Großereignisses.

Wir teilen die Befürchtung des Deutschen Frauenrates, dass mit der Fußballweltmeisterschaft die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen steigt und zunehmend dann auch Frauen unfreiwillig angeboten werden. Momentan wird die Zahl der zusätzlich nach Deutschland reisenden Prostituierten auf 40.000 geschätzt. Viele von ihnen sind Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution.

Dieses bereits jetzt schon unabhängig von sportlichen Großereignissen in großem Ausmaß bestehende Phänomen – jährlich werden circa 700.000 Frauen, Kinder und Männer illegal zum Zwecke der Ausbeutung und Prostitution über internationale Grenzen geschleust- ist eine Schande ist für ein Land wie Deutschland, das sich gerade rund um die Weltmeisterschaft wieder seiner Weltoffenheit rühmt.

Dies empört und beschämt uns zutiefst.

Die zur Zwangsprostitution gezwungenen, versklavten ausländische Frauen werden meist mit tadellosen Papieren nach Deutschland geschleust, doch werden ihnen die Papiere hier abgenommen, meistens beginnen sie ihren Aufenthalt hochverschuldet gegenüber ihren SchleuserInnen resp. ZuhälterInnen.

37 Die Frauen wurden in wirtschaftlichen Notlagen mit falschen Versprechungen auf eine Beschäftigung im
38 reichen Westen nach Deutschland gelockt und geraten hier wegen fehlender Sprachkenntnisse,
39 fehlender sozialer Kontakte und wegen der üblichen Bedrohung gegen im Heimatland verbliebene
40 Familienangehörige in völlige Abhängigkeit. Jede sechste Frau wird mit offener Gewalt gekidnappt.²⁷
41 Nach vorsichtigen Schätzungen leben 500.000 Frauen derart ausgeliefert als Sklavinnen in Deutschland.
42 Sie wurden den HändlerInnen zu Preisen zwischen 500 und 2000€ verkauft.²⁸

43
44 Der Landesverband der Jusos Rheinland-Pfalz fordert den Landesparteitag der SPD auf sich uns in den
45 folgenden Forderungen anzuschließen:

46
47 Zur wirksamen Bekämpfung der massenhaften Versklavung von Frauen für den deutschen Markt ist
48 gleichzeitig von drei Seiten vorzugehen: Es muss sowohl 1.) bei der Nachfrage- als auch 2.) bei der
49 Anbieterseite angesetzt, außerdem muss 3.) den Opfern umfassend geholfen werden.

50
51

52 **1. Erst die Kunden schaffen den Markt**

53
54 Die Inanspruchnahme von sexuellen Dienstleistungen ist gesellschaftlich kein peinliches Randphänomen
55 mehr, sondern als eine Selbstverständlichkeit in fast allen Gesellschaftsmilieus anerkannt. Täglich
56 gehen in Deutschland mehr als eine Million Männer in Bordelle.²⁹

57
58 Die lukrativen Geschäfte Menschenhandel und Zwangsprostitution nehmen auch deswegen immer mehr
59 zu, weil es eine Nachfrage nach diesen sexuellen Dienstleistungen gibt. Solange in dieser Frage kein
60 Problembewusstsein geschaffen wird, solange es in unserer Gesellschaft verbreitet und totgeschwiegen
61 wird, hat es wenig Erfolg wenn man sich nur um die Opfer kümmert.

62 Die Jusos Rheinland-Pfalz stellen es sich zur Aufgabe, dieses Thema in die öffentliche Diskussion hinein
63 zu tragen. Ein erster Schritt von uns Jusos sei eine eMail-Kampagne zur Aufklärung anlässlich der WM
64 06.

65
66 Wir fordern von der Bundesregierung die Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten - so, wie dies
67 in Schweden schon Gesetz ist. Es ist unerträglich, dass der „Genuss“ der illegalen „Ware“ Frau straffrei
68 bleibt, während dagegen der z. T. gleichzeitige Genuss der illegalen Ware Rauschgift bestraft wird.

69
70 Die Freier können durchaus erkennen oder sich darum kümmern, ob die ihm angebotenen Frauen als
71 Sklavinnen gehalten werden. Deutliche Anzeichen sind z. B. ob die Frau sich mit ihm auf deutsch oder
72 englisch verständigen kann, um verhandeln zu können, was sie tun will und was nicht, ob sie sichtbare
73 Verletzungen hat, extrem erschöpft und abgemagert ist, ob sie minderjährig ist, ob sie sich frei
74 bewegen kann und wie sie von ihrem Zuhälter/ ihrer Zuhälterin in Gegenwart der Freier behandelt

²⁷ EMMA Nr. 5/ 2004, S. 54.

²⁸ EMMA Nr. 5/ 2004, S. 54.

²⁹ EMMA Nr. 5/ 2004, S. 70.

75 wird. Der Freier ist in der Lage, die Lage der Frauen zu beurteilen,, da er nah an sie herankommt. Es
76 ist daher teilweise sogar davon auszugehen, dass manche Freier von Zwangsprostituierten, die
77 Versklavung der Frau wollen und nicht nur naiv sind oder nur wegsehen. Damit sind sie auch Ausbeuter
78 und Täter.

79
80 Der Europarat erarbeitet derzeit ein europaweites Übereinkommen, das die Bestrafung von Freiern
81 empfiehlt. Die Jusos RLP begrüßen dies. Es kommt bei diesem Gesetz nicht in erster Linie auf die
82 konkrete Verurteilung von Freiern, sondern auf die symbolische Ächtung eines politisch und
83 gesellschaftlich verurteilten Verhaltens an.

84

85

86 **2. SklavInnenhandel = Verbrechen und Menschenrechtsverletzung**

87

88 Zwangsprostitution existierte schon immer und existiert auch weiterhin als Begleiterscheinung von
89 Kriegen.³⁰ Durch die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen dem reichen Westen und den
90 hoffnungslosen Zuständen in Teilen von Osteuropa, von Asien und Afrika wächst der „Wirtschaftszweig“
91 des Sklavinnenhandels mit dem Ziel der Zwangsprostitution auch in Regionen und Zeiten des -
92 oberflächlichen - Friedens.

93

94 Der Frauenhandel ist ein organisiertes Verbrechen, das bisher unzureichend verfolgt wird, auch weil die
95 gesetzlichen Grundlagen im Moment nicht adäquat gestaltet sind.

96 Das Delikt „Menschenhandel“ wurde auch auf andere Form von Sklavinnenhandel mit Arbeitszwang
97 ausgeweitet, doch blieben die Opfer zu 99% Frauen, die zur Zwangsehe und zur Prostitution gezwungen
98 werden.³¹

99

100 Die Gesetzeslücken müssen zum Schutz vor Sklavinnenhandel geschlossen werden. Es muss ein
101 Gesetz gegen Menschenhandel, Sklaverei und Zwangsprostitution geben.

102 Wir, die Jusos Rheinland-Pfalz protestieren gegen die fehlende Umsetzung der entsprechenden
103 Richtlinie des Europarates aus dem Jahr 2000, deren Deadline zur Umsetzung in Deutsches Recht am 1.
104 August 2004 verstrichen ist.³²

105

106 Zwar ist durch die Legalisierung von Prostitution Rechtssicherheit für die Prostituierten geschaffen
107 worden, aber die Bekämpfung von Zwangsprostitution wird dadurch schwieriger. Razzien sind für die
108 Polizei schwieriger zu begründen und somit seltener geworden.

109

³⁰ In den letzten Jahren insbesondere bei UNO- und NATO-Missionen, wie im Kosovo (vgl. EMMA Nr. 5/ 2004, S. 62) und in Afrika.

³¹ www.solwodi.de

³² EMMA Nr. 5/ 2004, S. 54.

110 Die Bestrafung und Verfolgung des Delikts bleibt hinter den anderen Formen organisierter Kriminalität wie
111 Drogen- und Waffenhandel weit zurück. Während auf Drogenhandel bis über 10 Jahre Haft verhängt
112 werden, stehen auf „Menschenhandel“ nur eine Höchststrafe von zwei Jahren.

113
114 Sklavenhandel und sexuelle Ausbeutung sollte unserer Auffassung nach als das bestraft werden, was es
115 wirklich für die Opfer bedeutet und darum zu einem der schwersten Verbrechen gezählt werden. Die
116 Bestrafung darf auf keinen Fall unter der für schwere Vergewaltigung plus Freiheitsberaubung und
117 Nötigung zurückbleiben.

118
119

120 **3. Opferschutz statt Kriminalisierung und Ausweisung der Opfer**

121
122 Die Abschiebung der Opfer löst das Problem in keiner Weise, da sie in ihren Heimatländern meist direkt
123 wieder von Menschenhändlern aufgegriffen und neu verschleppt werden. Sie können sich vor ihnen
124 nicht verstecken, da es sich oft um nahe Bekannte und Nachbarn handelt. Wenn sie selbst versucht
125 haben auszubrechen, haben sie schwere Konsequenzen gegen sich und gegen Familienangehörige zu
126 befürchten.

127
128 Wir fordern Hilfe und Anlaufstellen für die betroffenen Frauen. Sie benötigen wenigstens eine befristete
129 Aufenthaltserlaubnis, soziale, psychologische, juristische und medizinische Hilfe.

130
131 Wir fordern die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit der in dieser Arbeit seit Jahren engagierten
132 Organisation solwodi Telefonnotrufstellen und Anlaufstellen für Opfer von Frauen-Handel einzurichten
133 und ihre Bekanntmachung in den Bordellen durchzusetzen.

134
135 Wir fordern die Landesregierung auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit die Polizei
136 grenzüberschreitend arbeitende Ehevermittlungs- und Arbeitsagenturen kontrollieren kann.

137
138 Wir fordern die Bundesregierung im Rahmen der gemeinsamen europäischen Justizpolitik auf, auf die
139 Einrichtung eines internationalen Registers von verschwundenen Frauen und Kindern hinzuwirken.

140
141 Im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft fordern wir die verantwortlichen Stellen in den Kommunen, im
142 Land und bei der Polizei auf, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um Frauenhandel und
143 Zwangsprostitution aufzudecken und einzudämmen.

144
145

146 **4. Konkrete Aktionen in unserer Region**

147
148 Auch Rheinland-Pfalz stellt im kommenden Sommer eine Austragungsort der WM 06, bekannterweise
149 werden auch Spiele auf dem Betzenberg in Kaiserslautern ausgetragen.

150
151 Der Deutsche Frauenrat hat bereits ein Schreiben an die Verantwortlichen beim DFB und an die Spieler
152 der dt. Nationalmannschaft geschickt. In diesem fordert er, dass sich die Spieler ganz klar und deutlich
153 von auf Menschenhandel basierender Prostitution distanzieren. Es kam leider nur ein allgemeines
154 Bekenntnis, dass bereits auf dem sozialen Feld etwas geschieht. SOS-Kinderdörfer und UNICEF werden
155 gefördert, das reiche. Eine konkrete Aktion wurde abgelehnt, wie in dem Brief stand, aus grundsätzlichen
156 Überlegungen.
157 Hier entsteht der Eindruck, dass man sich im Zuge der WM in Deutschland doch bitteschön nur mit netten
158 und sympathischen Projekten profilieren möchte. Unschöne Dinge, die nicht in das Bild des
159 aufgeschlossenen und toleranten Deutschland passen, werden einfach ignoriert!
160 Des weiteren wurde auch ein Brief an die Oberbürgermeister der zwölf Austragungsstädte geschickt und
161 nachgefragt, ob denn das Problem bekannt sei und welche Maßnahmen ergriffen werden, um diesen
162 jungen Frauen zu helfen. Nur Berlin und Köln sendeten eine Antwort, alle anderen Städte blieben diese
163 schuldig.
164
165 Wir fordern:
166
167 1. Kaiserslautern ist ebenfalls eine dieser Städte. Deshalb fordern wir auch den Stadtrat von
168 Kaiserslautern auf, beim OB Deubig nachzuforschen, welche konkreten Maßnahmen er vorschlägt
169 und in die Wege leitet.
170
171 2. Frauen- und Mädchenhandel ist ein Thema, welches in der Öffentlichkeit keine Beachtung erfährt.
172 Darum ist eine breite Aufklärung über diese illegalen Praktiken in der gesamten Gesellschaft nötig.
173 Wir dürfen unsere Augen nicht davor verschließen und unterstützen aus diesem Grund auch die Idee
174 des Frauenrates, dass die 'echten Männer' unserer Nationalmannschaft deutlich machen, dass Mann
175 eine derartige Behandlung von Frauen ablehnt.
176
177 Bekannte NationalmannschaftsspielerInnen aus unserer Region sollen direkt von den Jusos Rheinland-
178 Pfalz angeschrieben werden. Nur wenn sich die Hauptakteure der WM 06, die FußballspielerInnen, zu
179 diesem Thema äußern, können wir mit einer fruchtbaren öffentlichen Diskussion und einem größeren
180 Problembewusstsein bei den Politikern, die deutschland- und europaweite Änderungen bewirken können,
181 rechnen.

1

2

3 **AntragsstellerIn:**

4 UB Koblenz und KV Bitburg-Prüm

5

6

7 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

8

9 Wir lehnen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer prinzipiell und in jeder Weise ab, auch wenn damit
10 Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen.

11

12 **Begründung erfolgt mündlich.**

1

2 Antragssteller: UB Bitburg-Prüm; UB Bernkastel-Wittlich

3

4 **Zum 100. Geburtstag... die Welt zu Gast**

5

6 Die Landeskonferenz Rheinland-Pfalz möge beschließen:

7

- 8 1. Der Landesverband Rheinland-Pfalz fordert den Landesverband Saarland und die Falken
9 Rheinland-Pfalz und die Falken Saarland zur länderübergreifenden Bewerbung um das Mini-
10 IUSY-Festival 2007 in Steinberg-Deckenhardt auf.
- 11 2. Die Landesverbände bilden ein Festkomitee und bewerben sich gemeinsam und in
12 Zusammenarbeit mit dem Juso-Bundesbüro um die Austragung des Festivals bei der IUSY.
- 13 3. Das zu bildende Festkomitee wird beauftragt, bis zum Landesausschuss im März 2006 eine
14 Prüfung der Machbarkeit und eine Schätzung der Kosten vorzulegen.
- 15 4. Die Landesverbände beantragen auf dem BUKO 2006 die Durchführung des Mini-IUSY-Festivals
16 im Saarland.

17

18 Begründung:

19

20 Die internationale Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und sozialdemokratischen
21 Jugendorganisationen in der Welt hat eine lange Tradition. Diese gilt es auch in Zukunft lebendig zu
22 halten. In den vergangenen Jahren waren wir Rheinland-Pfälzer auf zahlreichen Festivals der IUSY und
23 der ECOSY zu Gast. Es ist nun an der Zeit unsere Genossinnen und Genossen aus Europa und der ganzen
24 Welt zu uns einzuladen.

25

26 Im Jahr 2007 jährt sich das erste IUSY-Festival in Stuttgart zum 100. Mal. Derzeit ist noch offen wo der
27 Geburtstag begangen wird. Wird möchten dem Bundesverband der Jusos und der Falken anbieten im
28 Falkenheim in Steinberg-Deckenherdt die Welt zu Gast zu haben.

- 1
- 2 Antragssteller: UB Cochem-Zell
- 3
- 4 Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:
- 5
- 6 In einem dramatischen Appell der letzten Woche haben die Vereinten Nationen die internationale
- 7 Gemeinschaft zur Versechsfachung ihrer bisherigen Hilfszahlung für die Erdbebenopfer in Pakistan
- 8 aufgerufen.
- 9
- 10 Die Zeit drängt, da die Temperaturen im Katastrophengebiet bereits jetzt zeitweise unter den
- 11 Gefrierpunkt fallen. Ohne dringend benötigte Decken, Zelte, Wasser, Nahrung und Medikamente wird
- 12 sich die Lage der Betroffenen zu einer Tragödie entwickeln. Nur eine verstärkte Hilfe vor dem
- 13 bevorstehenden Winter kann tausende Menschenleben retten.
- 14
- 15 Daher fordern wir die Bundesregierung auf, ihre finanzielle Hilfe für die Erdbebenopfer drastisch zu
- 16 erhöhen und sich auch innerhalb der UN für eine umgehende und umfassende Erhöhung der Zahlungen
- 17 stark zu machen. Zudem rufen wir alle BundesbürgerInnen zu Spenden auf! Zu einer weiteren
- 18 vermeidbaren und vergessenen Tragödie darf es nicht kommen. Die Weltgemeinschaft muss handeln.

1
2 AntragstellerInnen: Landesvorstand

3
4
5 **Lage der SPD und die Bedingungen linker Politik nach der Bundestagswahl**
6 **2005**

7
8 *Resolution zur Lagebestimmung und Positionierung*

9
10 **Das Ergebnis der Bundestagswahl: Von der Prognose in die Wirklichkeit**

11
12 Die SPD hat bei der Bundestagswahl kein gutes Ergebnis erzielt. Zu einem Erfolg wird es nur
13 insofern, als es weitaus besser ausfiel, als aufgrund von Prognosen und Medienkommentaren
14 zu erwarten gewesen war. Insofern ging es der SPD nach der Wahl besser als der CDU, die ein
15 absolut *und* relativ zu den Erwartungen sehr schlechtes Ergebnis einfuhr.

16 Zu den Bevölkerungsgruppen, bei denen die SPD tatsächlich erfolgreich war, gehören die
17 jungen Menschen. Hier muss die Partei anerkennen, dass die Jusos zu den tragenden Säulen
18 des Wahlkampfes gehört haben.

19 In Rheinland-Pfalz lag der Zweitstimmenanteil knapp über dem Bundesergebnis - trotz der eher
20 konservativen Prägung unseres Landes, ein Erfolg für die SPD. Bei den Erststimmen erhielt die
21 SPD ein Ergebnis von fast 40%. Dabei konnten erfreulicherweise auch entgegen der Prognosen
22 in Rheinland-Pfalz fünf Wahlkreise direkt gewonnen werden.

23
24 Die liegt nicht zuletzt auch an dem hohen Ansehen der Landesregierung unter
25 sozialdemokratischer Führung. In Rheinland-Pfalz merken die Menschen, dass die Politik hier
26 ihre Spielräume nutzt.

27 Dennoch hat die SPD auch in Rheinland-Pfalz in jedem Wahlkreis bei den Zweitstimmen
28 Verluste zu verzeichnen, zwischen 1,9%-Punkten und 5,8%-Punkten. Vor allem in Hochburgen
29 der SPD fielen die Verluste besonders hoch aus. Die Landespolitik konnte somit die Ergebnisse
30 lediglich abfedern, jedoch nicht auffangen.

31
32 *Warum war das SPD-Ergebnis besser als erwartet?*

33
34 Die Umfragen, Medienberichte und auch Teile der eigenen Partei hatten einen Erfolg der SPD
35 oder der rot-grünen Koalition seit Bekanntwerden der Entscheidung zu Neuwahlen bereits

36
37
38
39
40
41
abgeschrieben. Dennoch hat es im Vorfeld der eigenen Programmformulierung für die Wahl und die Regierungszeit eine hohe Motivation gegeben, sich inhaltlich einzubringen und den Wählerinnen und Wählern über die Politik der letzten Jahre und deren Fortführung hinaus, Angebote zu machen. Dabei haben die Linken innerhalb der SPD inhaltlich viel an Boden gut gemacht

42
43
44
45
46
47
Der engagierte Richtungswahlkampf, ein Kanzler Schröder, der sozialdemokratischer auftrat als je zuvor, die Fehlritte der CDU mit Kirchhoff und Co., die es einfach machten, die CDU in die marktradikale Ecke zu stellen, und die große Fokussierung der Medien auf die „beiden Großen“, das TV-Duell bzw. die Gegenüberstellung der beiden KanzlerkandidatInnen haben der SPD zu dem Ergebnis von 34,2% verholfen.

48
49
50
51
Damit hat sich gezeigt, dass die SPD dann stärker wird und negativen Umfragen trotzen kann, wenn sie klares Profil für soziale Gerechtigkeit zeigt und sich gegenüber anderen politischen Kräften, insbesondere den konservativen und marktradikalen, abgrenzt.

52
53
54
55
56
Die Ergebnisse der SPD, der Grünen und der Linkspartei zusammengenommen, demonstrieren eine klare linke Mehrheit in der Gesellschaft, eine Mehrheit gegen eine Umverteilung von unten nach oben und gegen eine Politik, die immer mehr bereit ist, ihre Steuerungsfunktion abzugeben.

57
58
59
60
Auch wenn sich sicherlich über die einzelnen Ansätze der SPD, der Grünen und Linkspartei und deren Einordnung in ein linkes Politikprofil diskutieren läßt, so ist die Abgrenzung gegenüber der CDU/CSU und FDP sowohl rechnerisch als auch inhaltlich mehr als deutlich.

61
62
63
Dennoch und das ist das bitterste Ergebnis und die enttäuschendste Konsequenz, wird dieses Potenzial an progressiver, sozial gerechter Politik und deren Zustimmung in den nächsten vier Jahren nicht genutzt werden (können).

64 *Hoffnungen im Wahlkampf - Böses Erwachen mit der Großen Koalition?*

65
66
67
68
69
Die Jusos haben dem Kurs, dem die SPD in den Jahren unter Gerhard Schröder gefolgt ist, stets kritisch gegenüber gestanden. Während des Bundestagswahlkampfes haben wir nicht für die Fortsetzung des Agenda 2010-Kurses geworben, sondern für die darüber hinaus weisenden progressiven Ansätze, welche die Partei im Wahlmanifest formuliert hatte:

70
71
72
Dazu gehörten die BürgerInnenversicherung, die Forderung nach einem Mindestlohn, das Eintreten für ArbeitnehmerInnenrechte und ein sozial gerechtes, progressives Einkommensteuersystem.

73 Wir Jusos und andere Linke in der Partei haben unsere Positionen nach einer stärker auf
74 soziale Gerechtigkeit orientierten Politik zum Teil als Formulierungen im Wahlmanifest
75 durchsetzen können, gleichzeitig wurde aber auch die Fortsetzung der Agenda 2010 für die
76 nächsten Regierungsjahre festgeschrieben.

77 Gerade die in vielen Augen wieder „richtig sozialdemokratischen“ Werte und Politikentwürfe
78 haben uns zu einem engagierten Wahlkampf motiviert.

79
80 In einer jetzt kommenden Großen Koalition drohen gerade diese Bestandteile des Manifests -
81 auch Zugeständnisse des Schröder-Münche-Teams an die Parteilinke aus Anlass des
82 Wahlkampfes - unter den Tisch zu fallen: Es droht nicht nur die reine Fortsetzung des von uns
83 kritisierten Agenda 2010-Kurses, sondern dessen Verschärfung. Die ersten Ergebnisse der
84 Koalitionsverhandlungen, insbesondere die offenbare Einigung auf eine höhere Mehrwertsteuer
85 - eines der Hauptkampffelder in unserem Richtungswahlkampf - bestätigen diese
86 Befürchtungen.

87 Der de facto durchaus bestehende Zwang zum Kompromiss mit CDU/CSU dient dann einmal
88 mehr als Rechtfertigung dafür, dass Inhalte, wegen der man für die SPD gekämpft hat, am Ende
89 auch von ihr nicht durchgesetzt oder gar in das Gegenteil verkehrt werden (z.B.
90 Mehrwertsteuererhöhung).

91 **Große Koalition und die Folgen: Karikiert die SPD den „Richtungswahlkampf“?**

92
93 In den Koalitionsverhandlungen hat sich die SPD offenbar mit der CDU auf
94 Mehrwertsteuererhöhungen als Teil eines „Sparpakets“ geeinigt (Nachrichtenmeldung vom
95 26.10.05). Auch wenn wir um die Schwierigkeiten einer Einigung in Koalitionsverhandlungen
96 wissen und den Kompromisscharakter auf allen Politikfeldern nachvollziehen können, sind es
97 jedoch Ergebnisse wie dieses, die die Glaubwürdigkeit der SPD abermals zu erschüttern
98 drohen.

99 Und dies nicht nur für die Wählerinnen und Wähler, die ihre inhaltliche Wahlentscheidung
100 hiermit karikiert sehen, auch für die engagierten Kräfte des Wahlkampfes, die den
101 Richtungswahlkampf ernst genommen haben und gerade an solchen Punkten wie der
102 Mehrwertsteuer ihre Entscheidung für die SPD deutlich gemacht haben, sind solche
103 Verhandlungsergebnisse ein Schlag ins Gesicht.

104
105 *Wie weit ist man nun in den Koalitionsverhandlungen bereit zu gehen und die eigene*
106 *Überzeugung hinter eine Konsens- und Regierungsfähigkeit zurückzustellen?*

107
108 Das Aufkommen der Linkspartei bzw. der WASG war nicht zuletzt eine Reaktion auf die Politik
109 der SPD und hat parteipolitisch nicht mehrheitlich vertretene Positionen aufgenommen. Bei

110 einer Großen Koalition ist nun zu erwarten - nach den historischen Erfahrungen mit einer
111 Großen Koalition und den Erfahrungen, die die SPD in den letzten Jahren machen musste -
112 dass sich die Linkspartei eines weiteren Zulaufs freuen darf.

113
114 Vor Beginn der Koalitionsgespräche hieß es auf beiden Seiten, dass der geführte
115 Richtungswahlkampf es schwer mache, sich jetzt an einen Tisch zu setzen und zusammen zu
116 arbeiten. Umso beunruhigender ist es, wenn SPD und CDU/CSU in einigen Bereichen (zum
117 Beispiel beim Sparpaket) offenbar erstaunlich schnell „Gemeinsamkeiten“ entdecken. Zwar legt
118 die Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler, die eine Ununterscheidbarkeit der großen
119 Parteien seit Jahren kritisieren und bemängeln, die Einigungsfähigkeit nahe. Jedoch zielte der
120 Richtungswahlkampf und die Etikettierung „Marktradikale“ dort, wir die sozial Gerechten hier,
121 darauf ab, klar zu machen, dass es eben doch „unvereinbare“ Unterschiede gibt.

122
123 Dennoch können wir nicht verleugnen, dass es auch im Vorfeld der Bundestagswahl einige in
124 unseren Reihen gab, die die Große Koalition vorgezogen haben und die jetzt die Chance der
125 Verwirklichung ihrer Ideen gekommen sehen.

126
127 Die Stärkung der Linkspartei ist vor allem deshalb ein Problem, weil sie die SPD zu zerreißen
128 droht und die Gefahr vergrößert, dass sich zum einen weiterhin gewerkschaftliche und linke
129 Kräfte von der SPD distanzieren und zum anderen, dass linke, progressive Politik mit der SPD
130 auf Dauer ihre Mehrheitsfähigkeit in Deutschland verliert, unter anderem, weil immer weniger da
131 sind, um *innerhalb der SPD* für fortschrittliche Politik zu kämpfen.

132
133 Weitaus schlimmer wäre jedoch eine Stärkung der rechtsradikalen Kräfte, die in der Zeit der
134 Großen Koalition und einer innerhalb dieser weiter nach Rechts gewendeten SPD drohen
135 könnte. Dass sich eine Katastrophe wie die NPD-Gründung während der letzten Großen
136 Koalition (Kiesinger/Brandt) auf höherem Niveau wiederholt, gilt es zu verhindern. Dazu steht
137 auch die SPD in der Verantwortung, und wir Jusos werden weiterhin gegen die rechten
138 Parteien, aber auch gegen rechtes Gedankengut, ankämpfen.

139 Forderungen der Jusos an die SPD in der Großen Koalition:

140
141 Wir fordern von der SPD ein, das nicht aufzugeben, was wir als Koalitionsprüfsteine formuliert
142 haben:

143 1. BürgerInnenversicherung: Die BürgerInnenversicherung muss als das zentrale
144 sozialpolitische Projekt durch eine neue Regierung verwirklicht werden. Nur so schaffen
145 wir es, beste medizinische Versorgung mit einer sozial gerechten Beitragserhebung zu
146 verbinden. Die unsolidarische Kopfpauschale der Union muss verhindert werden.

- 147 2. Mindestlohn: In der Arbeitsmarktpolitik ist die Einführung eines Mindestlohns
148 unumgänglich, um das Entstehen einer ganzen Klasse so genannter working poor zu
149 verhindern. Schon heute können viele Menschen, gerade Familien, trotz eines
150 Vollerwerbseinkommens ihren Lebensunterhalt daraus nicht decken. Guter Lohn für gute
151 Arbeit muss das Motto sein.
- 152 3. ArbeitnehmerInnenrechte: Jusos und SPD haben im Wahlkampf herausgestellt, was sie
153 von Schwarz-Gelb unterscheidet. Einer der wichtigsten Punkte sind hierbei die
154 ArbeitnehmerInnenrechte. Die Sozialdemokratie kämpft dafür, Mitbestimmung,
155 Kündigungsschutz, Flächentarifverträge sowie Nacht- und Feiertagszuschläge zu
156 erhalten. Union und FDP wollen diese Rechte einschränken oder ganz abschaffen. Die
157 Menschen haben erkannt, was ihnen bevorsteht, und sich gegen diese unsoziale Politik
158 entschieden.
- 159 4. Progressives und sozial gerechtes Steuersystem: Kirchhof und seine unsozialen
160 Steuerpläne haben die Aufholjagd der SPD in den letzten Wochen maßgeblich befördert.
161 Die Sozialdemokratie hat dem ein sozial gerechtes, weil progressives
162 Einkommensteuersystem entgegengesetzt. Gerecht bedeutet aber auch, dass es keine
163 weiteren Senkungen bei den Steuersätzen gibt und dass die Mehrwertsteuer bei 7 bzw.
164 16 Prozent bleibt.
- 165 5. Gebührenfreies Studium und Ausbau des BAföG: Chancengerechtigkeit im
166 Bildungssystem ist unser klares Ziel. Das bedeutet unter anderem die Gewährleistung
167 eines gebührenfreien Studiums sowie die Beibehaltung und der Ausbau des BAföG.
168 Auch hier ist die Position der Union vollkommen gegensätzlich. Sie setzt auf Elite statt
169 Bildung für alle.
- 170 6. Geschlechtergerechtigkeit und tolerante Gesellschaft: Im Wahlkampf standen für die
171 Bürgerinnen und Bürger zwei gegensätzliche Frauen- und Gesellschaftsbilder zur
172 Diskussion. Fortschrittliche Frauenpolitik gegen eine „Karriere in der Familie“, eine
173 offene und tolerante Gesellschaft gegen die Ausgrenzung von Homosexuellen und
174 Menschen, die nicht in das althergebrachte Rollenschema passen.
- 175 7. Nachhaltige Energiepolitik ohne Atomstrom: Die Pläne der Union für einen
176 Wiedereinstieg in die Atomenergie gefährden die Gesundheit vieler Generationen. Der
177 Atomausstieg muss Bestand haben. Eine nachhaltige Energiepolitik und die Förderung
178 regenerativer Energien muss neben dem Klimaschutz zentrale Aufgabe der
179 Umweltpolitik einer neuen Bundesregierung sein.

180
181 Diese Prüfsteine basieren weit gehend auf Aussagen, die die Partei im Wahlmanifest zur
182 Bundestagswahl festgelegt hatte. Wir werden in der Partei einfordern, dass die SPD auch in der
183 Großen Koalition dafür kämpft, die Prüfsteine soweit wie möglich durchzusetzen. Dabei sehen
184 wir der Realität ins Auge, dass die Große Koalition von allen theoretischen

185 Koalitionsmöglichkeiten die schlechtesten Chancen bietet, diese Projekte umzusetzen. Umso
186 mehr ist es Aufgabe der Parteilinken und der Jusos, von innen Druck auf die Partei auszuüben
187 und unsere GenossInnen an der Spitze anzutreiben und an Versprechungen zu erinnern.

188 **Verhältnis zur Linkspartei: Fehler der SPD und Ansatz der Jusos**

189 *Fehler der SPD*

190
191 Die Ausgrenzungsstrategie gegenüber der Linkspartei ist nicht nur als Signal nach außen - an
192 die anderen Parteien und sonstigen politischen und wirtschaftlichen AkteurInnen - sondern
193 gerade auch innerparteilich verfehlt. Wer die vielen engagierten SozialdemokratInnen und/oder
194 GewerkschafterInnen, die im Zuge des so genannten „Reform“-Kurses der SPD in den letzten
195 Jahren die SPD verbittert verlassen haben - sei es in Richtung politischer Apathie und
196 NichtwählerInnentum, sei es zur Linkspartei (bzw. WASG oder PDS) - für die SPD ernsthaft
197 wieder gewinnen möchte, muss einen anderen Kurs fahren, der vor allem *inhaltliche*
198 Auseinandersetzung bedeutet.

199
200 Die Ausgrenzungsstrategie gegenüber der Linkspartei, welche die SPD von Anfang an, als es
201 noch keine Partei gab, und insbesondere dann während des Wahlkampfes gefahren hat, hat
202 hingegen weit gehend von einer inhaltlichen Auseinandersetzung abgesehen.

203
204 Der Kurs der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen, den wir in großen Teilen stark und
205 kontinuierlich kritisiert haben, hat nicht nur viele progressive und linke Menschen im Land zur
206 Linkspartei und weg von der SPD gebracht. Darüber hinaus kann die SPD bei gleichzeitigem
207 Bestehen auf diesem Kurs der Linkspartei hier schwer inhaltlich in unserem Sinne entgegen
208 treten, denn das Wahlmanifest kannte trotz vieler guter Ansätze keine Kritik an der eigenen
209 „Reform“-Politik, sondern bestand darauf, dass diese genau richtig gewesen sei und
210 konsequent fortgeführt werden müsse.

211
212 Wie viele engagierte Menschen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der SPD
213 *geblieben*, obwohl die Partei ihre Werte und Überzeugungen im Kern verletzt hatte - vom
214 Asylkompromiss und Lauschangriff bis zu Hartz-Gesetzen und Agenda 2010?

215
216 Wem zur Kritik an der Linkspartei stets nur der als Totschlagargument dienende Verweis auf die
217 DDR-Vergangenheit eines Teils der PDS, verletzende und persönliche Angriffe auf
218 VertreterInnen der Partei oder der Verweis auf „Politik aus den 70er Jahren“ einfällt, der muss
219 wissen, dass er damit die Ausgrenzung all jener kritischen Kräfte aus der eigenen Partei bis
220 zum letzten Mann und zur letzten Frau in Kauf nimmt, die dem Neue-Mitte-Kurs der SPD
221 skeptisch gegen über stehen.

222
223 **Es gibt vieles inhaltlich und auch strategisch an der neuen Linkspartei zu kritisieren:** Beispielhaft
224 seien das Steuermodell, die strategische Entscheidung der Abspaltung der Linken von der SPD
225 und die Weigerung der Regierungsverantwortungsübernahme zu nennen.
226 Die politische Auseinandersetzung kann also beginnen....

227 *Ansatz der Jusos:*

228
229 Der politische Gegner steht rechts, nicht links.

230
231 Es ist wichtig, das wir mit der SPD weiterhin auf soziale Gerechtigkeit als Wert und Ziel in
232 unserer Gesellschaft bestehen, dass wir am Ziel der Chancengerechtigkeit unabhängig vom
233 Geldbeutel festhalten und unsere Politik danach ausrichten, dass wir für stärkere
234 Verantwortungsübernahme derjenigen kämpfen, die das finanzielle Potential dazu haben, dass
235 wir weiterhin für Umverteilung stehen, um annähernde Gleichheit der sozio-ökonomischen
236 Bedingungen in unserer Gesellschaft herzustellen.

237
238 Die Jusos werden in der Partei dafür eintreten, dass dieser Grundsatz und die damit
239 verbundenen Inhalte in Erinnerung bleiben und vor allem politisch umgesetzt werden..

240
241 Unstrittig ist, dass gesellschaftliche Reformprojekte und -vorschläge auf ihre Gültigkeit und
242 Anpassungsfähigkeit hin überprüft werden müssen, das heißt jedoch nicht, dass sie im Kern
243 falsch oder heute nicht mehr anwendbar sein müssen, so wie das in den Vorwürfen gegenüber
244 der Linkspartei oft suggeriert wird.

245
246 Wir wollen eine Integration der gesellschaftlichen linken Kräfte. Wir Jusos waren und werden in
247 Zukunft weiterhin diejenigen sein, die dazu beitragen, linke Kräfte an die SPD zu binden und in
248 dieser zu halten. Denn wir wollen weiterhin sowohl als Jusos in der SPD, als Teil der SPD die
249 politische Plattform für solidarische und sozial gerechte Zukunftsentwürfe darstellen. Unser
250 Parteiprogramm bietet hierfür die Plattform, die Basis und auch die inhaltliche Legitimation.

251
252 Ein neuer, linker Weg der Sozialdemokratie wäre insbesondere einer, der Kürzungen von
253 Sozialleistungen verhindert und zurück nimmt, einer, der den Reformbegriff wieder - wie im
254 Berliner Programm zurecht definiert - auf die politisch-demokratische Gestaltung der
255 Gesellschaft - und damit auch des Wirtschaftens - zurückführt und der Sachzwangideologie
256 entgegen tritt.

257 Und schließlich einer, der sich auf Umverteilung von Reichtum und mehr Solidarität mit den
258 Gewerkschaften im Kampf für die Rechte der Beschäftigten, Arbeitslosen, und sozial

259 Benachteiligten einsetzt. Will die SPD in diese Richtung, steht sie nach der Ära Schröder am
260 Fuß eines Berges. Aber sie muss den Aufstieg wagen, wenn sie Heimat progressiver Kräfte
261 bleiben will.

262
263 Gemeinsam mit unseren BündnispartnerInnen auch außerhalb der Partei wollen wir unsere
264 gesellschaftlichen Vorstellungen weiterentwickeln und konkrete Positionen und Forderungen
265 formulieren, die unserer Vorstellung einer Gesellschaft von morgen entsprechen.

266
267 Die Linkspartei wird auch in Rheinland-Pfalz als Partei zur Landtagswahl antreten. Ohne zu
268 vergessen, dass vor allem die CDU unser politischer Gegner ist, werden wir zum einen durch
269 unsere politischen Aussagen und die bisherige Politik, aber auch durch die sachliche
270 Auseinandersetzung ehrlich, glaubwürdig und fair mit unserem politischen Konkurrenten
271 umgehen.

272
273 Wenn es zu einer großen Koalition im Bund kommen sollte, ist es die Aufgabe der Jusos, die
274 Regierungspolitik kritisch zu begleiten und innerhalb der SPD zu diskutieren.

275
276 Eine eigenständige Rolle der Partei, die nach innen und außen ein eigenständiges Leben
277 entfalten kann, Themen diskutiert, die gerade nicht auf der Regierungsagenda stehen und ein
278 eigens Profil abseits von dem kompromissgeprägten Regierungshandeln entwickelt, ist dabei
279 von immenser Wichtigkeit.

280

281 **Die vergangene Woche...**

282 **Die Forderung nach der eigenständige Rolle der Partei und ihre Folgen**

283

284 Die Entscheidungen der letzten Tage, insbesondere die Stärkung der Partei durch den großen
285 Zuspruch, den Andrea Nahles als Kandidatin für das Amt der Generalsekretärin im
286 Parteivorstand flügelübergreifend bekommen hat, machen Mut für die Große Koalition.

287 Denn mit einer politischen GeneralsekretärIn steigen die Chancen, den Zusammenhalt der
288 Partei auch in Zeiten der Großen Koalition zu sichern und sich gleichzeitig eine bessere
289 Ausgangsposition für die nächsten Bundestagswahlen zu erarbeiten.

290

291 Als Gerhard Schröder Franz Müntefering zum Parteichef machte (bzw. ihn dem Parteitag
292 vorschlug), hatte er dabei ähnliches im Sinn gehabt. Wohl wissend, dass seine eigene Politik
293 der Agenda 2010 die Partei zu zerreißen drohte, setzte er mit Müntefering einen Mann an die
294 Spitze, der die Partei zusammen halten sollte, weil er auf allen Seiten Vertrauen genoss. Franz
295 Müntefering beruhigte die Parteifront und moderierte, während Schröder den „Reform“-Kurs auf
296 Regierungsebene fortsetzte, den die Parteilinke heftig kritisierte.

297
298 Die Partei hat am Montag Selbstbewusstsein gezeigt. Sie hätte dieses gerne mit Franz
299 Müntefering umgesetzt. Doch leider ist es nicht dazu gekommen. Die Aussage Franz
300 Münteferings, während des Bundesparteitages nicht mehr für das Amt des Parteichefs zur
301 Verfügung zu stehen, löst Bedauern aus, um einen Vorsitzenden, in den man die Hoffnung
302 gesetzt hatte, dass er die Partei wieder ernst nimmt, ihr deutliches sozialdemokratisches Profil
303 gibt. Die von ihm angestoßene „Kapitalismusdebatte“ - der gleichwohl auch von Links mit
304 mancher berechtigter Kritik begegnet wurde (Vereinfachung, Unglaubwürdigkeit, inakzeptable
305 Sprache, etc.) - hat der SPD intern wieder immensen Aufschwung gegeben und wichtige
306 inhaltliche Akzente gesetzt.

307 Andererseits herrscht jetzt aber auch große Enttäuschung. Enttäuschung darüber, dass mitten
308 in den Koalitionsverhandlungen eine der wichtigsten Figuren ihren Rücktritt ankündigt und damit
309 mögliche Handlungsunfähigkeit, Schwächung und Krise der Partei in Kauf nimmt. Das ist
310 verantwortungslos gegenüber den Menschen, für die die SPD Politik macht, denen wir im
311 Wahlkampf Handlungs- und Politikalternativen angeboten haben, deren erfolgreiche Umsetzung
312 jetzt in der Großen Koalition verhandelt wird. Es ist aber auch verantwortungslos gegenüber der
313 eigenen Partei, die Vertrauen in ihren Vorsitzenden hatte und die an keinem Punkt wissen
314 konnte und auch vom Gegenteil ausgegangen ist, dass solch harte politische Konsequenzen
315 folgen werden.

316
317 Dennoch:
318 Die SPD hat in den vergangenen Wochen gezeigt, mit welchem inhaltlichen Profil sie punkten
319 kann. Sie hat im Wahlkampf wieder Teile derjenigen, die sich schon von der SPD abgewandt
320 hatten, wieder gewinnen können.

321 Sie hat nun gezeigt, dass sie genügend Selbstbewusstsein besitzt, eigenständig neben der
322 Regierung zu diskutieren.

323
324 *Dies ist eine Chance der Partei.*

325
326 Schuldzuweisungen und der Vorwurf an Andrea Nahles und ihre UnterstützerInnen, sie hätten
327 verantwortungslos gehandelt, sind jetzt völlig fehl am Platz. Wir haben einen wirklich
328 demokratischen Vorgang erlebt, der transparent gestaltet war und dessen offener Ausgang alle
329 Beteiligten anerkannt und gebilligt haben. Eine Verknüpfung mit persönlichen Konsequenzen
330 hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden.

331
332 Doch: Die Situation wäre vermeidbar gewesen, wenn wir alle in der Partei gelernt hätten, mit
333 demokratischen Entscheidungen zu leben und diese konstruktiv zu nutzen.

334 Wir Jusos werden uns dafür und auch für eine Kultur des fairen, demokratischen Umgang
335 miteinander, der Mehrheitsmeinungen auch akzeptiert und mitträgt, einsetzen.

336 Wir haben uns bei aller Kritik, immer solidarisch mit der Partei, unserer Partei verhalten, im
337 Bundestagswahlkampf trotz der bestehenden Kritik am Agenda-Kurs für die SPD eingesetzt und
338 ihr zu mehr bereits in den letzten Wahlkämpfen solidarisch mit der Partei verhalten, weil sie
339 auch unsere Partei ist. Wir erwarten diese Solidarität auch von allen anderen.

340

341 **Die Zukunft in Rheinland-Pfalz**

342

343 In Berlin werden Mitte November die Verhandlungen abgeschlossen sein und der Parteitag wird
344 zumindest die personelle Diskussion beenden.

345

346 Dennoch besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Politik der SPD in einer Großen Koalition zu
347 begleiten.

348 Und sich für die von uns beschriebenen Ziele in und auch über Rheinland-Pfalz hinaus
349 einzusetzen.

350

351 Wir werden auch weiterhin die Politik der SPD kritisieren, wo wir es für nötig halten.

352 Kritik bedeutet für uns dabei auch immer die Überzeugung und den Willen, etwas, das man für
353 wichtig hält, zu verbessern und weiterentwickeln zu wollen.

354

355 Kritik bedeutet damit auch das *klare Bekenntnis zur SPD*, um deren Zukunft und politische
356 Ausrichtung wir im positiven Sinne streiten.

357

358 Die große Herausforderung der nächsten Wochen wird unsere Landtagswahl sein. Hier wird es
359 darauf ankommen, klar zumachen, dass nur mit uns SozialdemokratInnen der erfolgreiche Weg
360 der SPD-geführten Landesregierung weiter verfolgt werden kann.

361

362 Die CDU hat hier keine überzeugenden Perspektiven zu bieten.

363

364 Damit Rheinland-Pfalz auch weiterhin sozialdemokratisch regiert bleibt, dafür werden wir Jusos
365 wahlkämpfen.